

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Heinz Brahm

Der 27. Parteitag der KPdSU – eine Wendemarke?

Hans-Hermann Höhmann

„Sozialökonomische Beschleunigung“ – aber wie?

Die sowjetische Wirtschaftspolitik nach dem 27. Parteitag der KPdSU

Bernd Knabe

Von der Arbeits- zur Leistungsgesellschaft?

Gesellschaftspolitik in der Sowjetunion nach dem 27. Parteitag

Heinz Timmermann

Neue Denkmuster in der sowjetischen Außenpolitik?

B 15/86
12. April 1986

Heinz Brahm, Dr. phil., geb. 1935; Wissenschaftlicher Direktor, Leiter des Forschungsbereichs „Innenpolitik“ im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Trotzkijs Kampf um die Nachfolge Lenins, Köln 1964; Pekings Griff nach der Vormacht, Köln 1966; Der Kreml und die ČSSR 1968—1969, Stuttgart 1970; (Hrsg.) Opposition in der Sowjetunion, Düsseldorf 1972; Der sowjetisch-chinesische Konflikt, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion, Außenpolitik, Bd. 2, Köln-Wien 1976; Die Sowjetunion — eine konservative Gesellschaft?, in: Osteuropa, (1982) 7; Beharrung und Veränderung in der sowjetischen Innenpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/81.

Hans-Hermann Höhmann, Dr. rer. pol., geb. 1933; Wirtschaftsreferent am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln; Lehrbeauftragter der Universität zu Köln. Arbeitsgebiet: Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftssysteme sozialistischer Länder.

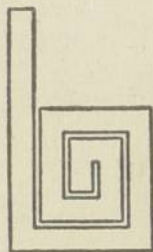
Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. mit A. Nove und G. Seidenstecher) The East European Economies in the 1970s, London 1982; (Hrsg. mit H. Vogel) Osteuropas Wirtschaftsprobleme und die Ost-West-Beziehungen, Baden-Baden 1984; (Hrsg. mit A. Nove und H. Vogel) Economics and Politics in the USSR: Problems of Interdependence, Boulder (Col.) 1986.

Bernd Knabe, Dr. phil., geb. 1943; 1962—1972 Studium der Geschichte, Slawistik und Geographie in Bonn und Berlin, Referendarzeit in Berlin und Düsseldorf; Dissertation über russische Sozialgeschichte; seit 1974 Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, Forschungsbereich II (Innenpolitik der UdSSR); Studienaufenthalte in der UdSSR 1970/71 und 1979/80.

Veröffentlichungen: Die neue Führung und die „Volksfeinde“, in: BIOst (Hrsg.), Sowjetunion 1982/83, München 1983, S. 82—92; Chancen der Mobilisierung in der sowjetischen Arbeitswelt: Disziplinierung oder Partizipation?, in: BIOst (Hrsg.), Sowjetunion 1984/85, München 1985, S. 83—93; Artikel „Gewerkschaften“, in: M. Fincke (Hrsg.), Handbuch der Sowjetverfassung, Berlin 1983, S. 185—192.

Heinz Timmermann, Dr. phil., geb. 1938; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Die kommunistischen Parteien Südeuropas, Baden-Baden 1979; (Hrsg. und Ko-Autor) Lexikon des Sozialismus, Köln 1986.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46040, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Der 27. Parteitag der KPdSU – eine Wendemarke?

I. Die gespaltene Parteiführung nach Breschnews Tod

Da es in der Sowjetunion keine freien Wahlen und keinen Wettstreit konkurrierender Parteien gibt, ist die Nominierung eines neuen Generalsekretärs eigentlich die günstigste, vielleicht sogar die einzige Chance für eine Änderung des politischen Kurses. Die sowjetischen Politiker, die ihrem Parteichef kritisch gegenüberstehen, wissen um die Gefahren, die ihrer Karriere drohen, wenn sie sich mit ihren Ideen im Politbüro oder im Zentralkomitee zu weit vorwagen. In dem Augenblick, in dem sie der Fraktionsbildung bezichtigt werden können, ist ihr Schicksal in der Regel besiegelt.

Die latente „Opposition“ tritt erst dann deutlicher zutage, wenn die Nachfolge eines Parteichefs akut wird. Dann ist sogar eine gewisse Polarisierung unter den Spitzenfunktionären fast unvermeidlich. Die rivalisierenden Gruppen müssen sich offen bekennen und unterstützen mit allen Kräften jeweils ihren Kandidaten für die Nachfolge im Amt des Generalsekretärs.

Als Breschnew im November 1982 starb, wurde nicht dessen seit Jahren geförderter Wunschkandidat Tschernenko zum Nachfolger gekürt, sondern Andropow, der Kopf der „Opposition“. Ebenso ging nach dem Tode Andropows im Februar 1984 nicht Gorbatschow, der vom todkranken Generalsekretär zu seinem Nachfolger ausersehen gewesen sein soll, als Sieger aus dem Konklave hervor, sondern ausgerechnet Tschernenko, der von der alten Breschnew-Garde auf den Schild gehoben wurde.

Viele Funktionäre, die unter Breschnew gewisse Freiräume erworben hatten, müssen durch den Rigorismus Andropows so verprellt worden sein, daß sie das Rad zurückdrehen wollten, wenn sie auch kaum erwarten durften, daß man die Breschnew-Zeit wieder aufleben lassen könnte. Tschernenko hatte als „Kronprinz“ Breschnews durchaus interessante Einsichten gezeigt, die, wären ihnen wirkungsvolle Maßnahmen gefolgt, neue politische Akzente gesetzt hätten. Die eigentliche Schwäche Tschernenkos bestand aber darin, daß er die Positionen der alten Parteionablen nicht antasten wollte. Tschernenko war ein alter, schwerkranker Mann, als er Generalsekretär wurde. Er stützte sich zum großen Teil auf eine überalterte Führungsmannschaft; jüngere Funktionäre konnten sich von ihm auf längere

Sicht keine Förderung versprechen. Gesundheitlich und machtpolitisch war er so schwach, daß er sehr früh seine Befugnisse mit Gorbatschow teilen mußte.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß Gorbatschow bereits im Februar 1984 als designierter Nachfolger des hinfälligen Generalsekretärs galt. Dennoch scheint der Führungswechsel nach dem Tode Tschernenkos von einigen Querelen und Mißtönen begleitet gewesen sein. Einem späteren Gerücht zufolge soll Romanow, Gorbatschows schärfster Rivale, den 70jährigen Parteichef von Moskau, Grischin, als Nachfolger für Tschernenko vorgeschlagen haben¹⁾. Auf jeden Fall ist anzunehmen, daß Gorbatschow nicht der Favorit aller Funktionäre war.

Seit Mitte 1982 standen sich im Politbüro fast zwei gleich starke Gruppen gegenüber. Weder Andropow noch Tschernenko scheinen als Generalsekretäre ausreichende Mehrheiten besessen zu haben. Der Tod Tschernenkos hat das Kräfteverhältnis im Politbüro zugunsten Gorbatschows verändert; die Spaltung in der Führung war aber damit noch nicht beseitigt. Außer Romanow dürften Grischin, Ministerpräsident Tichonow, der Kasache Kunajew und der Ukrainer Schtscherbickij im elfköpfigen Politbüro dem Senkrechtstarter Gorbatschow, der der jüngste in ihren Reihen war, skeptisch oder feindlich gegenübergestanden sein.

Als Außenminister Gromyko die Empfehlung des Politbüros, Gorbatschow zum Generalsekretär zu wählen, vor dem ZK-Plenum am 11. März 1985 begründete, warnte er in einer offensichtlich nicht schriftlich vorbereiteten Rede vor einer Vertiefung der Gegensätze in der Partei: „Wenn Sie so wollen, waren wir Zeugen von Gesprächen, geflüsterten und halbgeflüsterten Vermutungen: Irgendwo jenseits der Grenze sehnt man sich danach, in der sowjetischen Führung Meinungsverschiedenheiten zu sehen. Natürlich, das gibt es nicht erst heute und gestern. Das ist seit vielen Jahren zu beobachten. Die einmütige Meinung des Politbüros: Auch diesmal werden wir, das ZK der Partei und das Politbüro, unseren politischen Gegnern in dieser Hinsicht keine Freude machen.“²⁾

¹⁾ Neue Zürcher Zeitung vom 3. Juli 1985.

²⁾ Kommunist, (1985) 5, S. 7.

II. Gorbatschows Jungtürken

Heute sieht es so aus, als habe Gromyko die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Zwei Monate nach der Ernennung Gorbatschows zum Generalsekretär war Romanow politisch ein toter Mann. Nach dem 9. Mai erschien er nicht mehr bei offiziellen Anlässen. Auf dem ZK-Plenum am 1. Juli 1985 wurde bekanntgegeben, daß er seinen Sitz im Politbüro und im ZK-Sekretariat aufgegeben habe. Nach den Beschlüssen des Obersten Sowjet vom 2. Juli mußte Gromyko seine Spitzenposition im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten mit dem Amt des Staatspräsidenten vertauschen. Neuer Außenminister wurde Schewardnadse, der bisherige georgische Parteichef, der in seinen Reden durch eine persönliche Note aufgefallen war und seinerzeit enge Kontakte zu Breschnew wie Tschernenko unterhalten hatte³).

Am 27. September 1985 wurde das Rücktrittsgesuch des 80jährigen Ministerpräsidenten Tichonow, der dem scharfen Arbeitstempo des neuen Parteichefs kaum gewachsen war, auf einer Sitzung des Präsidiums des Obersten Sowjet angenommen. Tichonow lobte auffälligerweise das gute Arbeitsklima im Politbüro während der jüngsten Zeit. Neuer Regierungschef wurde Ryschkow, der sich seine Sporen in Swerdlowsk, der ehemaligen Domäne Kirilenkos, verdient hatte.

Am 24. Dezember 1985 wurde Grischin als Moskauer Parteichef abgelöst, nachdem seine Parteiorganisation schon seit geraumer Zeit wegen schlechter Wirtschaftsführung und unzureichender Lebensmittelversorgung öffentlich unter Beschuß geraten war. Der Ernennung des 54jähri-

gen Jelzin zu dessen Nachfolger in Moskau müssen schwere Auseinandersetzungen vorausgegangen sein. Sie waren wahrscheinlich so stark, daß Gorbatschow es zunächst nicht wagte, den kasachischen Parteichef Kunajew, dem man große Fehler zur Last legte, und den ukrainischen Parteichef Schtscherbickij abzuhalftern.

Breschnew hatte als Generalsekretär die Funktionäre mit Glacéhandschuhen angefaßt. Nach dem Willkürregiment Chruschtschows wollte er den Vertretern der Apparate das Gefühl größtmöglicher Sicherheit geben. Er sah über die Schwächen seiner Mitarbeiter großzügig hinweg, sofern sie ihn nur unterstützten. Die Kader waren unter seiner Herrschaft praktisch unkündbar, was zu einer ungewöhnlichen Überalterung in den höchsten Parteigremien führte. Zugleich konnten sich die Provinzfürsten in ihren Machtbereichen wie Duodezfürsten aufführen.

Unmittelbar nach der Wahl Andropows zum Generalsekretär hatte das „süße Leben“ der Breschnew-Getreuen aufgehört. Minister, Parteiapparatschiki und Sekretäre von Gebietskomitees (Obkoms) verloren ihre Ämter. Gorbatschow hat nach seiner Machtübernahme die Erneuerung der Kader forciert. Innerhalb eines Jahres ist etwa ein Drittel sowohl der Minister und Staatskomiteevorsitzenden als auch der Obkom-Sekretäre ausgewechselt worden. Sechs Ministerien des Agrarbereichs wurden zu einer Art Superministerium, dem „Gosagroprom“, zusammengeschlossen. An die Spitze des neuen Ministeriums rückte Murachowskij, ein Vertrauter Gorbatschows aus dessen heimatlichem Obkom Stawropol. Durch die Fusion von Ministerien sollen 20 000 Mitarbeiter ihre Arbeitsplätze verloren haben⁴).

III. Die Verschärfung der Arbeitsdisziplin und die Antialkoholkampagne

Die Personalpolitik ist nur eine Seite der Medaille. Viel wichtiger ist natürlich das politische Programm Gorbatschows. Es blieb aber so undeutlich, daß es weitgehend der Phantasie des Beobachters überlassen war, entweder Konturen einer Reform oder aber die Verschärfung des Drucks von oben auszumachen.

Gorbatschow geht wie alle Parteichefs vor ihm davon aus, daß das politische Herrschaftssystem allen anderen Systemen turmhoch überlegen ist.

Bislang hat er nicht zu erkennen gegeben, daß er die Machtstrukturen substantiell antasten will. Er gibt sich damit zufrieden, die Verwaltung zu straffen, jüngere, dynamische Kräfte in die Schlüsselpositionen einzuweisen und die Funktionäre wie die arbeitende Bevölkerung so zu stimulieren oder notfalls zu zwingen, daß sich deren Arbeitsproduktivität erhöht.

Schon unter Andropow war die Arbeitsdisziplin erheblich verschärft worden. Wer heute seinen

³) Vgl. die Rede Schewardnadses, in: Prawda vom 22. Februar 1984.

⁴) E. Siegel, in: Frankfurter Rundschau (FR), vom 5. Februar 1986.

Dienst nicht antritt, muß mit Lohnabzügen oder mit dem Verlust der Prämien rechnen, ja er kann sogar entlassen werden und muß dann mit einer geringeren Entlohnung vorliebnehmen. Gorbatschow hat die Bevölkerung aufgefordert, „selbstlos und angestrengt“ zu arbeiten⁵⁾. In Leningrad hat er beispielsweise einen Arbeiter als leuchtendes Vorbild herausgestellt, der sich in eine mit Robotern ausgerüstete Abteilung versetzen ließ, obwohl er dadurch 100 Rubel weniger verdiente.

Der Kampf gegen den Alkoholmißbrauch ist als eine weitere Maßnahme zur Stärkung der Arbeitsmoral gedacht. In der Nähe von Betrieben und Schulen darf kein Alkohol mehr ausgeschenkt werden, andernorts nur in der Zeit von 14 bis 19 Uhr. Seit Ende August 1985 sind die Preise für Alkohol um 20 bis 25 Prozent heraufgesetzt worden. Wer selbstgebrannten Alkohol (samogon) herstellt, wird mit 50 Rubeln und der Fortnahme der Apparaturen bestraft. Wer Selbstgebrannten kauft, hat 100 Rubel zu zahlen, wenn er gefaßt wird.

Mit all diesen Maßnahmen konnte man jedoch bestenfalls Symptome, aber keineswegs die Ursachen der sowjetischen Malaise bekämpfen. Viele, die von Gorbatschow einen Aufbruch zu neuen Ufern erhofft hatten, ließen daher erste Anzeichen von Enttäuschung erkennen. Allerdings hatte — mit Ausnahme Lenins — nie ein sowjetischer Parteichef versucht, unmittelbar nach seinem Amtsantritt ein radikales Programm zu ver-

künden. Zunächst kam es den Männern an der Spitze der Partei immer darauf an, das Fundament ihrer Macht zu befestigen. Dies hatte in der Regel etwa fünf Jahre gedauert. Erst dann konnten die Parteiführer die Politik mehr oder weniger in ihrem Sinn gestalten.

Von Gorbatschow aber erwartete man wahre Wunderdinge. Da er seine Widersacher so rasch verdrängen konnte, hätte er, so glaubte man, auch bald mit der Erneuerung der Sowjetunion an Haupt und Gliedern beginnen können. Die Rede Gorbatschows vor dem ZK-Plenum im Oktober 1985, die der Revision des alten Programms gewidmet war⁶⁾, und schließlich die Entwürfe für die Neufassung des Programms und der Statuten der KPdSU mußten jedoch wie eine kalte Dusche wirken. Gorbatschow äußerte sich auf dem Oktober-Plenum des Zentralkomitees deutlich zurückhaltender als in den letzten Monaten. Die geplante Neufassung des Parteiprogramms verriet auch nicht gerade die Handschrift eines kühnen Reformators. Sie war in vielen Partien kürzer und nüchterner als das Programm von 1961, dem Chruschtschow damals seinen Stempel aufgedrückt hatte. Vor allem fehlte das Versprechen, bald die Schwelle zum Kommunismus zu überschreiten. Insgesamt aber ließ der geänderte Programmentwurf nicht erkennen, daß man sich vom drückenden Dogmenballast zu trennen gedachte. Er versperrte allerdings auch nicht grundsätzlich die Möglichkeit einer reformorientierten Entwicklung.

IV. Dem 27. Parteitag entgegen

Jetzt konnte man eigentlich nur noch vom 27. Parteitag der KPdSU, der Ende Februar 1986 beginnen sollte, einen entscheidenden Durchbruch Gorbatschows erwarten. Mit hochgezogenen Augenbrauen verwies man darauf, daß Gorbatschow den Bericht des Zentralkomitees ausgerechnet am 25. Februar halten würde, demselben Tag, an dem Chruschtschow 30 Jahre zuvor die Herrschaft Stalins in einer Geheimrede drastisch gegeißelt hatte. Lag da die Vermutung nicht nahe, daß auch Gorbatschow auf „seinem Parteitag“ genau so erbarmungslos mit den Fehlern der Vergangenheit abrechnen würde wie Chruschtschow?

Hier war offensichtlich Zahlenmystik im Spiel. Mit dem 25. Februar 1956, an dem Chruschtschow seine berühmte Anti-Stalin-Rede hielt (die nur im Ausland, aber nie in der Sowjet-

union selbst veröffentlicht wurde), verbinden westliche Sowjetspezialisten sehr viel mehr als vermutlich Gorbatschow und seine Mannschaft. Es ist auch verständlich, daß der 25. Februar 1956 für den in Moskau lebenden Roj Medwedjew ein magisches Datum wurde, da es sein Leben veränderte und seine Hoffnung auf eine Reform der KPdSU beflügelte. Es gab aber keinen Anhalt dafür, daß die neuen Herren im Kreml ähnlich dachten wie Medwedjew.

Der Beginn des 27. Parteitages ist wahrscheinlich ohne große Überlegungen auf den 25. Februar gelegt worden. Es hatte sich seit geraumer Zeit eingebürgert, den Parteitag stets in der letzten Februarwoche zu beginnen, entweder montags oder dienstags. Samjatin, der Leiter der ZK-Abteilung für Auslandsinformation, hat, als er nach einer eventuellen symbolischen Bedeutung von

⁵⁾ Prawda vom 27. Juli 1985.

⁶⁾ Prawda vom 16. Oktober 1985.

Gorbatschows ZK-Bericht am 25. Februar befragt wurde, einem Analogieschluß widersprochen⁷⁾). Von sowjetischer Seite ist allerdings nicht wenig dazu beigetragen worden, daß große Hoffnungen in den 27. Parteitag gesetzt wurden. Semjonow, der Botschafter der UdSSR in Bonn,

hatte beispielsweise den Kongreß im voraus als den wichtigsten Parteitag der Nachkriegszeit bezeichnet⁸⁾). In Moskau gab es aber auch bald Stimmen, die vor zu großen Erwartungen warnen. Der Parteitag, so hieß es, komme für Gorbatschow zu früh.

V. Gorbatschow auf dem Parteitag

In der Breschnew-Ära waren die Parteitage bis ins Detail durchgeplante Veranstaltungen gewesen, die immer stärker auf eine Beweihräucherung der alternden Parteiführung hinausliefen. Auf den letzten Kongressen zollte man insbesondere dem Generalsekretär überschwengliches Lob. Der georgische Parteichef Schewardnadse zitierte Breschnew 1981 in seiner kurzen Adresse an den Parteitag allein dreizehnmal⁹⁾).

Der 27. Parteitag, der vom 25. Februar bis zum 6. März 1986 dauerte, änderte das hergebrachte Ritual nur wenig, ließ aber eine seit zwei Jahrzehnten nicht mehr erlebte knisternde Unruhe erkennen — schließlich stand das Schicksal vieler Funktionäre auf dem Spiel. Die Kritik der Redner an innersowjetischen Mißständen war erheblich schärfer als zu Breschnews Zeiten. Hier und da war auch ein Dissens unter den Sprechern auszumachen.

Im Mittelpunkt eines sowjetischen Parteitages stand stets der *Rechenschaftsbericht* des Zentralkomitees. Diesmal trat Gorbatschow nur mit einem „Politischen Bericht des ZK“¹⁰⁾ hervor, möglicherweise um sich von der Breschnew-Zeit zu distanzieren. Ein solcher ZK-Bericht muß in langwieriger Vorbereitung vor allem mit den Spitzenvertretern der Partei und des Staates, aber auch mit den einzelnen ZK-Abteilungen abgesprochen werden. Wie zu hören war, soll der Rohentwurf von Gorbatschows Bericht von einem zwanzigköpfigen Team erstellt, von zehn versierten Gehilfen gekürzt worden sein und hat schließlich von einer Vierergruppe den letzten Schliff erhalten¹¹⁾). Eine solche Rede soll vielen

vieles geben, muß also nicht völlig den Vorstellungen des Generalsekretärs entsprechen.

Gorbatschow hat die mehr als fünfstündige Rede in größtem Tempo verlesen, wobei er sich oft versprach und sogar einmal die Seiten vertauschte. Überraschend war für die westlichen Beobachter, daß er im ersten Teil seines Berichts die kapitalistische Welt (vor allem die USA) in den schwärzesten Farben zeichnete. Nach Marx wurde die Ausbeutergesellschaft mit einem heidnischen Götzen verglichen, „der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte“. Dem Kapitalismus wird in schrecklicher Vereinfachung alles Negative angelastet: Militarismus, Faschismus, Völkermord, Ignoranz, Obskuratismus und „soziale Senilität“. Die imperialistischen Kreise hätten in ihrem Wirkungsbereich ein trostloses Regime errichtet: „Die ständige Kontrolle, genauer gesagt die Überwachung des Denkens und Handelns der Menschen, wurde zur Norm. Das zielgerichtete Hochzüchten des Individualismus, des Rechts des Starken im Existenzkampf, der Unmoral und des Hasses auf alles Demokratische hat unerhörte Ausmaße angenommen.“

Das sind Worte, die man dem neuen Generalsekretär, den etliche für einen souveränen, aufgeklärten Geist halten, kaum noch zugetraut hatte. Hier und da ist im Westen vermutet worden, daß die antikapitalistischen Tiraden lediglich eine lästige Pflichtübung Gorbatschows waren, denen er sich nicht entziehen konnte. Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß auch der „liberale“ Gromyko den Imperialismus kaum anders sieht. Bis zum Beweis des Gegenteils wird man Gorbatschow beim Wort nehmen müssen, denn man kann nicht willkürlich die Sätze, die einem passen, für bare Münze nehmen, und andere, die man als störend empfindet, für Spielgeld halten. Die Kapitalismus-Schelte hat möglicherweise auch einen innenpolitischen Bezug: Auf dem Hintergrund der westlichen Verkommenheit sollen die Schwierigkeiten und Versäumnisse der Sowjetunion, die auf dem 27. Parteitag zur Sprache gebracht wurden, als das geringere Übel erscheinen.

⁷⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. Februar 1986.

⁸⁾ General-Anzeiger (Bonn) vom 25. Februar 1986.

⁹⁾ Sowjetunion 1980/81, München 1981, S. 31.

¹⁰⁾ Der ZK-Bericht wurde veröffentlicht in: Prawda vom 26. Februar 1986. Die deutsche Übersetzung erschien in: Neues Deutschland vom 26. Februar 1986.

¹¹⁾ Süddeutsche Zeitung vom 27. Februar 1986.

VI. Die gelenkte „Diskussion“

Im Politischen Bericht des Zentralkomitees faßte Gorbatschow die Themen zusammen, die er in seiner einjährigen Amtszeit als Parteichef schon verschiedentlich angepackt hatte, und präzierte seine früheren Aussagen in einigen Fällen. Mit dieser Rede bestimmte er — wie vor ihm Breschnew — die Aufgaben und Ziele der Partei für die nächsten Jahre. Die rund 80 Redner des 27. Parteitages (die ausländischen Gäste nicht mitgerechnet) folgten im wesentlichen den Vorgaben des ZK-Berichts, natürlich auch Ryschkow, der Regierungschef, dessen Referat „Über die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1986 bis 1990 und für den Zeitraum bis zum Jahre 2000“ die zweitwichtigste Rede des Parteitags war.

Im Gegensatz zu den vorausgegangenen Parteikongressen der Breschnew-Ära war die Bandbreite der Meinungen größer. Einige Redner blieben unter den von Gorbatschow gewählten Markierungen, der neue Moskauer Parteichef Jelzins ging deutlich über sie hinaus.

Trotz der Differenzierung unter den Rednern war es unverkennbar, daß der 27. Parteitag von

einer straffen Regie geführt wurde. Niemand wagte es, für Breschnew eine Lanze zu brechen. Niemand tadelte Gorbatschow, daß der von ihm vorgetragene ZK-Bericht unzureichend sei, auch muß allen Rednern empfohlen worden sein, in jeder Rede Gorbatschow so wenig wie möglich zu zitieren (selbst die Bescheidenheit eines Generalsekretärs kommt ohne klare Anweisungen nicht aus). Allerdings beriefen sich etwa der Kasache Kunajew, der um sein Amt als Parteichef seiner Unionsrepublik bangen muß, und auch Staatspräsident Gromyko immerhin dreimal auf Gorbatschow. Dem georgischen Parteichef Patiaschwili gelang es, den Namen des Generalsekretärs ganz zu vermeiden¹²). Dagegen muß Kulidschanow, Erster Sekretär vom Verband der Filmschaffenden, die Zeichen der Zeit überhaupt nicht begriffen haben. Als er lebhaft bedauerte, daß Michail Sergejewitsch nicht länger (als fünf Stunden) referiert habe, unterbrach ihn Gorbatschow mit der Mahnung, die Deklinierung seines Namens zu unterlassen¹³). In den Applaus der Delegierten fielen sowohl Gorbatschow wie Kulidschanow ein.

VII. Das Grabmal des unbekanntenen Generalsekretärs

Breschnew, dem die Delegierten 1981 noch überschwänglich gehuldigt hatten, wurde auf dem jetzigen Parteikongreß nur ein einziges Mal erwähnt, als nämlich Ligatschow am Eröffnungstag die sechs Politbüromitglieder aufzählte, die seit dem letzten Parteitag gestorben waren. Die Erinnerung an ihn wurde allerdings jedesmal geweckt, wenn ein Redner auf die schweren Unterlassungen und Fehleinschätzungen in der Vergangenheit hinwies. Die Kritiker hatten, wie sich ihren Worten unschwer entnehmen ließ, eindeutig Breschnew und dessen Mannschaft im Visier, durften aber offenkundig nicht Roß und Reiter nennen. Aus Gründen der Parteiräson prangerte man lediglich die Sünden an, nicht aber die hochgestellten Sünder.

Unter den sieben sowjetischen Parteichefs von Lenin bis Gorbatschow gibt es drei oder vier, deren Namen sowjetische Kommunisten heute nach Möglichkeit verschweigen: Stalin, Chruschtschow, Breschnew und vielleicht Tschernenko. Allerdings wird auch Andropow in jüngster Zeit nicht mehr besonders erwähnt. Es heißt lediglich, daß es 1983 zu „bestimmten positiven Wandlungen“ gekommen ist¹⁴).

Auf dem 20. und 22. Parteitag hatte Chruschtschow mit Stalin auf seine derbe Art abgerechnet, und zwar unter Nennung von dessen Namen. Die Folgen dieses „Vatermords“ waren für die KPdSU verheerend, nicht nur im internationalen Kommunismus, sondern auch in der Sowjetunion selbst. Eine Partei, die zwanzig Jahre lang von einem, wie Chruschtschow es dargestellt wurde, unberechenbaren Kriminellen beherrscht wurde, mußte ihren Anspruch auf Unfehlbarkeit einbüßen. In Moskau erkannte man bald, daß die detaillierten Anklagen gegen Stalin immer neue Fragen nach sich zogen, die die Autorität der Partei nur erschüttern konnten.

Als Chruschtschow im Oktober 1964 zu Fall gebracht wurde, wühlte man nicht in seiner Vergangenheit. Er verschwand mehr oder weniger in der Versenkung der Namenlosigkeit; man tadelte lediglich den „Subjektivismus“ und die „hohlen

¹²) Die Reden Kunajews, Gromykos und Patiaschwilis wurden veröffentlicht in: Prawda vom 27. Februar 1986.

¹³) Prawda vom 2. März 1986.

¹⁴) So Ryschkow in: Prawda vom 4. März 1986.

Phrasen“ in bestimmten Jahren. Das Schicksal, posthum durch die größtmögliche Verdrängung des Namens bestraft zu werden, teilt Breschnew heute mit seinen beiden Vorgängern. Allerdings hat man in jüngster Zeit begriffen, daß es zwingende Anlässe gibt, bei denen man die Namen der ungeliebten Parteichefs nur um den Preis der Lächerlichkeit unterschlagen kann¹⁵⁾. So wird man Breschnew wahrscheinlich in historischen Darstellungen einen gewissen Platz einräumen, ihm aber sonst so wenig Publizität gewähren wie nur möglich.

Gemäß der Sprachregelung der gegenwärtigen Führung sind es die Versäumnisse „in den siebziger Jahren und Anfang der achtziger Jahre“ — Breschnew starb im November 1982 —, die sich zu einer enormen Hypothek für die Sowjetunion summieren haben. Vor allem waren es die ökonomischen Mißerfolge, die die neuen Herren im Kreml alarmiert haben. Seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ist es in der Tat mit der Sowjetwirtschaft erkennbar bergab gegangen. Die Liste der Vorwürfe an die Adresse der politischen Führung in den siebziger Jahren und der beiden ersten Jahre im darauffolgenden Jahrzehnt ist lang: schuldhaftes Nichterfüllen der Pläne, fehlende Energie beim Übergang von der extensiven zur intensiven Wirtschaft, Versäumnisse bei der Verbesserung des gesamten wirtschaftlichen Leistungssystems, Schlamperei in den Ministerien, Korruption. Darüber hinaus sei auch, so konstatiert es das neugefaßte dritte Parteiprogramm, „die Notwendigkeit tiefgreifender Veränderungen in allen Bereichen des Lebens“ nicht frühzeitig erkannt und energisch durchgesetzt

worden¹⁶⁾. Hinter allen diesen gewundenen Formulierungen steht die schlichte Erkenntnis, daß die KPdSU, das Politbüro, der ZK-Apparat und der Ministerrat versagt haben.

Einige Sektoren des politischen Lebens sind von der öffentlichen Kritik ausgenommen: die Außenpolitik, der Staatssicherheitsdienst und das Militärwesen. Das bedeutet natürlich nicht, daß nicht hinter verschlossenen Türen die Diplomatie Gromykos und die Forderungen der Militärs auf Ablehnung gestoßen sind. Derartige Fragen gehören jedoch zu den sensibelsten Bereichen, in die man dem Klassegegner so wenig Einblick gewährt wie nur möglich.

Daß die Breschnew-Jahre selbst im revidierten Parteiprogramm mit kritischen Worten bedacht werden, ist möglicherweise in der Partei auf Unverständnis gestoßen. Jedenfalls scheint Gorbatschow im ZK-Bericht gerade diese Passagen unter Zuhilfenahme eines Lenin-Zitats zu rechtfertigen. Auffällig ist es andererseits, daß in eben dieser Rede die fraglichen Jahre fast milde behandelt werden: „Freilich, auf die Lage der Dinge hatten sich auch einige Faktoren ausgewirkt, auf die wir keinen Einfluß haben. Sie waren es aber nicht, die den Ausschlag gaben. Vor allen Dingen war dies darauf zurückzuführen, daß *wir* die Veränderung in der ökonomischen Situation nicht rechtzeitig eingeschätzt ... hatten.“¹⁷⁾ Ein Schuldeingeständnis ist in solchen Worten allerdings nicht unbedingt zu sehen, denn Gorbatschow fügt sofort hinzu, daß es genügend Diskussionen um einen Kurswechsel gegeben habe, aber den Worten keine Taten gefolgt seien.

VIII. Kritische Fragen von Jelzin

Für Außenstehende ist diese halbherzige Kritik unbefriedigend, aber wahrscheinlich auch für jeden denkenden sowjetischen Kommunisten. Man fragt sich, wie ein alternder Generalsekretär ein Politbüro von gestandenen Männern so in seiner Gewalt haben konnte, daß die notwendigen Schritte zur Erneuerung nicht getan wurden. Schließlich war auch Gorbatschow seit 1978 ZK-Sekretär und seit 1980 Politbüromitglied. Seinen Reden, die er während der Breschnew-Jahre gehalten hat, kann man nicht entnehmen, daß er für radikale Veränderungen auf die Barrikaden gegangen wäre und sich damit in Gegensatz zum damaligen Generalsekretär gebracht hätte. In

kleinen Zirkeln mag er seine Kritik vorgetragen haben — in der Öffentlichkeit nicht.

Noch verwirrender ist es, wenn Gorbatschow in seinem ZK-Bericht gleich eingangs sagt: „Wir dürfen auf das, was in diesen Jahren (gemeint ist die Zeit nach 1961), den Jahren angespannter Arbeit, den Jahren des Kampfes geleistet wurde, durchaus stolz sein.“

Nicht alle Redner gingen auf die Fehler der Vergangenheit ein. Am schärfsten zog Jelzin, der neuernannte Moskauer Parteichef, vom Leder: „Es ist völlig gerechtfertigt, die Einbrüche im

¹⁵⁾ Vgl. etwa die siebte Auflage von: Istorija Kommunističeskoi partii Sowjetskaja Sojuza, Moskau 1983.

¹⁶⁾ Prawda vom 7. März 1986.

¹⁷⁾ Hervorhebung Heinz Brahm.

Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes während der letzten Fünfjahrpläne mit der Führung der Partei und des Staates in Verbindung zu bringen. Die Fehler einzelner Personen sind dem Land, der Autorität der Partei und dem Sozialismus in der Welt teuer zu stehen gekommen. Wenn wir gezwungen sind, anzuerkennen, daß ... „Zonen, die der Kritik entzogen sind“, existierten, so bedeutet das doch, daß es Ämter, Personen gab, die nicht der Kritik unterlagen. Es drängt sich die Frage auf: Was sind die Ursachen, wer ist schuld daran? Ja, wer, wenn nicht wir, die Mitglieder des Zentralkomitees der Partei.“¹⁸⁾

Es habe, so Jelzin, vielen Parteiführern an Mut gefehlt, rechtzeitig kritische Fragen zu stellen und das Verhalten übergeordneter Funktionäre offen auszusprechen. Jelzin räumte ein, daß er selbst auf dem 26. Parteitag, dem letzten der Breschnew-Ära, auch nicht gerade eine gute Figur gemacht habe (damals hatte er in der Tat das „unübertroffene Organisationstalent“ der Führung, den außergewöhnlichen Weitblick und die Scharfsichtigkeit des Zentralkomitees, ja sogar die persönlichen Verdienste Breschnews gerühmt). Sein unterwürfiges Verhalten erklärte Jelzin damit, daß es ihm vor fünf Jahren an Mut und politischer Erfahrung gefehlt habe.

IX. Gegen die Nestbeschmutzer

Vielen Delegierten dürfte die Abrechnung mit der Vergangenheit gegen den Strich gegangen sein. Kunajew, ein Breschnewianer, der seit Gorbatschows Amtsantritt als Generalsekretär unter starken Beschuß geraten war, verschwendete auf dem Kongreß so wenig Worte, wie dies nur möglich war, über die Versäumnisse, die man seiner Parteiorganisation ankreidete. Dagegen hielt sich Worotnikow, seit 1983 Ministerpräsident der RSFSR, eingehender bei den Schattenseiten der früheren Jahre auf¹⁹⁾. Er mag dazu einen persönlichen Grund gehabt haben, denn seine Karriere hatte unter Breschnew einen Knick erhalten, als er 1979 als Botschafter nach Kuba geschickt worden war.

Solomenzew, Vorsitzender des Komitees für Parteikontrolle, und auch Staatspräsident Gromyko, die beide zu den Veteranen der Parteiführung gehören, glaubten das Ausland ausdrücklich davor warnen zu müssen, die von der Partei eingestanden Mängel in Argumente gegen den Sozialismus als Gesellschaftssystem umzumünzen. Diese Ermahnungen waren aber wahrscheinlich nicht nur an die Widersacher außerhalb, sondern auch innerhalb der Sowjetgrenzen gerichtet.

Als noch ärgerlicher empfanden die „Konservativen“ in der Partei die Kritik, die seit geraumer Zeit an den Funktionären geübt wurde. Kurz vor dem 27. Parteitag war es über einen „Prawda“-Artikel mit dem Titel „Reinigung“ zu einem Eklat gekommen²⁰⁾. Samolis hatte eine Reihe kritischer Stimmen aus den Leserzuschriften zitiert, die offenkundig frischen Wind in die insgesamt doch sehr behutsame Diskussion um die

Erneuerung der Partei bringen sollten. Ein gewisser Iwanow hatte auf die „wenig bewegliche, träge und dickflüssige parteiadministrative Schicht“ hingewiesen, die zwischen dem Zentralkomitee und der Arbeiterklasse „wabere“ und keine radikalen Veränderungen wünschte. Manche Kommunisten, so schrieb er, erwarteten von der Partei nur noch Privilegien. Unmittelbar daran schloß sich die Kritik des Altkommunisten Nikolajew an, der in den Spezialläden, Spezialrestaurants und Spezialkrankenhäusern eine soziale Ungerechtigkeit sah. Nach Meinung dieses Briefschreibers sollten die Funktionäre durchaus höhere Löhne erhalten, aber darüber hinaus keine besonderen Privilegien: Sie sollten wie die Normalbürger vor den Geschäften Schlange stehen, was dazu beitragen könne, daß die Schlangen eines Tages ganz verschwänden. Um das Tüpfelchen aufs i zu setzen, wünschte Nikolajew eine „gründliche Säuberung des Apparats“. Ein anderer Leserbriefschreiber hielt sogar ein Gesetz über eine „periodische Säuberung“ für erforderlich.

Eine „Säuberung“ (tschistka) mußte in der Partei unliebsame Erinnerungen an die dunkelsten Jahre des Stalinismus wachrufen. Samolis, der so ausgiebig aus den Briefen zitiert hatte, wollte selbst nichts von einer Massensäuberung wissen, plädierte jedoch für eine „Reinigung“ (otschistschenie). Allerdings war auch eine solche Reinigung für die Funktionäre beunruhigend genug.

Der Artikel war eine Kampfansage an den Mittelbau der Partei. Er hat, wie es heißt, Ligatschow, den ranghöchsten ZK-Sekretär nach Gorbatschow, so in Rage gebracht, daß er von Afanasjew, dem Chefredakteur der „Prawda“, verlangte, die Zwischenschicht der Partei nicht so

¹⁸⁾ Prawda vom 27. Februar 1986.

¹⁹⁾ Ebd.

²⁰⁾ Prawda vom 13. Februar 1986.

einseitig zu diffamieren²¹⁾. Es war also — wie in der schöngeistigen Literatur — der positive Held erwünscht. Bereits am 15. Februar erschien auf der ersten Seite der „Prawda“ ein Leserbrief, in dem die hingebungsvollen Kader hervorgehoben werden, die eine solche Pauschalkritik nicht verdient hätten. Die „Prawda“ gelobte Besserung.

Die Zurechtweisung Afanasjews, der Gerüchten, aber auch deutlichen Indizien zufolge auf vertrautem Fuß mit Gorbatschow steht, muß erstauen. Wenn die Ereignisse und Zusammenhänge richtig wiedergegeben sind, muß man eigentlich den Schluß ziehen, daß zwischen Gorbatschow und Ligatschow in dieser Frage keine Einigung besteht. Es ist kaum anzunehmen, daß Afanasjew den brisanten Artikel ohne Rückendeckung in seiner Zeitung einrückte. Man kann vermuten, daß Gorbatschow selbst den Chefredakteur der „Prawda“ direkt oder indirekt zu einer offensiven Kritik ermutigt hat. Es heißt auch, daß sich der Moskauer Parteichef Jelzin im vertraulichen Kreis ähnlich kritisch über den Mittelbau der Partei geäußert hat²²⁾. Afanasjew schlug nach dem 13. Februar ein so rauher Wind ins Gesicht, daß er sich nicht einmal mehr seines Stuhls als Chefredakteur der „Prawda“ sicher war.

Selbstverständlich waren die Ideen, wie sie der Samolis-Artikel zusammengefaßt hatte, den rund 5 000 Delegierten des 27. Parteitages bekannt. Derart nonkonformistische Gedanken findet man letzten Endes im zentralen Parteiorgan nicht alle Tage. Sie müssen aber als so exzentrisch eingestuft worden sein, daß sie schon nicht mehr als diskussionsfähig galten. Nichtsdestoweniger packte Jelzin am zweiten Kongreßtag einige der heißen Eisen an. „Warum“, so fragte er, „bleibt auch heute die Forderung nach radikalen Veränderungen in der trägen Schicht der Anpasser mit dem Parteibuch in der Tasche stecken?“ Er bemängelte dann die Strukturen des ZK-Apparats. Im weiteren plädierte er für den Abbau von Privilegien (blaga), wenn sie nicht gerechtfertigt seien.

Das Echo auf diese Anregungen war dem Anschein nach nicht sehr positiv. Nur Jelzins Vorschlag, den ZK-Apparat umzustrukturieren, wurde mit Beifall aufgenommen. Da man auch

auf dem 27. Parteitag nicht frei und ungezwungen redete, ist nicht auszumachen, ob sich einige Delegierte mehr über Jelzin oder über den „Prawda“-Artikel vom 13. Februar empörten.

Gromyko, der kurz nach Jelzin das Wort erhielt, erinnerte die Scharfmacher barsch an die Grenzen, die der Diskussion gesetzt sein sollten: „Keinem soll erlaubt sein, unter dem Vorwand, der gesunden und notwendigen Sache der Kritik und Selbstkritik einen Dienst zu erweisen — und diese Sache muß ein Gesetz sein —, sich des Hirngespinnstes von Spaltungen (treschtschiny) in unserer Partei und in der Sowjetgesellschaft zu bedienen. Denjenigen, die sich damit beschäftigen oder beschäftigen wollen, muß man gehörig den Kopf zurechtrücken. Kritik als eine mächtige und wirkungsvolle Waffe der Partei und Herummäkeln an aufrechten Kommunisten — das ist nicht ein und dasselbe, ganz und gar nicht. Alle Mittel, über die unsere ideologischen und politischen Gegner im Ausland verfügen, sind nicht imstande, eine Bresche in die Reihen unserer Partei oder ihrer Ideologie zu schlagen.“²³⁾

Gromyko gefiel sich in der Rolle des Schiedsrichters, der Verstöße gegen die Spielregeln moniert. Schon am 11. März 1985 hatte er auf dem ZK-Plenum, das Gorbatschow zum Generalsekretär ernannte, vor Meinungsverschiedenheiten in der Partei gewarnt²⁴⁾. Damals wie jetzt schützte er Staatsinteressen vor, um die Heißsporne zum Schweigen zu bringen. Die ganze Richtung der Neutöner gefiel ihm nicht.

Ligatschow, der Kaderchef, machte sich die Wünsche Jelzins ebenfalls nicht zu eigen. Er bemängelte aber massiv die „Pannen“ (srywy), die sich Zeitungen in jüngster Zeit zuschulden hätten kommen lassen, und tadelte namentlich die Redaktion der „Prawda“.

Kalaschnikow, der Parteichef von Wolgograd, der den Passus über die „parteiadministrative Schicht“ wörtlich aus dem Iwanow-Brief zitierte, ohne allerdings die Quelle zu nennen, wandte sich gegen die „Autoren“, die aus Sensationslust die Kader einer ganzen Schicht anschwärzten²⁵⁾. Er wurde für seine Worte — genau so wie vorher Gromyko — mit Beifall belohnt.

²¹⁾ E. Siegel, in: FR vom 5. März 1986.

²²⁾ U. Engelbrecht, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 18. Februar 1986.

²³⁾ Prawda vom 27. Februar 1986.

²⁴⁾ Kommunist, (1985) 5, S. 7.

²⁵⁾ Prawda vom 2. März 1986.

X. Wenig Vertrauen in die Kader — mehr Kontrolle

Sollte Gorbatschow gehofft haben, die Partei mit Hilfe des „Prawda“-Artikels vom 13. Februar oder der Kapuzinerpredigt Jelzins aus ihrer Lethargie herausreißen zu können, so war ihm auf dem Kongreß kein Erfolg beschieden. Im ZK-Bericht Gorbatschows wird ausdrücklich festgestellt, es bestehe kein Bedarf für eine „Säuberung“. Nicht einmal von einer „Reinigung“ ist die Rede. Vermutlich sieht die neue Parteiführung im Augenblick sogar eine Gefahr darin, die ohnehin verstörten Funktionäre noch weiter zu verunsichern.

Seitdem Gorbatschow Generalsekretär geworden ist, hat er an vielen Fronten versucht, in die Offensive zu gehen. Von den „radikalen Veränderungen“, von denen so oft die Rede ist, kann die Partei indessen schwerlich ausgenommen werden. Gerade hier müßte sich aber Revolutionäres tun, wenn die Sowjetunion aus ihren vielen Sackgassen herausgeführt werden soll. Unter die Personalpolitik der Vergangenheit, die durch die Schlagworte „Vertrauen in die Kader“ und „Stabilität in die Kader“ gekennzeichnet werden kann, soll nach Ansicht der heutigen Parteiführung ein Schlußstrich gezogen werden. Was aber von der Tribüne des Parteikongresses über die neue Kaderpolitik gesagt wurde, ist nicht gerade neu.

Man greift zu Lenins Allheilmittel: der Kontrolle. Um die Verfilzung unter den Funktionären zu erschweren, sollen Kader über die Grenzen der einzelnen Regionen hinweg ausgetauscht werden. Aber auch Funktionäre aus dem Zentrum sind zur Verstärkung der heimischen Kräfte vorgesehen.

Auf dem Kongreß wurde gesagt, daß die Kritik in der Vergangenheit Zeiten des Frostes und des Tauwetters erlebt habe; künftig brauche man jedoch ein beständig gutes Wetter²⁶). In Zukunft, erklärte Ligatschow, unterlägen Moskau, Leningrad, die Ukraine, Kasachstan, Stawropol, Tomsk und Swerdlowsk den für alle gültigen Normen der Kritik²⁷). Indem Ligatschow ausdrücklich die Domänen der heutigen Führungsmannschaft aufführte — er selbst kommt aus Tomsk, Gorbatschow aus Stawropol, Jelzin und Ryschkow kommen aus Swerdlowsk —, wollte er seine Unbestechlichkeit kundtun. Ob er Seilschaften, wie sie in der KPdSU üblich waren, verhindern kann, ist allerdings nicht zu erkennen.

Im ZK-Bericht Gorbatschows wird der Publizität (glasnostj) großes Gewicht bei der Aufdeckung von Mißständen vor allem im Staat und in der Gesellschaft eingeräumt. Vor einer Transparenz, heißt es hier, könne sich nur der fürchten, der etwas zu verbergen habe. Die Publizität sei sowohl im Zentrum (!) wie an der Basis nötig. Ligatschow jedoch verlor in seinem Bericht vor dem Kongreß kein Wort über die Publizität. Die Aufregung über den „Prawda“-Artikel vom 13. Februar zeigt im übrigen, daß man mit der Transparenz noch große Schwierigkeiten hat.

Es ist offensichtlich nur noch eine Frage der Zeit, daß der ZK-Apparat umgestaltet wird. Dem alten Apparat wird vorgeworfen, daß er die Kontrolle über die Kader im Land nicht ausreichend wahrgenommen und sich bereits zu sehr in die Tätigkeit der Sowjetorgane eingeschaltet habe.

XI. Die neuen Führungsgremien

Die eigentlichen Entscheidungen eines sowjetischen Parteitages fallen hinter den Kulissen. Das gilt vor allem für die Personalentscheidungen. Am Ende eines jeden Parteitages werden das Zentralkomitee, das Politbüro und das ZK-Sekretariat gewählt. Die Wahlvorschläge stehen schon vor dem Kongreß fest. Jeder Delegierte hat — theoretisch — das Recht, Namen von der Liste zu streichen. Ein Kandidat gilt erst dann als nichtgewählt, wenn die Hälfte der Stimmen gegen ihn abgegeben worden ist. Der Konformitätsdruck dürfte aber so stark sein, daß kaum jemand, der die Sympathien des Generalsekretärs oder des Politbüros besitzt, nicht gewählt wird.

Auf dem 27. Parteitag ist die Zahl der ZK-Vollmitglieder, die sich 1981 auf 319 belief, auf 307 reduziert worden. Ausgeschieden sind Romanow und Grischin, aber auch Aleksandrow-Agentow und Kossolapow. Dagegen haben Baibakow, der ehemalige Chef des Staatlichen Plankomitees (Gosplan), und Tichonow ihren Platz im Zentralkomitee behalten. Insgesamt sind 125 Personen neu ins Zentralkomitee aufgerückt, 1981 waren es nur 80. Im Augenblick ist noch nicht zu erkennen, ob die Aufsteiger samt und sonders Gorba-

²⁶) So Ligatschow, in: Prawda vom 28. Februar 1986.

²⁷) Ebd.

tschow-Anhänger sind. Man muß annehmen, daß zumindest Ligatschow bei der Auswahl der Neuen ein Wort mitsprechen konnte. 60 Prozent des alten ZK-Bestandes sind wiedergewählt worden. Das Durchschnittsalter des heutigen Zentralkomitees liegt bei etwa 60 Jahren.

Das vom Zentralkomitee bestellte Politbüro hat sich gegenüber seiner früheren Zusammensetzung nur wenig, das neue ZK-Sekretariat dagegen stark verändert:

Politbüro-Mitglieder

Michail Gorbatschow	Generalsekretär
Gejdar Alijew	Erster Stellvertretender Ministerpräsident
Witailij Worotnikow	Ministerpräsident der RSFSR
Andrej Gromyko	Staatspräsident
Lew Saikow	ZK-Sekretär (neu)
Dinmuchamed Kunajew	Parteichef von Kasachstan
Jegor Ligatschow	ZK-Sekretär
Nikolai Ryschkow	Ministerpräsident
Michail Solomenzew	Parteikontrollkommission-Vorsitzender
Viktor Tschebrikow	Chef der Geheimpolizei (KGB)
Eduard Schewardnadse	Außenminister

Wladimir Schtscherbizki
Parteichef der Ukraine

Politbüro-Kandidaten

Pjotr Demitschew	Kulturminister
Wladimir Dolgich	ZK-Sekretär
Boris Jelzin	Parteichef von Moskau
Nikolai Sljunkow	Parteichef der Weißrussischen SSR
Sergej Sokolow	Verteidigungsminister
Juri Solowjow	Parteichef von Leningrad
Nikolai Talysin	Plankommission-Vorsitzender

ZK-Sekretariat

Michail Gorbatschow	(Politbüro-Mitglied)
Alexandra Birjukowa	(neu)
Anatolij Dobrynin	(neu)
Wladimir Dolgich	(Politbüro-Kandidat)
Lew Saikow	(Politbüro-Mitglied)
Michail Simjanin	
Jegor Ligatschow	(Politbüro-Mitglied)
Wadim Medwedjew	(neu)
Viktor Nikonow	
Georgij Rasumowski	(neu)
Alexander Jakowlew	(neu)

XII. Ein Wendepunkt?

Der 27. Parteitag hat sich deutlich von den Kongressen der Breschnew-Ära abgehoben, er hat jedoch bei weitem nicht die Dramatik des 20. Parteitags (1956) erreicht. Zu vieles wurde eher angedeutet als offen ausgesprochen. Die Rede Jelzins, des neuen Parteichefs von Moskau, bildete eine Ausnahme. Gorbatschow weiß um die Schwierigkeiten, die vor ihm liegen. Zu Anfang seines ZK-Berichts heißt es: „... sowohl in den zentralen Organen als auch an der Basis gewann eine eigenartige Mentalität die Oberhand: Wie könnte man die Sache verbessern, ohne etwas zu verändern.“

An anderer Stelle des ZK-Berichts ist von jenen die Rede, die abwarten oder phantastische Pläne schmieden, in Wirklichkeit aber nichts tun. Gorbatschow mag in der Tat glauben, daß es der Mittelbau der Partei ist, der die Vorhaben des Politbüros durch seinen Konservatismus vereitelt. Der Hauptgegner Gorbatschows sind jedoch

nicht die wenig beweglichen Apparatschiki, sondern es ist das *System*, das diese Apparatschiki hervorgebracht hat.

Heute wälzt man einen Großteil der Verantwortung für die Mißstände auf Breschnew ab. 1964 war Chruschtschow der Sündenbock, 1956 Stalin, in den dreißiger Jahren der „Volksfeind“. Anfang der zwanziger Jahre machte man teils den Kommunisten, die nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben waren, und teils der Bürokratie, die noch nicht frei von zaristischen Beamten war, zum Vorwurf, daß sie die Entwicklung des Sowjetstaates hemmten.

Nach Lenins Meinung waren 99 von 100 Kommunisten nicht auf dem Platz, für den sie geeignet seien²⁸⁾. Er kannte nur ein Mittel, um unliebsame Entwicklungen zu verhindern: sorgfältigere

²⁸⁾ W. I. Lenin, Werke XXXIII, Berlin (Ost) 1963, S. 295.

Kaderauswahl und Kontrolle. 1922 schrieb er an Zjurupa, seinen Stellvertreter in der Regierung: „Behörden sind Dreck; Dekrete sind Dreck. Menschen suchen, die Arbeit kontrollieren ...“²⁹⁾.

Bis zum heutigen Tage plagt sich die KPdSU mit den Problemen, die schon Lenin beschäftigten. Die Menschen, weder die Funktionäre noch die Werktätigen, entsprechen nicht den Wunschvorstellungen, die ehrgeizige Parteiführer von ihnen haben. Lenin erkannte 1922 zu seinem Schrecken, daß sein Einfluß auf die Geschehnisse des Landes gering war: „Wir haben nun ein Jahr hinter uns, der Staat ist in unseren Händen — aber hat er unter den Verhältnissen der Neuen Ökonomi-

²⁹⁾ Ders., Werke XXXVI, Berlin (Ost) 1962, S. 551.

schon Politik in diesem Jahr funktioniert ... Er hat nicht nach unserem Willen funktioniert? ... Das Steuer entgleitet den Händen: Scheinbar sitzt ein Mensch da, der den Wagen lenkt, aber der Wagen fährt nicht dorthin, wohin er ihn lenkt, sondern dorthin, wohin ein anderer ihn lenkt ...“³⁰⁾. Damals waren angeblich Spekulanten und Privatkapitalisten die Übeltäter. Heute ist es die konservative Zwischenschicht.

Die KPdSU dürfte, wenn sie der Schwierigkeiten Herr werden will, nicht bei Lenin anknüpfen, sie müßte über ihn hinausdenken, nach den Fehlern des politischen Systems fragen. Solange dies nicht geschieht, wird es kaum Lösungen der anstehenden Probleme geben.

³⁰⁾ Ders., Werke XXXIII, Berlin (Ost) 1963, S. 266.

„Sozialökonomische Beschleunigung“ – aber wie?

Die sowjetische Wirtschaftspolitik nach dem 27. Parteitag der KPdSU

Der zukünftige Kurs der sowjetischen Wirtschaftspolitik spielte im Rahmen des 27. Parteitags der KPdSU, der vom 25. Februar bis 6. März 1986 in Moskau stattfand, eine zentrale Rolle¹⁾. „Hauptgebiet der Tätigkeit der Partei war und ist die Wirtschaft“, stellt die abschließende Resolution fest, und immer wieder wurde in Reden und Stellungnahmen die grundlegende Bedeutung der „Beschleunigung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung“ des Landes unterstrichen. Allerdings: Sosehr auf die vielschichtigen Wirtschaftsprobleme des Landes hingewiesen wurde, sosehr sich die Akteure auf den verschiedenen Ebenen des ökonomischen Entscheidungsprozesses den Schwarzen Peter der Kritik zuspielten — ein „grand design“ systempolitisch neuer Wirtschaftspolitik zur Bewältigung der Schwierigkeiten blieb erwartungsgemäß aus. Was indessen mit großem Nachdruck herbeigeführt werden soll, ist

ein leistungssteigernder Aufbruch, sind breit angelegte Teilveränderungen auf prinzipiell konservativer Grundlage, die — sollten sie gelingen — auch ohne Systemreform eine neue Qualität von Wirtschaftspolitik bedeuten würden.

Der Kongreß hatte sich auch deshalb vorrangig mit wirtschaftspolitischen Fragen zu beschäftigen, weil — wie bei den Parteitagen der Vergangenheit — die Beschlußfassung über einen neuen mittelfristigen Wirtschaftsplan, den 12. Fünfjahrplan für die Periode von 1986 bis 1990, auf der Tagesordnung stand²⁾. Dieser Fünfjahrplan ist Bestandteil einer längerfristigen Planung für die Zeit bis zum Jahre 2000. Die Sowjetunion versucht damit erneut, ihre Wirtschaftsprogrammatische kontinuierlicher anzulegen — ein Vorhaben, das in der Vergangenheit allerdings immer wieder gescheitert ist.

Neues Parteiprogramm: Zurück zur Wirklichkeit

Neben der Erörterung der Pläne stand die Verabschiedung der Neufassung des dritten Parteiprogramms der KPdSU von 1961 auf der Tagesordnung³⁾. Wie generell, so wurde auch im Wirtschaftsteil versucht, die utopischen und von der Realität überholten Ziele Chruschtschows an die Wirklichkeit anzupassen. So hat die Partei Abschied genommen vom „feierlichen Versprechen“, der heutigen Generation sowjetischer Menschen ein Leben in einer kommunistischen Überflußgesellschaft zu bescheren. Demgegenüber wird betont, das Endstadium der Geschichte sei ohne die weitere Entwicklung des gegenwärtigen Sozialismus nicht zu erreichen: Das Ziel ist

hinter den Weg dorthin zurückgetreten. Ein bescheideneres, wenn auch keineswegs anspruchsloses Vorhaben konservativer Modernisierung hat den Vorgriff auf die Zukunft abgelöst. Folglich verzichtet die Partei auch darauf, „die Merkmale des vollen Kommunismus detailliert vor auszusagen“. Diese sollen erst im Zuge der weiteren Entwicklung „konkreter werden“.

Die Neufassung des Parteiprogramms ist von vielen westlichen Beobachtern der UdSSR mit Enttäuschung aufgenommen worden. Doch entspricht sie weitgehend der wirtschaftspolitischen Konzeption Gorbatschows und ist, was ihre politisch-instrumentale Verwendbarkeit für die Zukunft betrifft, weit besser als ihr Ruf. Gewiß hätte das neugefaßte Programm Impuls und Methode systemimmanenter Erneuerung schärfer akzentuieren und das Modernisierungsschiff mit eindrucksvolleren begrifflichen Galionsfiguren versehen können, wie es der Generalsekretär in seinem „Politischen Bericht“ mit dem Begriff „radikale Reform“ tat. Doch das, was ein Parteiprogramm für eine erfolgreichere Wirtschaftspolitik in den kommenden Planjahrfünften überhaupt leisten kann — und dies ist ohnehin wenig —, scheint geleistet zu sein.

¹⁾ Berichterstattung in: Prawda vom 26. Februar bis 7. März 1986.

²⁾ Vgl. „Die Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR für die Jahre 1986 bis 1990 und für den Zeitraum bis zum Jahr 2000“, in: Gert Meyer (Hrsg.), 27. Parteitag der KPdSU — Sowjetunion zu neuen Ufern?, Düsseldorf 1986, S. 371 ff.

³⁾ Text des Programms in: Gert Meyer (Anm. 2), S. 167 ff. Vgl. zur Neufassung auch Hans-Hermann Höhmann, Sowjetische Wirtschaftspolitik im Spiegel des Entwurfs der Neufassung des Parteiprogramms der KPdSU, in: Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst), (1985) 32.

Auf dreierlei kam es insbesondere an: Zunächst mußte die Notwendigkeit von Veränderungen in Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftssystem festgeschrieben werden. Dies ist geschehen. „Strukturelle Umgestaltung“ und „Vervollkommnung der Produktionsverhältnisse“ (d. h. der Systemelemente des sozialistischen Wirtschaftssystems) werden wiederholt und nachdrücklich zur „notwendigen Voraussetzung“ der angestrebten Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung erklärt. Zum zweiten war es erforderlich, diesen Prozeß für die kommenden Perioden offenzuhalten, d. h. als ununterbrochenen Prozeß in Erscheinung treten zu lassen, um fortgesetzte, aufeinanderfolgende Veränderungen und das hierzu erforderliche „Interventionspotential“ der Führung zu legitimieren. Dies betont das Programm an mehreren Stellen mit dem Begriff der „ständigen“ Vervollkommnung. Drittens schließlich mußte das Programm die Bausteine anbieten, aus denen Gorbatschow zukünftig eine möglichst wirksame wirtschaftspolitische Mischung herstellen kann. Dies ist in vollem Maße geschehen.

Das Programm bestimmt die arbeits-, struktur-, verteilungs- und sozialpolitischen Schwerpunkte

der ökonomischen Strategie Gorbatschows. In systempolitischer Hinsicht enthält es alles, was zur Modernisierung, Straffung und Auflockerung einer sozialistischen Planwirtschaft erforderlich ist — sofern nur ein schlüssiges und konsistentes Institutions- und Funktionsmodell, eine erfolversprechende Implementierungsstrategie, eine tragfähige personelle Basis sowie eine stimmige strukturpolitische Flankierung vorhanden wären. Hier liegen die entscheidenden Gegenwartsdefizite der sowjetischen Systempolitik und damit auch jene Aufgaben, die als Voraussetzung der „Beschleunigung“ in den kommenden Jahren in Angriff zu nehmen sind.

Schließlich: Ein Parteiprogramm soll nicht zuletzt die Legitimität der Führung untermauern. Daher muß es auf Kontinuität angelegt sein. Kritik an der Vergangenheit — und diese enthält die Neufassung ja durchaus — darf nicht so ausfallen, daß Weisheit und Führungsfähigkeit der Partei generell in Zweifel gezogen werden. Das Bestreben, eine gute Politik durch eine bessere zu ersetzen, gestattet aber kaum allzu laute programmatische Fanfarentöne. Auch daher rührt der im Vergleich zu den Parteitagreden moderate Ton des Programms.

Gravierende Wirtschaftsprobleme

Die nachhaltigen Wachstums-, Planerfüllungs- und Produktivitätsprobleme spiegelten sich anschaulich bis zur Drastik in den Reden und Dokumenten des Parteitags. Die Wirtschaftspolitik der späten Ära Breschnew wurde besonders heftig kritisiert, die damals (wie heute) verantwortliche Bürokratie nicht geschont. Insbesondere seit Ende der siebziger Jahre war das Wirtschaftswachstum des Landes deutlich auf Talfahrt gegangen⁴⁾. Die Zunahmerate des Bruttosozialprodukts halbierte sich gegenüber der Entwicklung bis 1978 und sank unter 2 Prozent ab. Alle Entstehungssektoren und Verwendungsbereiche des Sozialprodukts waren von dieser Rezession ohne geschichtliche Präzedenz betroffen. Zur chronischen Leistungsschwäche der Landwirtschaft kamen früher nicht gekannte Engpässe in Industrie, Transport und Bauwesen hinzu. Auf der Verwendungsseite stagnierte der Konsum, das Tempo der Kapitalbildung war stark rückläufig, und auch das Wachstum der Rüstungsausgaben ging zurück.

⁴⁾ Vgl. Hans-Hermann Höhmann, Sowjetische Wirtschaft am Ende des 11. Planjahrhunderts: Hoffen auf Gorbatschow, in: Sowjetunion 1984/85, München 1985, S. 141 ff.

Für eine richtige Einschätzung von Wesen, Perspektiven und Grenzen der Gorbatschowschen Beschleunigungsstrategie ist von Bedeutung, daß der Wachstumsabfall auf ein Bündel verschiedener Ursachen und keineswegs nur auf Systemfaktoren zurückzuführen war. Exogene Einflüsse wie demographisch bedingte Verknappung des Arbeitskräfteangebots und wiederholt schlechte Witterungsbedingungen, die über eine Folge von Mißernten in der Agrarwirtschaft und Störungen auch in außerlandwirtschaftlichen Bereichen die gesamtwirtschaftliche Leistung beeinträchtigten, Auswirkungen wirtschaftsstruktureller Veränderungen wie Ostverlagerung der Wirtschaft und Veralterung des Kapitalstocks, Folgen der Ende der siebziger Jahre verschärft aufgetretenen Engpässe mit negativen Multiplikatoreffekten (neben der Landwirtschaft u. a. der Metallsektor, das Investitionswesen, der Transportsektor), Störungen von Arbeitsmotivation und Arbeitsdisziplin, schließlich der Verfall zentraler wirtschaftspolitischer Autorität: all das spielte eine gravierende Rolle. Der Wachstumsabfall unterstrich jedoch auch die Defizite des heutigen sowjetischen Planungssystems im Hinblick auf die von ihm zu leistenden Hauptaufgaben: Steuerung der Wirtschaft nach den Zielvorstellungen der Führung,

störungsfreie Koordinierung der Wirtschaftsabläufe und Gewährleistung möglichst effizienter Produktionsprozesse. Damit wurden die Zweifel an der Fähigkeit des derzeitigen planwirtschaftlichen Instrumentariums, mit den Strukturproblemen des dringend erforderlichen Übergangs zu einer intensiven Phase wirtschaftlicher Entwicklung fertig zu werden, nachhaltig verstärkt.

Auf der anderen Seite bleiben die Anforderungen an die sowjetische Wirtschaft hoch. Ohne rasche Kapitalbildung und Erneuerung der veralteten Produktionsanlagen ist die angestrebte und dringend erforderliche wirtschaftliche Modernisierung nicht möglich. Ohne Verbesserung des Lebensstandards kann die politische Loyalität der Bevölkerung nicht gesichert und ihre Arbeitsmotivation nicht gesteigert werden. Ohne mehr

Wirtschaftswachstum sind schließlich auch die für die Außenpolitik zentralen rüstungswirtschaftlichen Anforderungen nicht zu erfüllen. Insofern ist es verständlich, daß Generalsekretär Gorbatschow seit seinem Amtsantritt nachdrücklich die Auffassung vertritt, daß jede erfolgreiche sowjetische Politik eine nachhaltige Verbesserung der Wirtschaftslage zur unabdingbaren Voraussetzung habe. Dies wurde von ihm und anderen Vertretern der sowjetischen Führung auch auf dem Parteitag unmißverständlich zum Ausdruck gebracht.

Was lassen die Erklärungen der Spitzenpolitiker, die Stellungnahmen der Fachleute sowie die Parteitagdokumente und -diskussionen für eine zukünftige Wirtschafts- und Sozialpolitik der UdSSR erwarten?

Neue Wirtschaftspläne

Was zunächst die Wirtschaftsplanung bis zum Jahre 2000 und den 12. Fünfjahrplan (1986 bis 1990) betrifft, so strebt die UdSSR eine Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums und eine Intensivierung der Produktionsprozesse in zwei Etappen an⁵⁾. Im Unterschied zu Chruschtschows Langzeitplänen enthält die Fünfzehnjahresplanung allerdings nicht viele konkrete Daten. Immerhin: Das Nationaleinkommen, die Industrieproduktion und das Produktionspotential sollen sich bis zur Jahrtausendwende verdoppeln, das Realeinkommen der Bevölkerung soll im Jahre 2000 um 60 bis 80 Prozent höher liegen als gegenwärtig, die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität auf das 2,3- bis 2,5fache gesteigert werden. Diese Ziele sind hochgespannt, mit Sicherheit zu anspruchsvoll. Deshalb versucht man auch, sich beim 12. Fünfjahrplan vom Ehrgeiz der Langzeitplanung wenigstens teilweise freizumachen und gleichsam eine „Terrassenkonzeption“ zu realisieren: Die Planung bis 1990 ist in ihren Wachstumsansprüchen sichtlich bescheidener ausgefallen als die Pläne (oder besser: Hoffnungen) für die neunziger Jahre (vgl. Tabelle). Viele Ziele des 12. Fünfjahrplans liegen nicht wesentlich über der in den letzten fünf, insbesondere in den letzten drei Jahren erreichten Leistung. So soll die Industrieproduktion in den kommenden fünf Jahren um jährlich 3,9 bis 4,4 Prozent gesteigert werden gegenüber ca. 3,7 Prozent im 11. Planjahr fünf und ca. 4 Prozent von 1983 bis 1985. Die angestrebte Wachstumsbeschleunigung zu erreichen, ist dennoch keine leichte Aufgabe. Da sich das Wachstum der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital weiter ver-

langsam, setzt die Erfüllung der Produktionsziele ein deutlich rascheres Produktivitätswachstum voraus, als in der jüngeren Vergangenheit realisiert werden konnte.

Anspruchsvoller als die allgemeinen Wachstumsvorgaben sind die Ziele für einzelne Bereiche, etwa für die Landwirtschaft. So soll sich die Agrarproduktion um jahresdurchschnittlich knapp 3 Prozent erhöhen gegenüber ca. 2 Prozent von 1981 bis 1985. Auch das Wachstum des Maschinenbaus, insbesondere seiner modernen Zweige, und die Zunahme der Investitionen sollen sich wesentlich beschleunigen. In der starken Konzentration auf das Investitionswachstum besteht überhaupt eine der Besonderheiten des neuen Fünfjahrplans im Vergleich zu seinen Vorgängern. Der neue Plan sieht eine Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen um 3,4 bis 3,9 Prozent jährlich vor. Im 11. Fünfjahrplan sollte die Kapitalbildung durchschnittlich um ca. 1,5 Prozent zunehmen. De facto wuchsen die Investitionen allerdings fast so schnell, wie sie für das kommende Jahrfünft geplant sind. Das rasche Investitionswachstum in Verbindung mit einer Anhebung des Akkumulationsanteils am Nationaleinkommen wird für erforderlich gehalten, um das Kapitalstockwachstum bei gleichzeitiger Konzentration auf Ersatzinvestitionen, auf Um- und Neuausrüstung bestehender Betriebe nicht zu sehr abfallen zu lassen⁶⁾.

Wiederum sieht der Fünfjahrplan für die Industrie eine raschere Entwicklung der Konsumgüterproduktion (Gruppe B) im Vergleich zur Her-

⁵⁾ Vgl. „Haupttrichtungen“ (Anm. 2).

⁶⁾ Prawda vom 9. Oktober 1985.

Wachstumsraten der sowjetischen Wirtschaft 1981–2000 (jährliches Wachstum in Prozent)

	11. FJP 1981–85	1981–85 Ist	1986 JP	12. FJP 1986–90	1986–2000 Plan	1990–2000 ¹ (Plan)
<i>Produktion und Produktivität</i>						
Nationaleinkommen, produziert	(4,0) ²	3,6	(4,1)	(3,7–4,2)		
Arbeitsproduktivität der Gesamtwirtschaft	(3,5)	3,1	3,8	3,7–4,2	5,7–6,3	(7,0)
Beschäftigung	(0,5)	0,5	(0,3)	(0,3)		
Industrieproduktion	4,7	3,7	4,3	3,9–4,4	4,7	(5,0)
Gruppe A	4,7	3,6	4,1	3,7–4,2		
Gruppe B	4,8	3,9	4,9	4,1–4,6		
Agrarproduktion	(4,0)	2,1	4,4	2,7–3,0		
Bau- und Montagearbeiten	(3,0)	2,7	–	2,8–3,0		
Gütertransport	3,5	2,8	3,5	–		
Arbeitsproduktivität						
Industrie	4,2	3,1	4,1	4,2–4,6		
Bauwirtschaft	2,8	2,8	3,5	2,8–3,0		
Landwirtschaft ³	–	2,6	–	–		
Eisenbahntransport	2,0	1,2	2,1	2,0–2,3		
<i>Verwendung</i>						
Nationaleinkommen, verwendet	3,4	3,1	3,8	3,5–4,0	4,6	(5,1)
Einzelhandelsumsatz ⁴	4,2	3,1	3,6	3,4–4,1	4,0	(4,1)
Haushaltsdienstleistung	5,8	5,7	6,7	7,0		
Gesellschaftliche Konsumfonds	4,2	4,6	4,1	3,7–4,2		
Bruttoanlageinvestitionen	(1,5)	3,7	7,6	3,4–3,9		
<i>Verteilung</i>						
Durchschnittlicher Monatslohn ⁵	2,8	2,4	2,6	2,5–2,8		
Einkommen der Kolchosbauern ³	3,8	5,3	2,0	3,4–3,7		
Gesellschaftliche Konsumfonds pro Kopf	3,7	3,6	3,2	(2,8–3,3)		
Realeinkommen pro Kopf	3,0	2,1	2,5	2,5–2,8	3,2–4,0	(4,1)

¹ Aus den vorigen Spalten ermittelt.

² Alle Werte in Klammern indirekt ermittelt.

³ Gesellschaftliche Produktion.

⁴ Staatlicher und genossenschaftlicher Handel.

⁵ Staatlicher Sektor.

Quellen: Statistische Jahrbücher und Materialien der UdSSR, Planerfüllungsberichte, Plandokumente.

stellung von Produktionsmitteln (Gruppe A) vor, die dabei deutlicher ausfallen soll als von 1981 bis 1985. Daß für 1986 ein besonders ausgeprägter Wachstumsvorrang der Gruppe B vorgesehen ist, spiegelt sowohl die gegenwärtig unbefriedigende Lage der sowjetischen Konsumenten wider als auch die Bereitschaft der Führung, diese Situation rasch zu verbessern. In diesem Zusammenhang ist auch auf die starke sozialpolitische Komponente der mittel- und langfristigen Planung hinzuweisen. Ein „Komplexprogramm für die Konsumgütererzeugung und den Dienstleistungssektor“ war im Vorgriff auf die Veröffentli-

chung der Planziele bis zum Jahre 2000 bereits im Oktober 1985 bekanntgegeben worden⁷⁾.

Im Unterschied zu den drei vergangenen Planjahrfünfteln wird diesmal versucht, im ersten Planjahr (also 1986) sogleich das zur Erfüllung des mittelfristigen Planziels erforderliche Durchschnittswachstum zu erreichen, ja teilweise sogar deutlich zu übertreffen. Eine solche Strategie ist

⁷⁾ Vgl. zur Problematik der Kapitalbildung in der UdSSR: Boris Rumer, Probleme sowjetischer Investitionspolitik, in: Sowjetunion 1984/85 (Anm. 4), S. 158 ff.

vierversprechend, aber nicht ohne Risiko. Gelingt sie, so sind die Voraussetzungen für ein Einhalten des vorgesehenen Planrhythmus günstiger als in der Vergangenheit. Stabilität der Pläne auf mittlere Frist ist wiederum erforderlich, um längerfristig angelegte Prämienregelungen zur Wirkung zu bringen. Die Betriebe sollen hierdurch im Interesse von mehr technischem Fortschritt und besserer Produktqualität an längerfristigen Dispositionen interessiert werden. Mißlingt die Strategie dagegen, so ist der 12. Fünfjahrplan be-

reits in seinem ersten Jahr obsolet geworden. Aufgrund der ungünstigen Entwicklung des Vorjahres (Basiseffekt!), des kalenderbedingten Mehrangebots an Arbeitszeit im Jahre 1986 sowie der Auswirkungen gestraffter Wirtschaftspolitik sind die Aussichten für einen relativ befriedigenden Start ins neue Planjahr fünf derzeit als nicht ungünstig einzuschätzen. Die Industrieproduktion nahm im Januar und Februar um 7,3 Prozent zu, was ein gutes Fundament für die Erfüllung des Jahresplans bedeutet⁸⁾.

Gorbatschows Konzept

Mit welchen Mitteln will die sowjetische Wirtschaftspolitik ihre Wachstums- und Modernisierungsziele erreichen? Gorbatschow sprach wiederum von einer „tiefgreifenden Wende“, ja von „radikaler Reform“. Dies signalisiert Bereitschaft zu entschiedenem Handeln, meint jedoch keinen prinzipiellen Wandel des sozialistisch-planwirtschaftlichen Systems der UdSSR. Was angestrebt wird, ist eine gründliche Überholung, eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik auf konservativer Grundlage. Die Wirtschaftsstrategie Gorbatschows, der von Regierungschef Ryschkow sachkundig unterstützt wird, sieht zwei Stufen der „Umgestaltung“ vor. Zunächst sollen durch die vielbeschworene „Aktivierung des menschlichen Faktors“ vorhandene, aber derzeit unzureichend genutzte Reserven erschlossen werden. Organisationsverbesserungen, Erhöhungen der Arbeits-, Plan- und Ausführungsdisziplin sowie die Intensivierung „materieller Anreize“ sind hierfür vorgesehen. Sodann sollen die kurzfristig erreichten Leistungseffekte durch Veränderungen in Wirtschaftspolitik und Wirtschaftssystem so verstetigt werden, daß zuletzt sogar die für die neunziger Jahre vorgesehene beträchtliche Wachstumsbeschleunigung erreicht werden kann. Dies schließt auch eine größere systempolitische Beweglichkeit ein.

Welche Struktur weist Gorbatschows wirtschaftspolitisches „policy mix“ im einzelnen auf?

Vor aller inhaltlichen Festlegung geht es um eine *Stärkung der zentralen ökonomischen Führung*, um eine wesentliche Verbesserung des wirtschaftspolitischen Stils. Erreicht werden sollen mehr Widerspruchsfreiheit, Stringenz und Ausführungsdisziplin, kurz, nachhaltige Funktionsverbesserungen der gesamten oberen Wirtschaftsleitung. Angesichts des „Durchwurstelns“ und des lähmenden Bürokratismus der späten Breschnew-Jahre könnte eine bessere zentrale Führung in

der Tat von vielen Seiten her zur wirtschaftlichen Lageverbesserung beitragen. Zu erwarten wären zunächst Motivationsverbesserungen im Gefolge einer deutlichen wirtschaftspolitischen Handschrift, eines „Charismas der Macher“. Eine weitere wichtige Leistung zentraler Prozeßpolitik bestünde in der Herstellung von mehr Gleichgewicht durch Sicherung eines die Wirtschaft nicht generell überfordernden Anspruchsniveaus der Planung. Ein solches Reduzieren dysfunktionalen Plandrucks könnte Engpaßmultiplikatoren in ihrer Wirkung abschwächen und die koordinierenden sowie effizienzsteigernden Funktionen des Wirtschaftsmechanismus besser zur Geltung bringen. Eine wichtige Aufgabe verbesserter zentraler Wirtschaftsführung könnte auch die zügigere und konsistentere Durchsetzung der Modernisierungsprioritäten durch Eindämmung ausufernder Ansprüche der Ministerialbürokratien sein. Schließlich wäre die Schaffung eines leistungsfähigen Managements durch „Kaderwechsel“, durch Entlassung unfähiger Wirtschaftsfunktionäre und die Rekrutierung neuer wirtschaftlicher Führungskräfte eine wichtige zentrale Leitungsaufgabe.

Inhaltlich soll mit einem Maßnahmenbündel von verschiedenen Seiten gegen die vorhandenen Leistungsschwächen der sowjetischen Wirtschaft angegangen werden.

Hierzu gehören erstens Maßnahmen der *Arbeitskräftepolitik*. Nachdruck liegt in diesem Bereich nach wie vor auf umfassender Disziplin. Disziplinverstößen aller Art wird ebenso der Kampf angesagt wie anderen Untugenden, darunter Diebstahl, Bestechung, Trunksucht, Raffgier, Kriecherei und Lobhudelei. Inkompetente und initiativlose Funktionäre sollen ausgewechselt, das professionelle Niveau der Wirtschaftsleiter verbessert werden. Im Sinne einer engeren Übereinstimmung von Leistung und Entlohnung sind Veränderungen des Verteilungssystems vorgesehen. Gedacht ist weiter an einen Ausbau mate-

⁸⁾ *Ekonomičeskaja gazeta*, (1986) 12.

rieller und „moralischer“ Anreize, wodurch Motivationsverbesserungen und Produktivitätssteigerungen bewirkt werden sollen. Gegen alle Arten illegaler Einkommen aus Schattenwirtschaft und Korruption soll vorgegangen werden. Mit einer Verschärfung des sowjetischen Wirtschaftsstrafrechts ist folglich zu rechnen. Für legale private Aktivitäten — vor allem beim Angebot von Dienstleistungen — soll dagegen ein größerer Raum geschaffen werden.

Großer Nachdruck wird zweitens auf *strukturpolitische Korrekturen* gelegt, die vor allem dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt zugute kommen sollen. Auf der Basis umfassender Förderung von Grundlagen- und angewandter Forschung soll ein technischer Durchbruch erreicht werden, der bis zur Ausstattung der Produktion mit Robotern und Computern sowie zur Anwendung von Biotechnologien geht. So plausibel das Konzept erscheint, so schwierig dürfte allerdings seine Realisierung sein. Die traditionellen Institutionen und Verfahren der sozialistischen Planwirtschaft sind aus der Vergangenheit als Innovationshemmnis hinlänglich bekannt⁹⁾. Soweit Modernisierung erreicht wurde, war sie zudem sehr kapitalaufwendig. Bei zunehmender Kapitalknappheit wird aber eine wesentliche Stütze bisheriger Modernisierungspolitik entscheidend geschwächt.

Zur Umsetzung technischer Neuerungen in die Produktionspraxis, zur Schaffung der Maschinen- und Ausrüstungsbasis für die Investitionspolitik und nicht zuletzt, um den Aussonderungskoeffizienten im Interesse der Kapitalstockmodernisierung spürbar erhöhen zu können, wird dem Maschinenbau im Rahmen der vorgesehenen wirtschaftsstrukturellen Umgestaltung Priorität eingeräumt. „Neue Generationen“ von Maschinen und Ausrüstungen sollen von „evolutionären zu revolutionären“ Veränderungen der Technologie überleiten und wesentliche Erhöhungen der Arbeits- und Kapitalproduktivität sowie beträchtliche Einsparungen an Material, Energie und Vorprodukten ermöglichen. Innerhalb des Maschinenbaus wiederum sollen Werkzeugmaschinen- und Gerätebau, Rechentechnik, Elektronik und Elektrotechnik, kurz, die „Katalysatoren des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“, besonders gefördert werden, u. a. auch durch eine bevorzugte Zuweisung von Investitionsmitteln.

Auch die *Außenwirtschaft* soll in den Dienst der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung und insbesondere der angestrebten Modernisierung gestellt

⁹⁾ Vgl. Joseph S. Berliner, *The Innovation Decision in Soviet Industry*, Cambridge (Mass.) — London 1976.

werden¹⁰⁾ Zunächst ist daran gedacht, die osteuropäischen RGW-Partnerländer zu umfangreicheren Lieferungen und qualitativ besseren Leistungen heranzuziehen. Zum „Kernstück“ umfassender Spezialisierung und Kooperation ist das „Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der RGW-Länder bis zum Jahre 2000“ bestimmt, das sich auf fünf Schlüsselbereiche — Elektronik, Automatisierungstechnik, Kernenergie, neue Werkstoffe sowie Biotechnologie — erstreckt. Im Vordergrund der Intra-RGW-Wirtschaftsbeziehungen wird jedoch weiter der gegenseitige Handel bleiben. Seine Entwicklung steht allerdings unter dem unsicheren Vorzeichen der veränderten Erdölpreissituation, die neue Vereinbarungen über Preise und Liefermengen erforderlich macht. Die UdSSR wird versuchen, die Last der Terms-of-trade-Verschlechterung mit ihren Partnerländern zu teilen. Senkungen der Öllieferungen kämen hierfür ebenso in Frage wie Versuche, den Maschinen- und Ausrüstungsanteil an den sowjetischen Exporten zu erhöhen und den anderen RGW-Staaten Produkte höherer Qualität abzufordern.

Vorgesehen ist daneben der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu den westlichen Industrieländern. Hierzu sollen auch die institutionellen Voraussetzungen verbessert und Handelshemmnisse abgebaut werden. Neben Getreideimporten spielt die Einfuhr von Maschinen, Ausrüstungen und Technologie eine zentrale Rolle. Freilich haben die fallenden Ölpreise, der sinkende Dollarkurs und die rückläufige Erdölförderung die sowjetische Handelsposition dramatisch verschlechtert. So dürfte eine sorgfältige und selektive Importpolitik zu erwarten sein. Ryschkow setzte mit seiner Aufforderung, „den Devisenaufwand für Importe auf das strengste zu reglementieren“, jedenfalls ein deutliches Signal. Die Sowjetunion muß sich bemühen, ihren Absatz an industriellen Vorprodukten und Fertigerzeugnissen auf westlichen Märkten in den kommenden Jahren zu erhöhen. Dies erfordert jedoch eine leistungsfähigere Exportproduktion, die ohne Außenhandelsreformen kaum zu erreichen ist. Entsprechende Maßnahmen werden offensichtlich gegenwärtig vorbereitet. In Erwägung gezogen werden Reorganisationen des Außenhandelsapparates, die Übertragung von Außenhandelsfunktionen auf große sowjetische Produktionsbetriebe und die Durchführung von Joint ventures mit westlichen Firmen. All diese Maßnahmen dürften hinter den Veränderungen in den kleineren RGW-Ländern zurückbleiben.

¹⁰⁾ Vgl. Christian Meier, *Dynamik oder Stagnation? — Perspektiven sowjetischer Außenwirtschaft nach dem XXVII. Parteitag der KPdSU*, in: *Aktuelle Analysen des BIOst*, (1986) 14.

Systempolitische Modernisierung

Schließlich sollen als Bestandteil der „Beschleunigungsstrategie“ auch systempolitische Mittel, auch neue Reformen im Planungssystem eingesetzt werden. So spricht das Parteiprogramm in seiner revidierten Fassung von der Notwendigkeit „ständiger Vervollkommnung der Leitung der Volkswirtschaft“. Gorbatschow und Ryschkow verwendeten die schon erwähnte Formel der „radikalen Reform“. Die zukünftige sowjetische Systempolitik bleibt jedoch im Rahmen der aus der Vergangenheit bekannten Versuche, das System der Planwirtschaft durch organisatorische Verbesserungen und modernere Planungsverfahren zu rationalisieren, durch neue Plankennziffern und Prämiensysteme effizienter zu machen sowie durch Teildezentralisierungen aufzulockern¹¹⁾. Durch Entlastung der zentralen Planung von unnötigen Details soll zugleich die verlorengegangene Steuerbarkeit der Wirtschaft wiederhergestellt werden. Hauptreformfelder sind wie in der Vergangenheit die Organisationsstruktur von Planung, Leitung und Betrieben, die Planungsmethoden sowie das System der ökonomischen Hebel bzw. der Wirtschaftsmechanismus, der Planziele in planadäquate Betriebsaktivitäten umsetzen soll.

Mit den systempolitischen Veränderungen will man einen Grundwiderspruch gegenwärtiger Wirtschaftspolitik mildern, den der sowjetische Wirtschaftswissenschaftler Fedorenko anschaulich beschrieben hat: „Die Wurzel allen Übels liegt darin, daß im heutigen Mechanismus zwischen den Planaufgaben, die die gesamtstaatlichen Interessen zum Ausdruck bringen, und dem System der ökonomischen Hebel keine Übereinstimmung besteht. Weil diese Hebel nicht mit den Planzielen abgestimmt sind, wirken sie ihnen auf Schritt und Tritt entgegen. Deshalb wird im Leitungsmechanismus das Schwergewicht auf administrative Methoden gelegt und konzentriert man möglichst viele Wirtschaftsentscheidungen im Zentrum. Das wiederum hat zur Folge, daß die Leitung schwerfällig wird und es an Verantwortlichkeit mangelt.“¹²⁾ Fedorenko spricht hier die grundsätzliche Schwierigkeit an, zwei unterschiedliche Typen von Lenkungsinstrumenten innerhalb einer administrativen Planwirtschaft — direkte Plananweisungen im Naturalausdruck und in Wertgrößen gefaßte, indirekte „ökonomi-

sche Hebel“ — möglichst harmonisch zu verbinden. Hier prinzipielle Reibungen zu konstatieren, ist in der Tat nicht schwer. Andererseits koexistieren beide Lenkungsformen in der Realität, wenn auch sicher vielfach mehr schlecht als recht. Die Frage ist folglich: Gibt es institutionelle Mischungen, die weniger schlecht sind als die bisherigen, lassen sich diese Mischungen konzeptionell finden und effektiv implementieren, oder schlägt die skizzierte Widerspruchsproblematik stets so durch, daß alle Bemühungen um schrittweise Verbesserungen umsonst sind?

Gorbatschow und Ryschkow gehen von der Möglichkeit schrittweiser Verbesserungen „innerhalb des Systems“ aus. Das Prinzip der angestrebten systempolitischen Veränderungen wird von ihnen in fünf Elementen zusammengefaßt.

Erstens: Die Wirksamkeit der zentralen Wirtschaftsleitung soll durch eine weitreichende und gründliche Veränderung der Organisationsstruktur von Planung und Wirtschaftsverwaltung sowie durch den Verzicht auf die Festlegung überflüssiger Details verbessert werden. Hauptaufgabe der zentralen Wirtschaftsführung soll die Durchsetzung zweckmäßiger wirtschaftspolitischer Strategien sein. Hierzu gehören die Realisierung der wichtigsten wirtschaftlichen Einzelziele, die Verwirklichung wachstums- und modernisierungskonformer volkswirtschaftlicher Proportionen sowie die Sicherstellung einer „bilanzierten“, gleichgewichtigen Entwicklung.

Zweitens: Zur Verbesserung der Organisationsstruktur ist eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen. Dabei geht es vor allem um die Reduzierung des Apparates der Wirtschaftsverwaltung durch die Beseitigung überflüssiger Verwaltungsglieder. Auf zentraler Ebene soll das Staatliche Plankomitee (Gosplan) zum wissenschaftlichen Zentrum, zum Generalstab der Wirtschaftsplanung werden. Die Industrieministerien sollen sich in Organe wissenschaftlich-technischer Zweigleitung verwandeln. Der traditionellen „kleinlichen Bevormundung“ der Betriebe wird wieder einmal der Kampf angesagt. Ergänzend zur Zweigleitung ist eine verstärkte Berücksichtigung ressortübergreifender Belange miteinander verbundener Zweige vorgesehen. Als Beispiele gelungener administrativer Straffung gelten Maschinenbau und agroindustrieller Komplex. Für die Koordination des ersteren wurde ein den Ministerien übergeordnetes „Büro“ geschaffen. Die Leitung des letzteren erfolgt durch ein neues Staatskomitee (Gosagroprom), das an die Stelle einer Reihe bisheriger Ministerien trat. Vorgesehen ist auch

¹¹⁾ Vgl. Hans-Hermann Höhmann, Sowjetische Wirtschaftsreformen: Mit neuen Ansätzen zu größerem Erfolg?, in: Sowjetunion 1984/85 (Anm. 4), S. 201 ff.

¹²⁾ N. P. Fedorenko, Planung und Leitung — wie sollten sie sein?, in: Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, (1985) 4, S. 355.

eine größere Ausgewogenheit zwischen Zweig- und Regionalplanung. Auf der Betriebsebene sollen sowohl leistungsfähige Großbetriebe (etwa die Forschung, Entwicklung und Produktion umfassenden Wissenschafts- und Produktionsvereinigungen) als auch kleinere und mittlere Betriebe gefördert werden.

Drittens: Die Selbständigkeit der Betriebe soll durch eine Beschränkung der von oben vorgesehenen administrativen Kennziffern, durch erweiterte Funktionen für Vertragsbeziehungen und durch die Gewährleistung größerer finanzieller Eigenständigkeit von Vereinigungen und Betrieben unterstützt werden. Die Betriebe sollen in die Lage versetzt werden, ihre Mittel auf der Basis „vollständiger wirtschaftlicher Rechnungsführung“ weitgehend selbst zu erwirtschaften. Zusätzlich sollen mehr Kreditmittel zur Verfügung stehen. Das System der materialtechnischen Versorgung soll mehr die Züge eines staatlichen Handels mit Produktionsmitteln annehmen.

Viertens: Anstelle direkter Plananweisungen ist zur Lenkung der Wirtschaft und zugleich als Effizienzhebel in stärkerem Maße der Einsatz „ökonomischer Instrumente“ vorgesehen. Dabei soll die „Normativmethode“, bei der die Wirtschaftstätigkeit der Vereinigungen und Betriebe über Steuersätzen vergleichbare finanzielle Richtgrößen beeinflusst wird, eine besondere Rolle spielen. Über leistungsbezogene Normative sollen vor allem die verschiedenen Finanzfonds der Betriebe gebildet werden, die Einkommensentwicklung und Sozialleistungen bestimmen. Auch eine Funktionserweiterung der Preise — vor allem als Hebel für mehr technischen Fortschritt und bessere Produktqualität — ist im Konzept der „ökonomischen Instrumente“ vorgesehen.

Fünftens: Schließlich soll sich zwecks Verbesserung von Motivation und Legitimität mit der angestrebten Straffung der Planung und der vorgesehenen Erweiterung betrieblicher Handlungsspielräume auch ein Ausbau von Mitbestimmungselementen verbinden. Vor allem wird auf das trotz vieler Mängel in der bisherigen Praxis positiv bewertete Beispiel der Brigaden innerhalb der Betriebe verwiesen. Die relativ abgeschlossenen Arbeitsgruppen der Brigaden gelten nicht nur als effektive Form kollektiver Organisation und Stimulierung der Arbeit, sondern auch als Ausdruck von Selbstverwaltung und Demokratie — Begriffe, die in den Reden und Dokumenten des Parteitag eine erhebliche Rolle spielten.

Das von Gorbatschow vorgebrachte und von Ryschkow bestätigte Prinzip läßt die Handschrift gemäßiger Reformer wie der Akademiemitglie-

der Aganbegjan¹³⁾ und Fedorenko¹⁴⁾ erkennen. Dahinter steht die Idee einer insbesondere zu den nichtprioritären Wirtschaftsbereichen hin stärker aufgelockerten Direktivplanung mit erweiterten Marktfunktionen und stärker parametrischer Steuerung. Das Modell wurde allerdings nicht auf einer eigenständigen theoretischen Basis entwickelt. Seine Grundzüge sind eher von den gegenwärtigen Mängeln des sowjetischen Planungssystems abgeleitet: der Überbürokratisierung und gleichzeitigen Untersteuerung der Wirtschaft, der unbefriedigenden Koordination, der unzureichenden Effizienz. Das therapeutische Vorgehen folgt dem seit mehr als zwanzig Jahren eingeschlagenen Kurs planwirtschaftlicher Reorganisation. Doch auch wenn jetzt wiederum an die nicht sehr erfolgreichen Reformversuche der Vergangenheit angeknüpft wird, ist doch die Schlußfolgerung, neue Fehlschläge seien unvermeidlich, verfrüht. Zum einen kann die konkrete Ausgestaltung des Reformarrangements mit Sicherheit verbessert werden. Zum anderen hängen Ergebnisse von Reformen nicht nur von der organisatorischen und verfahrenstechnischen Konzeption, sondern auch vom Prozeß der Reformverwirklichung und seiner Flankierung durch die allgemeine Wirtschaftspolitik entscheidend ab. Hier lag in der Vergangenheit viel im argen, und hier liegen auch nicht unbeträchtliche Verbesserungsreserven.

Die zukünftige Systempolitik der UdSSR behält die aus der Vergangenheit bekannte Mischung von direkten und indirekt-parametrischen Steuerungsinstrumenten allerdings bei. Eine solche Mischung erlaubt es, ja lädt dazu ein, den administrativen Interventionismus wieder gleitend zu erweitern, den systempolitischen Halbautomaten dezentralisierter Planwirtschaft stufenweise auf den Handbetrieb administrativer Eingriffe zurückzuschalten. Vor allem bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten dürfte der Versuchung, gefährdete Prioritäten mittels administrativen Drucks durchzusetzen, nur schwer zu widerstehen sein. Es kommt für den Erfolg zukünftiger Systempolitik entscheidend darauf an, ob die Qualität der gesamten zentralen Wirtschaftsleitung verbessert werden kann.

Weitergehende Dezentralisierungen sind für die *Landwirtschaft* angekündigt. Kolchose und Sowchose sollen selbständiger wirtschaften können, innerhalb der Betriebe sollen Gruppenaktivitäten (u. a. auf Familienbasis) gestärkt werden. Das

¹³⁾ Vgl. A. G. Aganbegjan, Eine neue Entwicklungs-
etappe der Wirtschaft, in: Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, (1986) 1, S. 3 ff.

¹⁴⁾ Vgl. N. P. Fedorenko (Anm. 12), S. 355 ff.

Reformprojekt sieht vor, für die genossenschaftlichen und staatlichen Landwirtschaftsbetriebe stabile, auf die einzelnen Jahre des Planjahres fünftes aufgeschlüsselte Auflagen für den Aufkauf von Agrarprodukten festzulegen. Überplanerträge — bei Kartoffeln, Obst und Gemüse auch ein Teil der planmäßig produzierten Erzeugnisse — sollen nach betriebseigenem Ermessen verwendet werden, d. h. an den Staat bzw. auf dem Kolchosmarkt verkauft, weiterverarbeitet oder auf andere Weise verwertet werden können. Besondere Anreizmittel sind vorgesehen, um überplanmäßige Getreideverkäufe an den Staat sicherzustellen. Weiter ist beabsichtigt, die Möglichkeiten für eine regional dezentralisierte Verfügung auszubauen. Die erweiterten Dispositionsbefugnisse der Kolchose und Sowchose sollen in größerer finanzieller Eigenständigkeit — wie in der Industrie in „vollständiger wirtschaftlicher Rechnungsführung“ — ihre Entsprechung finden. Überwunden werden soll die weitverbreitete Verlustsituation der Landwirtschaftsbetriebe. Parallel zu anderen Wirtschaftszweigen sind auch im Agrarsektor als Mittel wirtschaftspolitischer Einflußnahme auf die Betriebe anstelle direkter Plananweisungen in zunehmendem Maße „ökonomische Hebel“ vorgesehen. Positive Assoziationen an die Zeit der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NEP) der zwanziger Jahre wollte Gorbatschow offenbar mit dem Hinweis auf eine „schöpferische Verwertung der Idee Lenins von der Lebensmittelsteuer“ wecken. Innerhalb der Betriebe sollen das Werkvertrags- und das Akkordsystem auf der Ebene von Brigaden, Arbeitsgruppen und Familien Anwendung finden. Es ist vorgesehen, diesen auf der Basis eigener Wirtschaftsrechnung operierenden kleineren Gruppen innerhalb der größeren Betriebe Grund und

Boden sowie andere Produktionsmittel zu vertraglich festgelegten Fristen zur selbständigen Nutzung zu überlassen.

Viele Details sind allerdings auch hier noch weitgehend offen. Formuliert sind wie bei der Industrie lediglich die *Prinzipien* der Umgestaltung. Die Erarbeitung eines *operationalen Konzepts* steht noch aus. Dabei müssen heikle Fragen von großer wirtschaftlicher Bedeutung entschieden werden: Für welche Zwecke sollen die Betriebe über die von ihnen erwirtschafteten Erträge verfügen können? Welche Anteile der Überschüsse sind als persönliche Einkommen, welche für Investitionsaufgaben zu bestimmen? Wie soll die Beziehung zwischen den Landwirtschaftsbetrieben und den vorgelagerten Stufen geregelt werden, die Produktionsmittel erzeugen, d. h., wie weit reicht das Marktkonzept in den Produktionsmittelbereich hinein? Schließlich: Bis zu welchem Grad sollen die Landwirtschaftsbetriebe Wirtschaftsaktivitäten in nichtlandwirtschaftlichen Bereichen — etwa im Baugewerbe — entfalten dürfen? Inwieweit können solche Aktivitäten außerhalb der Agrarproduktion zur Gewinnsteigerung der Landwirtschaftsbetriebe genutzt werden? Es sei daran erinnert, daß Attraktivität und Leistung der ungarischen Landwirtschaft nicht zuletzt auf einer solchen innerbetrieblichen Ressourcenmobilität auf dem Lande beruhen. Kurz: Es geht darum, ob die im Prinzip durchaus erkennbaren Marktelemente ausreichenden Spielraum erhalten, um sich wirksam etablieren zu können, und ob erfolgreich verhindert werden kann, daß der Dezentalisierungsrahmen durch rigide administrative Rahmenbedingungen und Ad-hoc-Interventionen eingeengt und funktional ausgehöhlt wird.

Perspektiven

Mit der zukünftigen, vom 27. Parteitag bestätigten Strategie technokratischer Modernisierung auf konservativer Systemgrundlage ist gewiß kein wirtschaftlicher Durchbruch zu erreichen. Die UdSSR bleibt im Vergleich zum Westen in vielen Bereichen zurück. Aufeinander abgestimmt und konsequent durchgehalten, kann die von Gorbatschow angestrebte revidierte, gestraffte und neuprofilerte Wirtschaftspolitik jedoch durchaus leistungssteigernde und wachstumsstabilisierende Effekte zur Folge haben — zumindest in einem Ausmaß, das ein länger anhaltendes Unterschreiten kritischer Schwellen verhindert. Hierzu gehören im Konsumbereich die Loyalitäts- bzw. Produktivitätsschwelle, im Kapitalbereich die

Wachstums- bzw. Modernisierungsschwelle und im Rüstungsbereich die Paritätsschwelle. Um ein Wachstum oberhalb dieser Schwellen zu erreichen, wäre wohl eine Zunahme des Bruttosozialprodukts um 2,5 bis 3 Prozent erforderlich. Ein solches Tempo scheint im Rahmen des wirtschaftspolitischen Aufbruchs nicht unerreichbar. Dafür spricht, daß die sowjetische Führung den Ernst der Lage erkannt und erste Schritte zur Verbesserung unternommen hat. Dafür spricht weiter, daß Gorbatschows Maßnahmenbündel umfassend und von wirklich neuer wirtschaftspolitischer Qualität ist, ohne zugleich so viele Gruppenwiderstände zu mobilisieren wie eine radikale, marktwirtschaftliche Reform. Schließlich ist

Gorbatschow allem Anschein nach auch der durchsetzungsfähige Macher einer solchen Neuorientierung. Nicht zuletzt der Ablauf des 27. Parteitags hat seine Führungsfähigkeit bestätigt.

Umgekehrt freilich steht jede sowjetische Politik im Zeichen prinzipieller Einschränkungen. Die Hypothesen der Vergangenheit sind beträchtlich, und die Trägheit von System, Struktur und menschlichen Verhaltensweisen erschweren jeden raschen Wandel. Deshalb mehren sich auch in der UdSSR die Stimmen derer, die eine Beschränkung der Wirtschaftspolitik auf Straffungen des Stils, Neufestsetzungen von Zielen und Methoden sowie Teilreformen „innerhalb des Systems“ für nicht ausreichend halten und demgegenüber — wie die bekannte „Nowosibirsker Studie“¹⁵⁾ — einen radikalen Wandel des veralteten Leitungssystems fordern.

Eine solche tiefgreifende und umfassende, marktwirtschaftlich strukturierte Reform stößt auf absehbare Zeit jedoch auf kaum zu überwindende Barrieren. Hierzu gehört neben vielen wirtschaft-

¹⁵⁾ Text in deutscher Übersetzung in: Osteuropa, (1984) 1.

lichen und politischen Risiken sowie gesellschaftlicher Opposition auch das Herrschafts- und Wirtschaftsverständnis des Generalsekretärs, der trotz des Entschiedenheitssignals „radikale Reform“ kein Systemveränderer sein will, sondern der erfolgreiche Manager einer technokratischen, auf mehr Leitungsflexibilität angelegten, doch zugleich essentiell konservativen Modernisierung. Gelingte diese Modernisierung, so würden sich allerdings langfristig die Voraussetzungen für umfassende Reformen vermutlich verbessern. Modernere Wirtschaftsstrukturen, ein höheres Niveau der Technik, zunehmende Managerverantwortung, vertiefte außenwirtschaftliche Beziehungen, ein gehobenes Ausbildungsniveau und ein besserer Stand der Wirtschafts- und Organisationswissenschaft könnten in fernerer Zukunft Reformbedingungen schaffen, die — sowohl aufgrund der Wirtschaftsrealität als auch der Lageeinschätzung und des Systemverständnisses der sowjetischen Führung — auf kürzere und mittlere Frist nicht gegeben sind. So könnte dem 27. Parteitag aus späterer Sicht eine größere Bedeutung zukommen, als ihm manche, eher enttäuschte Kommentatoren heute zu konzедieren bereit sind.

Von der Arbeits- zur Leistungsgesellschaft?

Gesellschaftspolitik in der Sowjetunion nach dem 27. Parteitag

I. Zur Inhalts- und Funktionsbestimmung von „Sozialpolitik“ in der Sowjetunion

Der 27. Parteitag hat die seltene Gelegenheit geboten, Entwürfe und Endfassungen des Parteiprogramms und der Wirtschaftspläne zu studieren sowie die Erörterung dieser Dokumente vor und während des Kongresses zu verfolgen. Die von Andropow und Gorbatschow vertretene Konzeption der Abrechnung mit der Breschnew-Zeit impliziert auch ein höheres Maß an Kritikbereitschaft. Nicht zuletzt darauf ist es zurückzuführen, daß in der landesweiten Diskussion der genannten Dokumente und auch in vielen Beiträgen auf dem Kongreß gesellschaftliche Erscheinungen angesprochen wurden, über die üblicherweise in der wissenschaftlichen Literatur und in der Publizistik der UdSSR wenig oder nichts zu erfahren ist.

Wenn seit einiger Zeit in der Sowjetunion der Eindruck vermittelt werden soll, man wolle den Stellenwert der Sozialpolitik erhöhen, so könnte daraus zunächst einmal der Schluß gezogen werden, es sollten Problembereiche der Sowjetgesellschaft angegangen bzw. „sozialer Frieden“ gesichert werden. Eher ideologisch orientierte Beobachter könnten auch auf die Idee kommen, damit sollten die noch vorhandenen Unterschiede zwischen Klassen und Schichten abgebaut und eine zunehmende Annäherung an die homogene Sozialstruktur der antizipierten kommunistischen Gesellschaftsordnung bewirkt werden. Derartige Über-

legungen werden in der Sowjetunion zwar auch gegenwärtig mitunter en passant angestellt — im Vordergrund steht aber erklärtermaßen das Ziel, durch sozialpolitische Maßnahmen zur Dynamisierung der wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen. So ist es vielleicht auch kein Zufall, daß im Programm ein Satz fehlt, der noch im Entwurf stand: „Die UdSSR wird mit allen Kräften zur Überwindung der klassenmäßigen und sozialen Unterschiede beitragen.“ Von wenigen Ausnahmen abgesehen, müssen gesellschaftliche Gruppen eine Vorleistung — in Form höherer Arbeitsleistung — erbringen, bevor sie in den Genuß der angekündigten sozialpolitischen Maßnahmen kommen können.

Über den Zustand der Sowjetgesellschaft haben sich sowjetische Führer auf dem 27. Parteitag ihrer Partei in sehr unterschiedlicher Weise geäußert — selbst in den Ausführungen Gorbatschows lassen sich beinahe gegensätzliche Einschätzungen finden. Diese Merkwürdigkeit dürfte ihre Erklärung darin finden, daß es einmal mehr um ideologische Aussagen geht, die ja nur einen geringen Spielraum zulassen, zum anderen um das Bemühen, im Interesse einer Stabilisierungs- und Dynamisierungspolitik eine Annäherung an die Realitäten der sowjetischen Gesellschaft zu wagen.

So führte Gorbatschow in seinem „Politischen Bericht“ am Eröffnungstag des Kongresses aus, in der sozialen Sphäre würden „die höchsten Ziele des Sozialismus verkörpert“, und stellte weiter die Behauptung auf: „Eben hier zeigt sich am weitesten und am anschaulichsten das humanistische Wesen des sozialistischen Systems, sein qualitativer Unterschied zum Kapitalismus.“ Auch versicherte er in einem auffälligen Gegensatz zu der sonst deutlichen Abgrenzung von Breschnew und dessen Vorgängern: „Wir haben eine Gesellschaft der sozialen Geschlossenheit und der sozialen Sicherheit aufgebaut.“ Trotz der Kritik an subjektivi-

Um den Text nicht mit Anmerkungen zu überlasten, soll auf die zentralen Dokumente nur einmal verwiesen werden. Das Projekt der Neufassung des Programms der KPdSU wurde in der sowjetischen Presse und im „Neuen Deutschland“ am 26. Oktober 1985, die Endfassung am 7. März 1986 abgedruckt. Den Entwurf für die „Haupttrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung für die Jahre 1986 bis 1990 sowie für die Periode bis zum Jahre 2000“ brachte die „Prawda“ am 9. November 1985, die überarbeitete Fassung am 9. März 1986. Gorbatschows „Politischer Bericht“ zu Beginn des 27. Parteitags wurde in der sowjetischen Presse und auch im „Neuen Deutschland“ am 26. Februar 1986 abgedruckt.

ven Fehlern ehemaliger Parteiführer wird also an der für das System offenbar lebenswichtigen Fiktion festgehalten, insgesamt habe es seit der Oktoberrevolution 1917 eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung gegeben. In diesem Zusammenhang benannte er auch einen Garanten für die „Gesundheit der gesamten Gesellschaft“ — die „moralische Gesundheit der Partei“, die ihrerseits die Prinzipienfestigkeit der Parteiführung zur Voraussetzung habe.

Wird in diesen Ausführungen eine idealistische, die Dominanz des „Überbaus“ betonende Konzeption deutlich, so gibt es andererseits in der gleichen Rede Passagen, die das Gewicht der sozialen Basis unterstreichen. So heißt es unter Anspielung auf Fehler der Parteiführung unter Breschnew, damals sei die „Schärfe der Lebenswidersprüche“ ignoriert worden. Dagegen wird nun als Kriterium für eine erfolgreiche Innenpolitik postuliert: „Eine Politik bringt die gewünschten Ergebnisse, wenn sie sich auf eine genaue Berücksichtigung der Interessen der Klassen, der sozialen Gruppen und des Individuums gründet.“ Aus den gemachten Ausführungen dürfte deutlich geworden sein, daß sich eine Bewertung der Konzeptionen und der Praxis sowjetischer Politik nicht auf einzelne Aussagen oder Maßnahmen stützen darf, vielmehr immer die Einbindung in die strategische Gesamtlinie versucht werden muß — das entspricht ja auch durchaus dem dialektisch geprägten Selbstverständnis der sowjetischen Führung.

Hatte es auch früher Ausführungen über die „soziale Entwicklung“ bzw. über die „Erhöhung des Lebensstandards des Volkes“ gegeben, so ist als Novum zu vermerken, daß es im Parteiprogramm ein ganzes Unterkapitel „Sozialpolitik der Partei“ gibt, und daß in keinem früheren Rechenschaftsbericht vor einem Parteitag so ausführlich über Aufgaben der Sozialpolitik gesprochen worden ist. Der Wolgograder Parteichef Kalaschnikow hielt es offenbar für erwünscht, in seiner Ansprache ausdrücklich auf diesen Umstand hinzuweisen¹⁾. Der im jetzigen Parteiprogramm unter „Sozialpolitik“ behandelte Themenkatalog ist allerdings weitgehend identisch mit den 1961 postulierten „Aufgaben auf dem Gebiet der Anhebung des materiellen Wohlstands des Volkes“.

Als weitere, ebenfalls überwiegend redaktionelle Veränderung ist zu erwähnen, daß sich noch 1961 ein eigenes Unterkapitel mit den „Aufgaben auf

dem Gebiet der nationalen Beziehungen“ befaßte, während sich nunmehr nur eine verhältnismäßig kurze Passage im Teil „Sozialpolitik“ mit der „Annäherung der sozialistischen Nationen“ befaßt. Damit soll sicher der Eindruck vermittelt werden, daß der Stellenwert einer eigenständigen Nationalitätenpolitik abgenommen und dieser Bereich nunmehr unter „Sozialpolitik“ zu subsummieren sei. Diese Überlegungen der zuständigen Redaktionskommission sollte man zwar zur Kenntnis nehmen, ihr aber nicht den Gefallen tun, von daher auf ein etwa geringeres Gewicht der Nationalitätenprobleme zu schließen — selbst Äußerungen einzelner Delegierter auf dem Parteitag lassen eher das Gegenteil vermuten.

Ein auswärtiger Beobachter dürfte in der Regel davon ausgehen, daß auch die „Sozialpolitik“ in den Händen staatlicher Organe liegen müsse, deren Aktivitäten höchstens in den einzelnen Republiken eine etwas unterschiedliche Ausrichtung erfahren könnten. Tatsächlich aber wird „Sozialpolitik“ von einer Reihe von Gremien verwaltet, deren Kompetenzen sich mitunter überlagern. Bemerkenswerterweise hat es der Gewerkschaftsvorsitzende Schalajew in seiner Rede auf dem Parteitag übernommen, nachdrücklich auf diesen Kompetenzwirrwarr hinzuweisen: Es sei ungünstig, daß „für viele soziale Fragen zu viele Institutionen zuständig“ seien. Er plädierte für die Einrichtung gemischter gesellschaftlich-staatlicher Organe, die die Verwaltung konkreter sozialpolitischer Felder zu übernehmen hätten²⁾.

Diese Kritik Schalajews impliziert vermutlich auch eine Kritik an den sogenannten „gesellschaftlichen Konsumtionsfonds“, die ein Konglomerat staatlicher, gesellschaftlicher und betrieblicher Mittel und Maßnahmen darstellen. Aus den Mitteln dieser Fonds, die im begonnenen Planjahr fünf wiederum stärker als die Löhne und Gehälter zunehmen sollen, werden soziale Systeme (Bildungswesen, Gesundheitswesen, Sozialversicherung, Freizeiteinrichtungen) und bevölkerungspolitische Maßnahmen finanziert. In den jetzt verabschiedeten Dokumenten heißt es zwar unverändert, wie im Programm von 1961, die Fonds sollten für die Verwirklichung ideologischer Ziele — insbesondere der allgemeinen Chancengleichheit sowie der Annäherung der Klassen und Gruppen — eingesetzt werden. Gleichzeitig hat Gorbatschow aber klargestellt,

¹⁾ Prawda vom 2. März 1986, S. 3.

²⁾ Prawda vom 3. März 1986, S. 5.

daß es sich dabei nicht um „Wohltätigkeitsfonds“ handle. Die vorhandenen Mittel müßten effektiver genutzt werden, insbesondere „zur Stimulierung einer qualifizierten, gewissenhaften Arbeit“. Bei der Verwendung von Fondsmitteln sollen Kriterien der „sozialistischen Gerechtigkeit“ stärker berücksichtigt werden, worauf noch einzugehen sein wird.

Sollten die wesentlichen sozialpolitischen Maßnahmen bisher durch Ausweitung unentgeltlicher staatlicher Leistungen — also unter Beibehaltung des Verteilungsmonopols staatlicher oder quasi-staatlicher Organe — realisiert werden, so sieht die Neufassung des Parteiprogramms die Mög-

lichkeit vor, daß der einzelne Bürger mit seinen finanziellen Mitteln stärkeren Einfluß auf seine Lebensweise nehmen kann: „Die Praxis, Mittel der Bevölkerung für die Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen, der Freizeitgestaltung und des Tourismus sowie für andere Ziele zu nutzen, wird erweitert.“ Damit rückt die KPdSU im Grunde von ihrem Anspruch ab, alle sozialen Probleme optimal lösen zu können. Bei der Vorstellung des bisherigen Programms hatte Chruschtschow am 18. Oktober 1961 erklärt: „Die Geschichte hat bestätigt, daß die einzige gesellschaftspolitische Kraft, die die sozialen Probleme ... tatsächlich löst ..., die Kommunisten sind.“³⁾

II. Sozialpolitik, der „Faktor Mensch“ und die sozialistische Gerechtigkeit

Die Umwandlung der „Volkswirtschaftspläne“ in „Pläne der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung“ ist bislang bestenfalls eine Absichtserklärung geblieben. Insbesondere die Sozialprogramme des neunten und zehnten Fünfjahrplans (für die siebziger Jahre) sind propagandistisch herausgestellt und selbst im Ausland als beispielhafte Gesellschaftsplanung bezeichnet worden. Inzwischen wird freimütig eingeräumt, daß diese Programme nicht erfüllt und daß auch im Zeitraum von 1981 bis 1985 viele Ziele nicht erreicht worden sind. Gleichzeitig wird Kritik an den Plänen der sozialen Entwicklung geäußert, die seit den siebziger Jahren branchenweise (dabei von den einzelnen Betrieben ausgehend) und regional (von Städten und Landkreisen ausgehend) aufgestellt werden. In aller Regel sind sie noch unverbindlicher als die Kollektivverträge, die jährlich zwischen Gewerkschaftskomitee (im Auftrag der Belegschaft) und Betriebsleitung vereinbart werden.

Die Forderung des Gewerkschaftsvorsitzenden Schalajew, das Staatliche Plankomitee (Gosplan) müsse endlich die wichtigsten Elemente der Pläne der sozialen Entwicklung in den verbindlichen „Plänen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung“ berücksichtigen⁴⁾, belegt, daß es immer noch ein Nebeneinander staatlicher Sozialpolitik und branchenmäßig-regionaler Planung der

sozialen Entwicklung gibt. Die Gewerkschaftsführung scheint erstere für unzureichend und zweite für zu selektiv-partikularistisch zu halten. Nur so nämlich ist im Grunde Schalajews Forderung nach Ausarbeitung eines unionsweiten Programms zur Verbesserung der Lebensbedingungen zu verstehen, Parteiführung, Regierung und Gewerkschaften müßten sich künftig stärker um die „soziale Sphäre“ kümmern.

Sozialpolitischen Zielvorgaben sowjetischer Führer ist gemeinsam, daß sie als „realistisch“, als „wissenschaftlich begründet“ dargestellt werden. Daß ihre Erfüllung von bestimmten Voraussetzungen abhängig gemacht wird, scheint dabei nicht als gravierend betrachtet zu werden. Diese Einschätzung trifft sowohl für Stalin (bei der Vorstellung der Verfassung von 1936) als auch für Chruschtschow und Gorbatschow zu. Die Erreichung der Ziele des Parteiprogramms von 1961 hatte Chruschtschow — was heute oft unberücksichtigt bleibt — von zwei Bedingungen abhängig gemacht, nämlich von einer deutlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie von einer „positiven“ außenpolitischen Konstellation, die eine Erhöhung der Rüstungslasten überflüssig machen würde⁵⁾.

Diese Punkte finden sich auch bei Gorbatschow wieder, der in seiner Rede vor dem Parteitag unmißverständlich klarstellte: „Man muß jedoch das Wichtigste sagen: Diese Pläne (auf sozialpoli-

³⁾ Nikita Chruschtschow, Das Programm der Kommunisten, Moskau 1961, S. 12.

⁴⁾ Prawda vom 3. März 1986, S. 5.

⁵⁾ Programma KPSS, Moskau 1976, S. 99.

tischem Gebiet, B. K.) werden Wirklichkeit nur unter der Bedingung einer angespannten und effektiven Arbeit eines jeden Sowjetmenschen . . .“ Gorbatschow stellte im Grunde noch eine dritte Bedingung, wenn er erklärte: „Wir werden keinen einzigen Schritt vorankommen . . ., wenn es uns nicht gelingt, Trägheit und Konservatismus in all ihren Erscheinungsformen zu überwinden.“ Gorbatschows Äußerungen zeigen, daß die Einstellung des einzelnen Beschäftigten zur Arbeit und die Ergebnisse seiner Arbeit stärker berücksichtigt werden sollen — „Bewußtseinslagen“ und „menschlicher Faktor“ allgemein erfahren eine deutliche Aufwertung.

Der „Faktor Mensch“ bzw. die Formierung des „neuen Menschen“ haben im Verlaufe der sowjetischen Geschichte immer eine Rolle gespielt; es kann sich also gegenwärtig lediglich um eine „Neu- oder Umbewertung“ handeln. Kulidschanow, der erste Sekretär der Leitung des Verbandes der Filmschaffenden, hat in seiner Ansprache auf dem Parteitag eine einprägsame Definition des „menschlichen Faktors“ gegeben⁶⁾. Es gehe dabei um

— die Festigung der marxistisch-leninistischen Ideologie,

— die Erziehung zu Patriotismus und Internationalismus sowie um

— eine bewußte und moralische Einstellung zur Arbeit und zu anderen Pflichten in Gesellschaft und Familie.

Die Menschen sollen sich also nicht mehr in „Nischen“ der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Sphären zurückziehen und individualistischen Neigungen nachgehen können, vielmehr soll ihnen ein „fortgeschrittenes“ Bewußtsein und eine „kollektivistische Moral“ anezogen werden, die zu einer harmonischen Verbindung der Interessen des ganzen Volkes mit denen der Kollektive sowie der Individuen führen sollen. Wenn also eine diametrale Gegenüberstellung von Interessen der Individuen und sozialer Gruppen mit denjenigen von Volk und Staat ausgeschlossen sein soll, so wird doch in den jetzt beschlossenen Dokumenten und auch in der Rede Gorbatschows eine gewisse Aktivierung „gesunder individueller Interessen“ für wünschenswert gehalten. Gleichzeitig wird noch vorhandenen „Überresten individualistischen Bewußtseins“ sowie der „Psychologie des Zufalls“ der Kampf angesagt. Der zu höherer Lei-

stung stimulierte Beschäftigte solle „gleichzeitig für die Ergebnisse der gesellschaftlichen Produktion sowie für staatliche Angelegenheiten interessiert“ werden. Auf diesem Wege könne auch die Trennung von „Interesse“ und „Idee“, eine Marxsche Anforderung an sozialistische Produktionsverhältnisse, aufgehoben werden⁷⁾.

Da sich Veränderungen des Bewußtseins nur durch Verhaltensänderungen zweifelsfrei nachweisen lassen, dürfte sich eine angestrebte Aufwertung des „Faktors Mensch“ in dem oben skizzierten Sinne in der Regel durch Erscheinungsformen einer neuerlich zunehmenden Verfügbarkeit staatlicher oder gesellschaftlicher Institutionen bzw. des Arbeitskollektivs über das Individuum bemerkbar machen: Verhält sich der einzelne Bürger im gewünschten Sinne angepaßt, wird er den propagierten „revolutionären Umschwung“ vermutlich ungeschoren überstehen können.

In seinem Interview für die französische Zeitung „L'Humanité“ hat Gorbatschow verdeutlicht, daß die Parteiführung die Aufwertung gesellschaftlicher Institutionen sowie der Arbeitskollektive favorisiert⁸⁾. Sollten diese aber versagen (diese Möglichkeit hat Gorbatschow dabei freilich nicht erwähnt), müßten staatliche Institutionen stärker aktiviert werden. Dieser Trend ist auf manchen Gebieten (Bildungs- und Arbeitspolitik sowie Familienrecht) bereits absehbar. Ob die angekündigten ergänzenden Bestimmungen zu dem seit Sommer 1983 gültigen „Gesetz über die Arbeitskollektive“ diese auch wirklich in die Lage versetzen, von den im Gesetz vorgesehenen Möglichkeiten — Mitwirkung bei der Aufstellung von Projekten, bei der Ernennung bzw. Abberufung leitender Angestellter, bei der Verteilung materieller und sozialer Vergünstigungen — Gebrauch zu machen, bleibt abzuwarten.

Wenn gegenwärtig von der Notwendigkeit der Aneziehung eines „richtigen“ Bewußtseins gesprochen wird, so handelt es sich dabei nicht nur um die Stärkung von Disziplin, Organisiertheit und Verantwortlichkeit, sondern auch um den Kampf gegen alles, was den sozialistischen Lebensnormen widerspricht, wie es so auch im Parteiprogramm postuliert ist. So hieß es denn auch in einem frühen sowjetischen Kommentar zu dem entsprechenden Passus: „Bekanntlich haben die in letzter Zeit getroffenen Maßnahmen (gemeint

⁷⁾ Prawda vom 18. Oktober 1985, S. 3.

⁸⁾ Prawda vom 8. Februar 1986, S. 2.

⁶⁾ Prawda vom 2. März 1986, S. 5.

sind die nach dem Novemberplenar 1982 des Zentralkomitees der KPdSU gestarteten Disziplinierungskampagnen, B. K.), die auf die Verstärkung des ideellen Faktors der Festigung der Arbeits-, Plan- und staatlichen Disziplin abgezielt haben, nicht nur einen eindeutigen wirtschaftlichen, sondern auch einen ideellen und moralischen Effekt mit sich gebracht.“ Und grundsätzlich wird es auch künftig für möglich gehalten, „... die Kraft des Bewußtseins bei der Lösung anstehender politischer und wirtschaftlicher Probleme noch umfassender zu nutzen ...“⁹⁾.

Wenn auch im Parteiprogramm von Prinzipien der „sozialen“ Gerechtigkeit die Rede ist, denen wieder stärker Geltung verschafft werden sollte, so hat Gorbatschow in seiner Rede eindeutig klargestellt, daß darunter nicht etwa allgemeinverbindliche Prinzipien von Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu verstehen sind. Er hat sich vielmehr, wie bereits bei früheren Gelegenheiten, ausdrücklich hinter diejenigen gestellt, die besorgt sind „über die Abschwächung der Kontrolle über das Maß der Arbeit und des Verbrauchs, über Fakten der Verletzung der Forderungen der sozialistischen Gerechtigkeit, (die eintreten für) die Notwendigkeit des verstärkten Kampfes gegen nicht aus der Arbeit stammende Einkünfte“.

Auch in der von den Delegierten des Kongresses verabschiedeten Resolution wird der „unmittelbare Zusammenhang“ zwischen der Verbesserung des Lebens und dem „Arbeits- und gesellschaftlichen Wirkungsgrad jedes Beschäftigten und jeden

Kollektivs“ betont¹⁰⁾. In erster Linie seien es die Interessen der Arbeiterklasse, die als Kriterium für soziale Gerechtigkeit anzuwenden seien, stellte der neue Moskauer Parteichef Jelzin klar¹¹⁾. Eine Delegierte hatte die Überzeugung geäußert, daß das System ökonomischer Stimulierung die Einhaltung der Prinzipien der „sozialen“ Gerechtigkeit gewährleisten müsse¹²⁾.

Die Konzeption der sozialistischen Gerechtigkeit ist zunächst einmal eine Kampfansage an Gleichmacherei und meint genau das Gegenteil von wohlfahrtsstaatlichen Prinzipien. Im Vordergrund stehen verstärkte Bemühungen um eine effektive Kontrolle über das „Maß der Arbeit“ und das „Maß des Verbrauchs“, wie dies auch in den Parteiprogrammen von 1961 und 1986 vorgesehen ist, und im Zusammenhang damit Bemühungen um die Liquidierung aller nicht aus legaler Arbeitstätigkeit stammenden Einkünfte. Die Vertreter dieser Konzeption, die sich vom Erfolg ihres Programms primär eine Effizienzsteigerung der Wirtschaft versprechen, können sich dabei vermutlich auf die große Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere der Arbeiterschaft stützen, sofern Spekulanten, Schiebern, Geldverleihern und ähnlichen „Volksschädlingen“ der Kampf angesagt wird. Da eine penible Kontrolle des „Maßes der Arbeit“ eine größere Beanspruchung der meisten Beschäftigten durch höhere Arbeitsnormen und entsprechend größere Arbeitsleistung bedeuten dürfte, wird dies freilich auf wenig Gegenliebe stoßen.

III. „Sozialpolitik“ als Mittel zur Gewährleistung politischer Stabilität

Nachdem es zu Beginn der achtziger Jahre in der Sowjetunion eine Diskussion um die Möglichkeit „antagonistischer Widersprüche“ und damit des Entstehens systembedrohender Krisensituationen in einer sozialistischen Gesellschaft gegeben hatte, scheint sich spätestens seit der Ideologiekonferenz vom Dezember 1984, auf der Gorbatschow eine Art „Programmrede“ gehalten hatte, die traditionelle dogmatische Richtung wieder durchgesetzt zu haben. „Objektive Widersprüche“ gibt es zwar, doch kann es zu Eruptionen nur kommen, wenn Führer „subjektive Fehler“

begehen. Trotzdem hat sich die neue Parteiführung entschlossen, diesen Zusammenhängen auch ideologisch größere Aufmerksamkeit zu schenken. Somit ist es zu verstehen, daß bereits im Projekt des Parteiprogramms (Oktober 1985) die Sozialpolitik als „ein wichtiger Faktor der politischen Stabilität“ bezeichnet wurde und daß sich verschiedene Parteiführer auf dem Kongreß mit dieser Frage ungewohnt offen befaßt haben.

⁹⁾ Prawda vom 18. Oktober 1985, S. 3.

¹⁰⁾ Prawda vom 6. März 1986, S. 2.

¹¹⁾ Prawda vom 27. Februar 1986, S. 3.

¹²⁾ Prawda vom 2. März 1986, S. 4.

Drei Äußerungen von Parteiführern sollen dieses möglicherweise vorhandene neue Problembewußtsein illustrieren; die Einschränkung „möglicherweise vorhanden“ scheint deshalb angebracht, weil derartige Formulierungen beinahe den Verdacht aufkommen lassen, das Dokumentieren dieses Problembewußtseins könne für sie wichtiger sein als die praktische Politik zur Bewältigung dieses Problems.

Gorbatschow:

„Für die . . . Partei hat die Analyse der Probleme der gegenseitigen Beziehungen der Klassen und gesellschaftlichen Gruppen lebenswichtige Bedeutung. Indem die KP in ihrer Politik die Gemeinsamkeit ihrer Interessen und ihrer Spezifik genau berücksichtigt, sichert sie die feste Einheit der Gesellschaft . . .“.
Und: „Die Wohnverhältnisse, die Lebensmittelversorgung . . ., das Niveau des Gesundheitswesens — all das wirkt sich ganz unmittelbar auf das Bewußtsein und die Stimmungen der Menschen aus.“

Ligatschow:

„Die richtige Sozialpolitik der Partei bestimmt in vielem die politische Stabilität der sowjetischen Gesellschaft, den Fortschritt unseres Landes.“¹³⁾

Jelzin:

„Die kontinuierliche politische Stabilität im Lande darf uns nicht nachlässig werden lassen.“¹⁴⁾

1. Alltagsprobleme der Bevölkerung

a) Die störungsanfällige Lebensmittelversorgung

Auf dem Parteitag ist mit bemerkenswerter Offenheit zugegeben worden, daß das Hauptproblem eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln ist. Wenn der moldauische Parteichef Grossu sogar Lenins Äußerung „Die Lebensmittelfrage — das ist die Hauptfrage“ wiederholte¹⁵⁾, so ist dies im Grunde so zu verstehen, als stelle sich dieses Problem heute ähnlich wie zu Beginn der zwanziger Jahre. Der Vorsitzende der neugeschaffenen Superbehörde für den agroindustriellen Komplex, Murachowski, räumte ein, daß es mancherorts Unterbrechungen bei der Fleisch- und Milchversorgung gegeben habe¹⁶⁾. Auch für Gorbatschow gehört die „vollständige Versorgung mit Lebensmitteln“ zu den am schnellsten zu lösenden Aufgaben; bereits im laufenden Planjahr fünf müsse „eine bedeutende Zunahme des

Pro-Kopf-Verbrauchs an Fleisch, Milch, Gemüse und Obst erreicht werden“. Die Entwicklung der nächsten Jahre wird zeigen, ob die bisher getroffenen bzw. angekündigten Maßnahmen für die Bewältigung dieser Probleme ausreichen.

b) Das ungelöste Wohnungsproblem

An zweiter Stelle rangiert zweifellos die Wohnungsproblematik, wobei es in der Regel um die Bereitstellung einer ausreichend großen Wohnung, des einer Familie nach Verwaltungsvorschriften zustehenden Wohnraums und um zumutbare Wohnbedingungen geht. Das Wohnungsproblem wird in den Parteiprogrammen von 1961 und 1986 unterschiedlich behandelt. 1961 wurde es als „brennendstes“ Problem eingestuft und seine Lösung bis spätestens 1980 angekündigt; ab 1970 hätte demnach die Nutzung von Wohnraum „allmählich für alle Bürger kostenlos werden“ sollen, und ab 1980 hätte auch für Heizung, Gas und Wasser nichts mehr bezahlt zu werden brauchen.

Nach der jetzigen Fassung kommt der beschleunigten Lösung des Wohnungsproblems eine „besondere soziale Bedeutung“ zu; eine endgültige Lösung wird selbst für das Jahr 2000 nicht in Aussicht gestellt — nur „praktisch“ soll dann jede Familie über Wohnraum verfügen. Nach sowjetischer Sprachregelung bedeutet „praktisch“ in diesem Zusammenhang, daß dann fast alle Familien über eigenen Wohnraum verfügen sollen. Alleinstehende und Geschiedene werden unverändert mit einem Zimmer in einer Gemeinschaftswohnung oder mit einem Platz in einem Wohnheim vorliebnehmen müssen. 1986 wird außerdem postuliert, daß Eigenmittel der Bevölkerung für Wohnungsbau und -ausstattung stärker genutzt, die Kontrolle über die Wohnraumverteilung verstärkt werden sollen und der genutzte Wohnraum pfleglich behandelt werden müsse.

c) Das unzureichende Gesundheitswesen

Der Gesundheitszustand und die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung sowie ihre Möglichkeiten, im Bedarfsfall rasch qualifizierte medizinische Hilfe und Behandlung zu erhalten, werden nach wie vor als nicht ausreichend betrachtet. Hatte man sich bisher vor allem auf die Verbesserung der medizinischen Betreuung unmittelbar in den Betrieben konzentriert, so will man nun stärker den Krankenhausbau in den Städten und auf dem Lande vortreiben, das

¹³⁾ Prawda vom 28. Februar 1986, S. 4.

¹⁴⁾ Prawda vom 27. Februar 1986, S. 2.

¹⁵⁾ Prawda vom 2. März 1986, S. 2.

¹⁶⁾ Prawda vom 3. März 1986, S. 3.

System einer allgemeinen Dispensairebetreuung (einer jährlichen Vorsorgeuntersuchung für jedermann) aufbauen, die Krankheits- und Unfallquoten in der Wirtschaft deutlich reduzieren und das Alkoholproblem in den Griff bekommen. Das Parteiprogramm verlangt, jeder Mensch solle seinen Körper kennen und sich einer gesunden Lebensweise befleißigen. Auch auf dem Gebiet des Gesundheitswesens beansprucht der Staat kein Monopol; denn die „Hauptrichtungen“ für den 12. Fünfjahrplan sehen vor, daß die betrieblichen Fonds stärker als bisher für den Bau und die Entwicklung medizinischer Einrichtungen des jeweiligen Betriebs verwendet werden sollen. Wenn auf dem Parteitag auch nicht ausdrücklich angesprochen, so ist wohl davon auszugehen, daß das System entgeltlicher medizinischer Leistungen an Bedeutung zunehmen wird.

2. Bevölkerungspolitik

a) Stabilisierung der Familie und weitere Förderung der Mutterschaft

In seiner Rede hat Gorbatschow weitgehend die Ausführungen des Parteiprogramms zur Familienpolitik wiedergegeben, darüber hinaus hat er mitgeteilt, daß „nicht wenige Familien in ungeordneten Verhältnissen“ leben, die Zahl der Ehescheidungen in den letzten Jahren aber immerhin rückläufig sei; neue gesetzliche Regelungen sollen „die Verantwortlichkeit der Bürger für die Festigung der Familie erhöhen“.

Eine solche Tendenz ergibt sich auch aus dem Programm, in dem es heißt, daß „die Gesellschaft . . . zutiefst an einer stabilen und moralisch gesunden Familie interessiert“ sei. Im Entwurf des Programms hatte es weiter geheißen: „Die Familie spielt eine immer größere Rolle bei der Festigung der Gesundheit und der Erziehung der heranwachsenden Generationen, bei der Gewährleistung des ökonomischen und sozialen Fortschritts der Gesellschaft sowie bei der Verbesserung der demographischen Prozesse.“ Des weiteren war festgestellt worden, in der Familie forme sich die Einstellung des Menschen „zu den wichtigsten moralischen, ideellen und kulturellen Werten“. Dies scheint der „ideologischen Fraktion“ innerhalb der Parteiführung doch etwas zu weit gegangen zu sein, hat sie doch in beiden Sätzen gewisse Einschränkungen durchsetzen können: Im ersten Fall spielt die Familie nur noch „eine

wichtige Rolle“ und im zweiten hat man auf den Superlativ „wichtigste“ verzichtet.

Sind nun aber bereits konkrete Maßnahmen in Sicht? Nach dem Programm sollen die Familien bei der Erfüllung ihrer sozialen Funktionen stärker als bisher unterstützt werden, Familie, Schule und Arbeitskollektive der Eltern bei der Erziehung der Kinder enger zusammenwirken und die Eltern auch in größerem Maße für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich gemacht werden. Außer diesen ziemlich unverbindlichen Absichtserklärungen sollen auch die materielle Lage, die Wohn- und Lebensbedingungen von Familien mit Kindern und von Neuverheirateten verbessert werden. Die „Hauptrichtungen“ sehen bis 1990 vor, daß ein Neuvermählter im ersten Jahr der Eheschließung keine „Kinderlosensteuer“ mehr zu bezahlen braucht, und daß jungen Familien durch Kredite und andere Vergünstigungen der Eintritt in eine Wohnungsbaukooperative erleichtert bzw. ihnen der Bau eigener Häuser auf dem Lande eher ermöglicht werden soll. Auch die seit 1985 propagierten „Jugend-Wohnkomplexe“, bei denen die jungen Familienväter selbst Hand anlegen, sollen vom Staat gefördert werden. Da über die für diese Zwecke in den nächsten Jahren bereitgestellten Mittel keine Angaben gemacht worden sind, dürften auf diesem Wege in absehbarer Zeit keine drastischen Verbesserungen der schwierigen Lage junger Familien zu erwarten sein.

Noch günstiger als bisher sollen in den nächsten Jahren die Regelungen für den Mutterschaftsurlaub ausfallen. Die wesentlichen Bestimmungen, die im Entwurf der „Hauptrichtungen“ übrigens noch nicht enthalten gewesen sind, hat Gorbatschow in seiner Rede bekannt gemacht. Die Dauer des bezahlten Mutterschaftsurlaubs soll von 12 auf 18 Monate verlängert werden, an die sich weitere sechs unbezahlte Monate anschließen können. Auch soll die Dauer des bezahlten Urlaubs vor der Geburt verlängert und die Zahl bezahlter Tage zur Pflege eines erkrankten Kindes erhöht werden. War Kindergeld in Familien mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen bisher nur bis zum achten Lebensjahr gezahlt worden, so soll demnächst, wie allerdings bereits im Mai 1985 angekündigt worden war, bis zum zwölften Jahr gezahlt werden.

Wie 1961 wird auch jetzt wieder angekündigt, daß der Bedarf an Vorschuleinrichtungen in den nächsten Jahren befriedigt werden soll; das Ziel be-

steht also unverändert darin, den Müttern durch Bereitstellung von Plätzen in Kinderhorten und -gärten die aktive Teilnahme am Berufsleben und in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu ermöglichen. Stärker als bisher sollen verkürzte Arbeitszeiten und auch Heimarbeit angeboten werden. Gorbatschow hat sich in die Reihe derjenigen eingeordnet, die sich für eine Neubelebung der traditionsreichen, seit Jahrzehnten aber nahezu wirkungslosen „Frauenräte“ einsetzen. Nach seinen Worten könnten sie, unter zentraler Leitung des sowjetischen Frauenkomitees, „einen bedeutenden Einfluß auf die Lösung einer breiten Palette sozialer Fragen im Leben der sowjetischen Gesellschaft ausüben“.

b) Auch förderungswürdig: Jugendliche und Rentner

Vermutlich wird sich die KPdSU künftig auch wieder stärker um die speziellen Bedürfnisse und Probleme der Jugend kümmern, eingedenk des traditionellen Slogans: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“. Nach dem Programm will die Partei nämlich „die Aufmerksamkeit gegenüber den sozialen Problemen der Jugend deutlich erhöhen“, wobei es insbesondere um „die Entwicklung und vollständigere Befriedigung der gesellschaftlich bedeutsamen Interessen und Bedürfnisse“ gehen soll; die Einschränkung „gesellschaftlich bedeutsam“ ist übrigens erst in der Endfassung vorgenommen worden. Gorbatschow will der Jugend mehr Raum für die Realisierung ihrer spezifischen Interessen geben, nicht zuletzt im Rahmen der Verteidigung des Vaterlandes.

Während sich aus dem Parteiprogramm und aus den „Hauptrichtungen“ keine neuen Akzente für das Rentner- und Hinterbliebenenwesen ergeben, ist Gorbatschow in seiner Parteitagsrede auf die Probleme dieser Gruppe etwas detaillierter eingegangen. Die „Hauptrichtungen“ wiederholen im Grunde nur die bereits in einem Beschluß vom Mai 1985 enthaltenen Ankündigungen über die Erhöhung von Alt- und Mindestrenten. Bemerkenswert ist, daß das Parteiprogramm — abweichend vom Entwurf — nun auch die „Verantwortung der Kinder für das Wohlbefinden der Eltern, für ihr gesichertes und ruhiges Alter“ betont. Gorbatschow forderte darüber hinaus staatliche und gesellschaftliche Organisationen auf, Maßnahmen zu ergreifen, um den Rentnern eine aktivere Mitwirkung „am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben“ zu ermöglichen.

Um eine wesentlich größere Beteiligung der Rentner in der Arbeitswelt zu erreichen, lockte Gorbatschow mit einer „auf genossenschaftlicher oder auch auf individueller, familiärer Grundlage“ basierenden Arbeitstätigkeit „im Dienstleistungsbereich, im Handel, bei der Herstellung von Konsumgütern und in der landwirtschaftlichen Produktion“. Sollte diese Konzeption in Zukunft stärker zum Tragen kommen, könnte man sich durchaus vorstellen, daß ein großer Teil der arbeitsfähigen Alters- und Invalidenrentner von derartigen Möglichkeiten Gebrauch machen würde.

Ebenso bemerkenswert ist Gorbatschows Anregung, eine unionsweite „Organisation der Arbeits- und Kriegsveteranen“ ins Auge zu fassen. Dabei sollte es sich freilich weniger um eine Interessen- als vielmehr um eine Selbsthilfeorganisation handeln, die darüber hinaus weitergehende gesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen hätte, insbesondere „bei der Erziehung der heranwachsenden Generation“. Gorbatschows sehr realistische Prognose: „Es sieht so aus, als ob diese Organisation viel zu tun haben wird.“

c) Das Nationalitätenproblem

Auf dem Parteitag ist von mehreren Rednern erneut betont worden, daß das Nationalitätenproblem im Prinzip gelöst sei. Mitunter gebe es freilich geringfügige Probleme, so daß eine entsprechende Erziehungsarbeit und insbesondere auch der — übrigens im Parteiprogramm ebenfalls vorgesehene — Austausch von Beschäftigten zwischen den Republiken und die Ausbildung junger Leute aus den mittelasiatischen und transkaukasischen Republiken in Rußland und der Ukraine forciert werden soll.

Verschiedene Ausführungen belegen allerdings, daß es darüber hinaus wesentlich größere Probleme geben muß:

— Untragbar sei die in manchen Republiken vorhandene „Schmarotzerideologie“. Jede Republik müsse einen angemessenen Beitrag zur Unions-Volkswirtschaft leisten (Gorbatschow).

— Um das „Prinzip der sozialen Gerechtigkeit“ auch regional durchzusetzen, sollte die Planung von dem festzustellenden Ist-Zustand der einzelnen Regionen ausgehen. Zurückgebliebenen Gebieten sollte, als „Kompensation für die Vergangenheit“, geholfen werden. In Zukunft sollte aber die sozioökonomische Entwicklung von den Er-

gebnissen der regionalen Wirtschaftstätigkeit abhängen (Petrow, Parteichef von Swerdlowsk)¹⁷⁾.

— Im ZK-Apparat sollte eine Unterabteilung eingerichtet werden, die sich speziell mit Nationalitätsfragen zu beschäftigen hätte (Machkamow, Parteichef von Tadschikistan)¹⁸⁾.

Aus dem Kontext dieser Äußerungen läßt sich der Schluß ziehen, daß die Wirtschaftsergebnisse in den einzelnen Republiken — insbesondere auf der Grundlage einer größeren Mobilisierung dort vorhandener Ressourcen — deutlich verbessert und vor allem der Beitrag der südlichen Republiken zur Erschließung von Neulandgebieten erhöht werden soll. War ein entsprechender Passus in den Beschlüssen des 26. Parteitages (1981) so zu

verstehen, als ob es sich dabei in erster Linie um industrielle Objekte in Sibirien handeln sollte, so scheint nunmehr eher an ein Engagement im Agrarsektor Sibiriens gedacht zu werden. Was die Vertreter der südlichen Republiken auf dem Kongreß an einschlägigen Erfolgen vorzutragen hatten, war der slawischen Majorität der Delegierten offensichtlich zu wenig (für derartige Berichte gab es keinen Beifall). Ob Unterbeschäftigung oder auch „Beschäftigungslosigkeit“, wie dies der Parteichef Dagestans, Jusupow, als großes Problem zugab, tatsächlich nur für die südlich gelegenen Republiken zutreffen, sollte freilich eher bezweifelt werden. Aus einschlägigen Erklärungen der jetzigen Führung geht hervor, daß derartige Erscheinungen radikaler und schneller als bisher beseitigt werden sollen¹⁹⁾.

IV. „Sozialpolitik“ als Beschleunigungsinstrument

Nach dem Wortlaut des Parteiprogramms ist „Sozialpolitik“ nicht nur, wie oben bereits ausgeführt, „ein wichtiger Faktor der politischen Stabilität“, sondern auch „ein mächtiges Instrument zur Beschleunigung der Entwicklung des Landes, des Aufschwungs der Arbeitsproduktivität...“. Auch mit Mitteln der Sozialpolitik soll im Grunde also der Übergang von der Arbeits- zur Leistungsgesellschaft erreicht werden. Da für die große Masse der Beschäftigten seit den fünfziger Jahren, als Folge der Abwendung von der Arbeitsverfassung der Stalinzeit und der dann zunehmenden gleichmacherischen Tendenzen, eine eher legere Einstellung zur Arbeit selbstverständlich wurde, muß es gegenwärtig in der Tat darum gehen, wie es Gorbatschow sogar in einem Interview für „L'Humanité“ formuliert hat, das „Lebensbild des Sowjetbürgers zu wandeln“²⁰⁾. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln soll erreicht werden, daß sich die Beschäftigten nicht nur eine verantwortungsvolle Einstellung gegenüber ihrer Arbeit zu eigen machen, sondern mit größtem Leistungseinsatz maximal mögliche Arbeitsergebnisse anzustreben haben.

Die Führung sieht folgende Möglichkeiten, zu einer solchen Entwicklung beizutragen:

¹⁷⁾ Prawda vom 2. März 1986, S. 6.

¹⁸⁾ Prawda vom 1. März 1986, S. 4.

¹⁹⁾ Prawda vom 5. März 1986, S. 7.

²⁰⁾ Prawda vom 8. Februar 1986, S. 2.

— Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsorganisation,

— Umstrukturierung der zentralen und betrieblichen Lohnpolitik,

— Aufwertung der materiellen und moralischen Stimulierungsinstrumente,

— Ausdehnung des Spektrums individueller Arbeitstätigkeiten.

Hinsichtlich der an erster Stelle genannten „Verbesserungen“ ist zum einen darauf hinzuweisen, daß es entsprechende Absichtserklärungen während der letzten Jahre wiederholt gegeben hat, zum anderen ist es nicht uninteressant, die entsprechenden Passagen in den Parteiprogrammen von 1961 und 1986 zu vergleichen. Die Ausführungen ähneln sich sehr, doch wurden in der früheren Fassung den Beschäftigten konkrete Verbesserungen in Aussicht gestellt. So sollte bis 1970 die 36-Stunden-Woche eingeführt und in der Folgezeit sollten weitere Arbeitszeitverkürzungen vorgenommen werden: „... die Sowjetunion wird das Land mit dem kürzesten und gleichzeitig mit dem produktivsten und am höchsten bezahlten Arbeitstag in der Welt“. Nachtschichten sollten sukzessive abgeschafft werden, sofern sie nicht technologisch bedingt oder als Dienstleistungen für die Bevölkerung notwendig waren.

In der jetzigen Fassung ist nur noch sehr allgemein von künftigen Möglichkeiten der Verkür-

zung der Arbeitszeit (gegenwärtig durchschnittlich 40,6 Stunden) die Rede. Der bisherige Trend hin zu einer Schicht soll nicht nur gestoppt, vielmehr soll das Schichtensystem wieder stärker ausgebaut werden. Immerhin konnten auf dem Parteitag Beschwerden über die ungünstigen Lebensbedingungen sowie über die Arbeitszeitregelung für Bergleute (die Nichtberücksichtigung des Sonntags) und über die Belastung der Textilarbeiterinnen durch das Drei-Schichten-System vorgebracht werden. Erfahren konnte man auch, daß die Bergleute mit Preßluftbohrern arbeiten müssen, die vor 50 Jahren entwickelt worden sind²¹⁾. Der Gewerkschaftsvorsitzende Schalajew gab eine ziemlich ungeschminkte Darstellung der „besonders vielen Mängel“ auf dem Gebiet „Bedingungen und Organisation der Arbeit“; gegenwärtig werde jedes dritte Projekt einer Betriebsgründung von den zuständigen Gewerkschaftsinspektionen zurückgewiesen, da es nicht den Vorschriften des Arbeitsschutzes entspreche²²⁾.

Andererseits liegt es auf der Hand, daß Mittel für eine unionsweite und durchgreifende Verbesserung der Arbeitsbedingungen — nach Ryschkow immerhin „eine der wichtigsten sozialen Aufgaben“²³⁾ — gegenwärtig nicht vorhanden sind. Das gilt im Grunde auch für das Schwerpunktprogramm, den Anteil manueller Tätigkeiten am gesamten Arbeitsaufwand drastisch zu reduzieren; im vergangenen Jahrzehnt hat die Anzahl von Beschäftigten in diesem Bereich absolut sogar zugenommen. Man vergegenwärtige sich, daß selbst bei den Arbeiten im Zusammenhang mit dem „Jahrhundertprojekt“, dem Plan der Eisenbahnlinie vom Baikalsee zum Unterlauf des Amur, 50 Prozent der Arbeiten auf Händarbeit entfielen, wie auf dem Parteikongreß mitgeteilt wurde²⁴⁾.

Während es also auf dem eben behandelten Gebiet nur sehr allmähliche Verbesserungen geben dürfte, kann die sowjetische Führung bei der Lohnpolitik und beim Einsatz der verschiedenen Stimulierungsinstrumente kurzfristige Änderungen herbeiführen. Gorbatschow scheint sich darüber im klaren zu sein, daß ein größeres Rubeleinkommen allein für die Beschäftigten kein ausreichender Anreiz ist, vielmehr gelte es, wie er in seiner Rede forderte, „den Markt mit mannigfalti-

gen Waren und Leistungen zu sättigen“. Ob das zu diesem Zweck beschlossene „Komplexprogramm für die Entwicklung der Konsumgüterproduktion und des Dienstleistungsbereichs“ tatsächlich zu einer raschen Verbesserung des Angebots führen wird, bleibt abzuwarten. Angesichts des in den letzten zwei Jahrzehnten angestauten Kaufkraftüberhangs müßte es sich ja um eine umfassende strukturelle und qualitative Verbesserung des Waren- und Dienstleistungsangebots handeln.

Nach Gorbatschows Darstellung soll die für die Jahre 1986—1990 vorgesehene Erhöhung der Löhne und Gehälter in der produktiven Sphäre der Wirtschaft (nach den „Hauptrichtungen“ insgesamt um 13—15 Prozent, d. h. auf 215—220 Rubel) „erstmalig auf Kosten und im Rahmen der Mittel stattfinden, die von den Betrieben selbst erarbeitet wurden“. Zur Begründung fügte er noch hinzu: „Eine solche Ordnung wird aktiver auf die Beschleunigung des technischen Fortschritts, auf die Erhöhung der Effektivität der Produktion einwirken.“

Nach den „Hauptrichtungen“ ergibt sich ein etwas differenzierteres Bild. Danach soll die Relation der Löhne sowohl zwischen den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft als auch zwischen den verschiedenen Beschäftigungskategorien „vervollkommnet“ werden, wobei insbesondere Ingenieure, Konstrukteure und Meister bessergestellt werden sollen. Auch sollen Tarifsätze und Gehälter etappenweise angehoben werden — in Abhängigkeit von der Schaffung notwendiger Bedingungen und von der Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen. Dieser gesamte Komplex kann im Grunde ja nur zentralisiert durchgeführt werden. Über die von Gorbatschow herausgestellte innerbetriebliche Lohnpolitik äußern sich die „Hauptrichtungen“ freilich auch. Neben der engeren Verbindung zwischen Entlohnung und Arbeitsleistung und einer entschiedenen Kampfansage an alle Elemente von Gleichmacherei soll die Verantwortlichkeit für Arbeitsmängel verstärkt werden. Ob damit eine konsequentere Anwendung der im Arbeitsrecht vorgesehenen Haftung für Produktionsausschuß oder an neue Formen von Lohnabzug für unzureichende Qualität der Arbeitsproduktion gedacht ist, läßt sich bisher nicht absehen.

Das bisher geltende System der Stimulierung höherer Arbeitsleistung soll dahin gehend abgeändert werden, daß Kollektive und einzelne Beschäftigte nur noch für die Erfüllung technisch

21) Prawda vom 3. März 1986, S. 2; vom 4. März 1986, S. 7; vom 5. März 1986, S. 3 f.

22) Prawda vom 3. März 1986, S. 5.

23) Prawda vom 4. März 1986, S. 3.

24) Prawda vom 6. März 1986, S. 3.

begründeter Arbeitsnormen prämiert werden sollen; die bislang übliche „Übererfüllung“ soll auf dem Wege der Einführung anspruchsvoller Normen eher die Ausnahme werden. Insbesondere soll mit der bisher üblichen Praxis Schluß gemacht werden, daß eine bestimmte Monats- oder Quartalsprämie an nahezu jeden Beschäftigten als eine Art „Lohnzuschlag“ gezahlt wird.

Wenn gelegentlich die verstärkte Anwendung „moralischer“ Stimuli verlangt wird, so handelt es sich dabei bei genauerem Hinsehen meist um die Verbindung moralischer und materieller Stimuli. Das beeindruckendste Beispiel für diesen Ansatz liefert auf dem Kongreß der Beitrag von Petrow, der 1935 Parteisekretär des Schachtes gewesen war, in dem Stachanow seine Rekorde aufgestellt hatte. Zwar erinnerte Petrow daran, daß es beim Treffen im Zentralkomitee mit Veteranen der Stachanow-Bewegung (Sommer 1985) primär um eine notwendige größere moralische Stimulierung der Beschäftigten im Geiste Stachanows gegangen sei — zuvor hatte er aber ausführlich dargestellt, daß Stachanow durchaus materielle Vorteile von seinem Arbeitseinsatz gehabt hatte²⁵).

Die Ausführungen des Gewerkschaftsvorsitzenden Schalajew können im Grunde nur so verstanden werden, als habe die Gewerkschaftsführung bereits ihre Zustimmung zu einer qualitativ neuen, wesentlich anspruchsvolleren Phase der

Wettbewerbsbewegung gegeben²⁶). Daß die Kollektive bzw. die Betriebe im Zusammenhang mit dem Stimulierungswesen eine größere Rolle spielen sollen, ist nur bedingt als Novum zu betrachten, haben doch nach dem Arbeitsrecht Gewerkschaftskomitee und Betriebsverwaltung das Recht, gute Arbeitsleistungen entsprechend zu honorieren, insbesondere durch Bevorzugung bei der Verteilung von Wohnraum und Urlaubsplätzen sowie bei der Einteilung der jährlichen Urlaubszeit.

In welchem Umfang die Führung in den nächsten Jahren die auch nach der Verfassung erlaubten individuellen Arbeitstätigkeiten zulassen bzw. fördern wird, um auch auf diesem Wege einen Beschleunigungseffekt zu erzielen, bleibt abzuwarten. Abgesehen von Gorbatschows Ausführungen über einschlägige Betätigungsfelder für Rentner sowie über Möglichkeiten von Nebentätigkeiten auf individueller Basis ist hierbei auf einen Passus seiner Rede hinzuweisen: „Es gilt, die Vorschläge für eine geregelte individuelle Arbeitstätigkeit aufmerksam zu prüfen. Selbstverständlich müssen diese Arten der Arbeitstätigkeit mit den Grundsätzen der sozialistischen Wirtschaftsführung voll übereinstimmen und auf genossenschaftlichen Prinzipien oder auf Verträgen mit sozialistischen Betrieben basieren.“ Damit hat Gorbatschow den Rahmen festgelegt; die weitere Entwicklung sollte abgewartet werden.

V. Ausblick

Resümierend kann festgestellt werden:

1. Die Sowjetführung ist sich inzwischen — vermutlich primär infolge der Entwicklungen in Polen 1980/81 — expressis verbis nicht mehr sicher, daß sie auch bei einer weiteren Verschlechterung sozioökonomischer Indikatoren auf die Loyalität der Bevölkerung vertrauen kann. Problemfelder werden benannt und sollen mit möglichst minimalem Aufwand entschärft oder möglichst neutralisiert werden.

2. Eine derart „befriedete“ Bevölkerung und insbesondere eine eher „passive“ Erwerbsbevölkerung reichen aber nach Einschätzung der gegenwärtigen Führung nicht aus, ihre politischen Ambitionen zu befriedigen. Durch die Aktivierung

von Bedrohungsängsten und eine ungewohnt offene Informationspolitik über negative Entwicklungstrends in Gesellschaft und Wirtschaft des Landes sollen die Beschäftigten zu einer deutlich größeren Leistungsbereitschaft animiert werden.

3. Durch Umgestaltung der Lohn- und Prämiensysteme sowie durch Aufwertung der Wettbewerbsbewegung, künftig vermutlich auch durch Zulassung weitergehender individueller Arbeitstätigkeiten, soll offenbar der Übergang von der Arbeits- zu einer Art Leistungsgesellschaft erreicht werden. Die Führung ist sich darüber im klaren, daß eine so versuchte stärkere materielle Stimulierung nur unter zwei Bedingungen möglich sein kann: Ausschaltung aller Möglichkeiten für die

²⁵) Prawda vom 3. März 1986, S. 2.

²⁶) Prawda vom 3. März 1986, S. 5.

Erzielung illegaler Einkünfte und damit der sogenannten „zweiten Wirtschaft“ und zweitens ein ausreichendes und attraktives Angebot von Waren und Dienstleistungen.

4. Die Führung läßt keinen Zweifel daran, daß gerade in der jetzt begonnenen komplizierten Übergangsphase eine straffe zentrale Leitung unverzichtbar ist. Das schließt nicht aus, daß gesellschaftliche Organisationen und auch die „Volksmassen“ eine gewisse Aufwertung erfahren wer-

den — freilich nur in dem sehr engen von der Parteiführung vorgezeichneten Rahmen.

5. Die soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den Republiken und Regionen dürfte sich künftig stärker nach den jeweiligen konkreten Wirtschaftsleistungen und insbesondere nach dem Beitrag des jeweiligen Gebiets zur Unions-Volkswirtschaft richten; eine stärkere Differenzierung als bisher scheint insofern mittelfristig unvermeidbar.

Neue Denkmuster in der sowjetischen Außenpolitik?

I. Die Überwindung der Gromyko-Linie

Am Ende seiner Beratungen verabschiedete der 27. Parteitag der KPdSU vom Februar/März 1986 eine Resolution, in der die Notwendigkeit unterstrichen wird, „die sowjetische Außenpolitik in allen Richtungen weiter zu aktivieren“ sowie „gutnachbarliche, gegenseitig vorteilhafte Beziehungen zu allen Staaten zu entwickeln“. Dabei werde sich Moskau im Rahmen seiner prinzipiellen Positionen „auf taktische Flexibilität, auf Bereitschaft zu gegenseitig annehmbaren Kompromissen sowie auf Dialog und gegenseitige Verständigung“ hin orientieren¹⁾.

Dies ist der Kern der Botschaft, die die Sowjetführung seit der Wahl Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU im März 1985 der Welt vermittelt. Indem der Parteitag die beiden wichtigsten Dokumente — die Neufassung des Parteiprogramms von 1961 und den vom Generalsekretär vorgetragenen „Politischen Bericht“ des Zentralkomitees²⁾ — einstimmig billigte, wurden die außenpolitischen Neuansätze Gorbatschows nunmehr auch vom höchsten Entscheidungsgremium der KPdSU sanktioniert.

Diese Texte machen deutlich, daß auch die neue Sowjetführung nicht darauf verzichtet, ihre Außen- und Sicherheitspolitik in den vom Marxismus-Leninismus vorgegebenen ideologischen Kategorien einer welthistorischen Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus/Imperialismus und Sozialismus zu formulieren. Das revidierte Programm unterstreicht mit aller Klarheit, daß die sowjetische Außenpolitik auch weiterhin

„Klassencharakter“ hat und sich von den Prinzipien des „proletarischen, sozialistischen Internationalismus“ leiten läßt. Aufgrund der inneren Widersprüche innerhalb der westlichen Gesellschaften und der wachsenden Konflikte zwischen den drei Hauptzentren des Imperialismus — den USA, Westeuropa und Japan — spitze sich die allgemeine Krise des Kapitalismus weiter zu, heißt es dort. Nach wie vor gelte, daß der Imperialismus „parasitärer, faulender und sterbender Kapitalismus“ sei — „der Vorabend der Revolution“. Allerdings wird ihm gleichzeitig attestiert, daß er noch über beträchtliche wirtschaftliche Wachstumsreserven verfüge und sogar den Versuch wagen könne, „den Gang der Geschichte aufzuhalten, die Positionen des Sozialismus zu erschüttern und soziale Revanche im Weltmaßstab zu nehmen“³⁾.

Diese eher traditionalistische Analyse des „Imperialismus“ und dessen Charakterisierung als gewalttätig und aggressiv macht trotz des augenfälligen Widerspruchs zu den auf Kooperation mit dem Westen angelegten operativen Aussagen gerade in ihrer Ambivalenz durchaus einen Sinn. Auf der einen Seite soll damit nachdrücklich die Überlegenheit des eigenen Systems betont sowie die Notwendigkeit unterstrichen werden, daß die im Warschauer-Pakt/RGW-System vereinte Staatengemeinschaft gegen westliche Strategien einer Spaltung der sozialistischen Länder und einer globalen „sozialen Revanche“ gegenüber dem Sozialismus geschlossen und einheitlich zusammenstehen muß. Diese Notwendigkeit wird (in der Programm-Neufassung) nicht zuletzt damit begründet, daß die sozialistische Gemeinschaft „das Haupthindernis für die imperialistische Reaktion“ und „ein sicheres Bollwerk des Friedens auf der Erde“ bildet. Gleichzeitig dient der implizite Hinweis auf Vitalität und Innovationskraft des Westens der neuen Sowjetführung dazu, die Kurskorrektur gegenüber jener außen-

¹⁾ Prawda vom 7. März 1986. Zu den internationalen Beziehungen der Sowjetunion unter Gorbatschow vgl. J. Hough, Gorbachev's Strategy, in: Foreign Affairs, (1985) 1, S. 33—55; S. Bialer/J. Afferica, The Genesis of Gorbachev's World, in: Foreign Affairs, (1986) 3, S. 605—644; B. Meissner, Die Sowjetunion vor dem XXVII. Parteikongreß der KPdSU, in: Europa-Archiv, (1986) 3, S. 59—68; sowie meine Analyse: Gorbatschow zeigt außenpolitisches Profil: Kurskorrekturen oder Konzeptionswandel?, in: Osteuropa, (1986) 1, S. 3—21.

²⁾ Prawda vom 7. März 1986 bzw. vom 26. Februar 1986. Die folgenden Hinweise auf die Programm-Neufassung bzw. auf Aussagen und Einschätzungen Gorbatschows beziehen sich, soweit nicht anders vermerkt, auf diese beiden Quellen.

³⁾ Vgl. dazu W. Berner/F. Oldenburg/H. Timmermann, Außenpolitik und internationale Beziehungen im Entwurf der Neufassung des KPdSU-Programms, in: Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, (1985) 38.

und sicherheitspolitischen Linie zu motivieren, die Moskau in der späten Breschnew-Ära und in der Periode des Interregnums unter Andropow und Tschernenko verfolgt hatte. Kontinuität in der Außenpolitik habe nichts gemein mit der einfachen Wiederholung des Gehabten, heißt es bei Gorbatschow. Vielmehr bedürfe es „einer besonderen Genauigkeit bei der Einschätzung der eigenen Möglichkeiten“ sowie „der Zurückhaltung und des höchsten Verantwortungsbewußtseins bei Entscheidungen“.

Kennzeichen der bis dahin verfolgten außenpolitischen Linie Moskaus war in der Tat ein Denken und Handeln, das im Verhältnis zur konkurrierenden Supermacht USA zunehmend die militärische Komponente akzentuierte. Als die Reagan-Administration ihrerseits mit einer Politik der Stärke antwortete, schlug die Sowjetunion 1983/84 unter Federführung von Außenminister Gromyko bewußt einen Kurs umfassender Kommunikationsverweigerung — von dem nur die Wirtschaftsbeziehungen ausgenommen blieben — mit dem Westen ein⁴⁾. Unterstützt wurde er dabei von Politbüromitglied und Verteidigungsminister Ustinow sowie von Politbüroandidat Ponomarjow, dem als ZK-Sekretär die Aufsicht über den ZK-Auslandsapparat oblag. Gedacht

als Demonstration der Unbeugsamkeit und Härte gegenüber dem „Imperialismus“, drohte die Konzentration auf die Verteidigung der Festung Sowjetunion nach *außen* jetzt die bereits unter Andropow anvisierte *innere* Dynamisierung insbesondere im Hinblick auf eine Modernisierung der Wirtschaft in den Hintergrund zu drängen. Damit aber lief die UdSSR Gefahr, noch weiter hinter die vor allem in wirtschaftlich-militärischer Hinsicht als sehr dynamisch eingeschätzten westlichen Industriestaaten mit den USA an der Spitze zurückzufallen.

Gorbatschow hatte frühzeitig erkannt, daß die von Breschnew und Gromyko betriebene Militarisierung der Außenpolitik im Innern keine wirtschaftlichen Fundamente mehr hatte. Bereits vor seinem Amtsantritt hatte er unterstrichen, daß die UdSSR nur dann „in das neue Jahrtausend als eine große und gedeihende Macht eintreten“ könne, wenn sie im Innern eine radikale Wende vollziehe und sich dabei auf die Modernisierung der Wirtschaft konzentriere. Schließlich seien es die Erfolge in der Wirtschaft, durch die der Sozialismus seinen stärksten Einfluß auf die globalen Entwicklungen ausübe, betonte Gorbatschow damals in Anknüpfung an Andropow (der sich dabei seinerseits auf Lenin berief)⁵⁾.

II. Anstöße für ein strategisches Umdenken

Der 27. Parteitag hat nicht nur diese Einschätzung über den engen Zusammenhang von Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik bestätigt, die den Anstoß zu einer umfassenden Kurskorrektur gegenüber dem Westen mit dem Ziel kooperativer Beziehungen gab. Als für die Zukunft noch einschneidender könnte sich die Tatsache erweisen, daß der Kongreß darüber hinaus Gorbatschows Forderung nach einem militär-strategischen Umdenken zustimmte und entsprechende Programmrevisionen sanktionierte. Angesichts des Charakters moderner Massenvernichtungswaffen müsse man ein für allemal mit überkommenen Denk- und Handlungsweisen brechen, die Kriege als zulässiges Mittel der Politik betrachteten und Sicherheit nur bei militärischer Überlegenheit der eigenen Seite garantiert sähen, betonte der Generalsekretär. Da Nuklearkriege nicht mehr gewinnbar seien, angesichts der Fehlerhaftigkeit der Militärtechnik und der Kürze der Entscheidungsfristen aber dennoch ausbrechen könnten, nehme die Gewährleistung der Si-

cherheit immer mehr den Charakter einer *politischen* Aufgabe an. Dabei bot Gorbatschow umfassende Kontrollen vor Ort an und bezeichnete sie sogar als das „wichtigste Element der Abrüstung“. Indem Gorbatschow darauf verwies, daß Sicherheit nur „gegenseitig“ (im Verhältnis zu den USA) und nur „allgemein“ sein könne (in den internationalen Beziehungen insgesamt), griff er sogar ein zentrales Element der westlichen Sicherheitsphilosophie auf.

Nun sind Worte noch nicht mit Taten gleichzusetzen, wie die Sprecher der Sowjetunion selbst häufig den Amerikanern vorhalten. Dennoch werden hier zum Teil neue Denkmuster erkennbar, die es Wert sind, vom Westen auf ihre Substanz hin geprüft zu werden. Das gilt auch für die Feststellung des Generalsekretärs, wonach sich in der Verknüpfung von Wettbewerb und Wettstreit der beiden Systeme „eine widersprüchliche, aber in wechselseitigen Abhängigkeiten zusammengehörige, in vielem ganzheitliche Welt“ herausbilde. Eine solche „wechselseitige Abhängigkeit“

⁴⁾ Vgl. dazu L. Jung, Sowjetische Außenpolitik im Umbruch?, in: Deutsche Studien, (1985) 89, S. 29—45.

⁵⁾ Prawda vom 11. Dezember 1984.

oder Interdependenz (russisch: *vsaimosavisi-most'*) ist im Grunde mehr als nur eine Variante der Leninschen „friedlichen Koexistenz“, die ihrerseits in der Programm-Neufassung als Wettbewerb der Systeme definiert wird und nicht mehr wie in der Ursprungsfassung von 1961 als „spezifische Form des Klassenkampfes“⁶⁾. Während die „friedliche Koexistenz“ die Beziehungen zwischen den *einander gegenüberstehenden* Systemen und Blöcken regelt und dabei nur auf den Einsatz physischer Gewaltmittel verzichtet, strebt die Interdependenz eine system- und blockübergreifende, umfassende und langfristig angelegte Zusammenarbeit zwischen Ost und West an. Obwohl sich Gorbatschow immer wieder auf Lenin beruft, um seine Linie als konsequente Weiterentwicklung der Leninschen Grundkonzeptionen darzustellen, bilden die Vorstellung vom Abschluß gegenseitig annehmbarer *Kompromisse* zwischen Ost und West und der Verweis auf die *wechselseitigen Abhängigkeiten* in einer ganzheitlichen Welt eigentlich einen Bruch mit den Ideen und Positionen des Gründungsaters der Sowjetunion.

In der Sowjetführung selbst wurden die außenpolitischen Konzeptionsänderungen des neuen Generalsekretärs teilweise mit erheblicher Skepsis aufgenommen — insbesondere von Gromyko, der die Leitung des Außenministeriums nach 28jähriger Amtszeit im Juni 1985 an den Gorbatschow-Vertrauten Schewardnadse hatte abgeben müssen. In seiner Parteitagrede malte Gromyko den „Imperialismus“ in den schwärzesten Farben und sprach ihm faktisch den Willen zum Interessenausgleich ab, indem er ihn beschuldigte, die Sowjetunion vor die Alternative Systemwandel oder Krieg zu stellen⁷⁾. Politbüromitglied Schtscherbikizj wiederum, als alter Anhänger Breschnews überraschend in seinem Amt bestätigt, klagte die Amerikaner auf dem Parteitag an, die Genfer Abrüstungsverhandlungen durch zahlreiche Vorbehalte und Bedingungen zu „blockieren“⁸⁾. Auch er gab damit, wie schon zuvor auf der Tagung des Obersten Sowjet nach Genf⁹⁾, seine Zurückhaltung gegenüber der Gipfeldiplomatie Gorbatschows zu erkennen.

Angesichts dieses inhaltlichen Widerstandes von Teilen der Führung gegen eine außenpolitische Wende vermied Gorbatschow — anders als bei der Innen- und Wirtschaftspolitik — jede direkte Kritik am bisherigen Kurs in den internationalen Beziehungen. Ohnehin dürfte jeder ge-

wußt haben, wer gemeint war, als Gorbatschow bereits zuvor die Fähigkeit der Partei angemahnt hatte, in der Außenpolitik „rechtzeitig Veränderungen in der Lage zu berücksichtigen, der Wirklichkeit unvoreingenommen ins Auge zu blicken, das Geschehen objektiv zu bewerten und auf die Forderungen des Augenblicks flexibel zu reagieren“¹⁰⁾. Statt dessen ging es dem Generalsekretär vorrangig um zwei Dinge: um die Durchsetzung seiner politischen Linie im ZK-Auslandsapparat (der in den letzten Jahren zunehmend an Eigengewicht gewonnen hatte)¹¹⁾ sowie um die demonstrative Unterordnung des Militärs unter den Willen der Partei (was auch als Signal an den amerikanischen Gesprächspartner gedacht war).

In beiden Punkten konnte Gorbatschow Erfolge verbuchen. Möglicherweise schließt die geplante Neuordnung des ZK-Apparats auch eine radikale Umgliederung und Umorientierung seiner mit Außenbeziehungen befaßten Abteilungen ein. Die Ersetzung von ZK-Sekretär Ponomarjow durch den Karrierediplomaten Dobrynin in der Aufsicht über diese Abteilungen deutet darauf hin, daß der Auslandsapparat der KPdSU besser als zuvor auf die Bedürfnisse der sowjetischen Diplomatie zugeschnitten werden soll. In dieses Bild passen Gerüchte, wonach ursprünglich sogar Außenminister Schewardnadse die dann Dobrynin übertragene Position übernehmen sollte. Ein weiteres Indiz für diese Tendenz ist darin zu sehen, daß die Aufgaben der von dem Breschnew-Vertrauten Samjatin geleiteten und jetzt aufgelösten Abteilung für Auslandsinformation offenbar auf die Propagandaabteilung unter Jakowlew übergegangen sind. Dieser ist stark an der konzeptionellen Neuausrichtung der sowjetischen Außenpolitik unter Gorbatschow beteiligt. Beide, Dobrynin und Jakowlew, wurden von dem neuen Zentralkomitee zu ZK-Sekretären gewählt und gelangten damit in den inneren Führungskreis der KPdSU.

Was das Militär anbelangt, so wurde nicht Verteidigungsminister Sokolow in den Rang eines Politbüro-Vollmitglieds erhoben (er blieb Kandidat), sondern der für die Rüstungsindustrie zuständige ZK-Sekretär Saikow. Dies spricht eher

⁶⁾ Das Programm von 1961 findet sich in: Prawda vom 2. November 1961.

⁷⁾ Prawda vom 27. Februar 1986.

⁸⁾ Ebd.

⁹⁾ Prawda vom 28. November 1985.

¹⁰⁾ In seiner ZK-Rede zur Begründung der Programmrevision, Prawda vom 16. Oktober 1985.

¹¹⁾ Vgl. dazu W. Berner, Gorbatschow: Neuer Manager für die sowjetische Weltmacht, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.), Sowjetunion 1984/85, München 1985, S. 223—245, hier S. 231 ff. Diesen Tatbestand bestätigte Schewardnadse, indem er auf dem Parteitag forderte, auch die „außenpolitischen Institute“ dürften nicht von offener Kritik und Selbstkritik ausgenommen bleiben, Prawda vom 2. März 1986.

für eine Stärkung des Parteieinflusses auf das Militär als umgekehrt. Sokolow selbst verwies in seiner Kongreßrede mehrfach auf die Führungsrolle der Partei¹²⁾. Damit bekräftigte er freilich nur eine Aussage, die sich bereits in Chruschtschows Parteiprogramm von 1961 findet (und in die jetzt verabschiedete Neufassung übernommen wurde). In ihrer Zuspitzung neu dagegen ist die den Vorrang der politischen Instanzen zusätzlich präzisierende, sofort anschließende Feststellung der Programm-Neufassung: „Unter Führung der Partei werden die Verteidigungs- und Sicherheitspo-

litik des Landes sowie die sowjetische *Militärdoktrin*, die ausgeprägten Verteidigungscharakter besitzt und auf den Schutz gegen einen Angriff von außen gerichtet ist, *ausgearbeitet* und *durchgesetzt*“ (Hervorhebungen durch den Verfasser). Die Vermutung liegt nahe, daß die Militärs seit der späten Breschnew-Phase einen aus der Sicht der neuen Parteiführung zu starken Einfluß auf die Ausarbeitung der Militärdoktrin — und damit auf die Außen- und Sicherheitspolitik überhaupt — gewonnen hatten, denn sonst hätte es einer solchen Präzisierung kaum bedurft.

III. Vorrang für die Beziehungen zu den USA

Angesichts der in Genf wiederaufgenommenen Gipfeldiplomatie zwischen Moskau und Washington¹³⁾ standen im Mittelpunkt der außen- und sicherheitspolitischen Diskussion des Parteitags eindeutig die Beziehungen zu den USA — ganz im Gegensatz zu früheren Mahnungen Gorbatschows, das Verhältnis zum Westen nicht allein durch das Prisma ebendieser Beziehungen zu sehen (wie es Gromyko getan hatte). Bereits in Genf hatte der Generalsekretär auf die „gewaltige Rolle“ beider Staaten in der Weltpolitik und die „riesige Verantwortung“ verwiesen, die ihnen daraus für die Sicherung des Friedens erwachsen¹⁴⁾. Um dem Entspannungsprozeß neue Impulse zu geben und darüber hinaus dem Parteitag die Richtung zu weisen, hatte er noch im Januar 1986 einen umfassenden Vorschlag zur nuklearen Abrüstung vorgelegt, der in einem dreistufigen Prozeß die völlige Beseitigung aller Nuklearwaffen bis zum Jahr 2000 vorsieht¹⁵⁾.

Diese diplomatische Offensive gegenüber den USA ist einerseits — über den intendierten Vorrang für die Wirtschaftsmodernisierung hinaus — sicher das Ergebnis des von Gorbatschow geforderten „Umdenkens“ über den Charakter moderner Kriege. Andererseits wurzelt sie aber auch in der Erkenntnis, daß ohne ein Arrangement mit den Vereinigten Staaten als dem zugleich wichtigsten Gegner und begehrtesten Kooperationspartner die militär-strategische Parität im Verhältnis zu den USA nicht erhalten werden könnte. Gerade die Erringung dieser Parität aber wurde auf dem Parteitag als großer Erfolg gefeiert, und man

dürfte es Gorbatschow kaum verzeihen, wenn er sie wieder verspielen würde.

Auf dem Parteitag wiederholte Gorbatschow daher die Angriffe gegen das amerikanische „Sternenkriegs“-Programm“, bei dessen Realisierung das Wettrüsten weiter angeheizt werde. Zwar gibt man sich in Moskau überzeugt davon, daß sich das Gesamtprogramm so nicht realisieren lasse und daß die sowjetischen Gegenmaßnahmen „effektiv und weniger kostspielig“ sein würden und sich „in kürzesten Fristen verwirklichen“ ließen¹⁶⁾. Gleichwohl scheint man die Möglichkeit einer Stationierung von Teilsystemen des SDI-Programms nicht auszuschließen und zu befürchten, daß auch dies in Verbindung mit dem Ausbau des nuklearstrategischen Potentials zu einem militärstrategischen Übergewicht der Amerikaner führen könnte.

Die Unnachgiebigkeit der US-Administration im Hinblick auf SDI und ihre massiven Vorbehalte gegenüber dem sowjetischen Drei-Stufen-Abrüstungsplan brachten Gorbatschow in eine — auf dem Parteitag spürbare — schwierige Lage. Sie wurde noch dadurch kompliziert, daß er selbst die USA als „Lokomotive des Militarismus“, als ein vom „Militär-Industrie-Komplex“ stark beeinflusstes System des „monopolistischen Totalitarismus“ charakterisierte — als ein System also, das den Akzent eher auf Wettrüsten und Überlegenheitsstreben legt als auf Abrüstung und Interessenausgleich. Mußte er damit nicht unter zusätzlichen Druck jener geraten, die seinen außenpolitischen Neuorientierungen von vornherein skeptisch gegenübergestanden hatten und nun wenigstens erste konkrete Ergebnisse sehen wollten?

Gorbatschow kam diesen Stimmungen insofern entgegen, als er den von ihm selbst nach Genf

¹²⁾ Prawda vom 2. März 1986.

¹³⁾ Hierzu H. Adomeit, Sowjetisch-amerikanische Beziehungen unter Gorbatschow, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/86, S. 16—27.

¹⁴⁾ Pressekonferenz im Anschluß an das Genfer Gipfeltreffen, Prawda vom 22. November 1985.

¹⁵⁾ Der Vorschlag ist abgedruckt in: Prawda vom 16. Januar 1986.

¹⁶⁾ Pressekonferenz in Genf (Anm. 14).

genährten Optimismus dämpfte und betonte, daß sich die Zukunft der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen „nur sehr schwer voraussagen“ ließe. Er erweckte sogar den Eindruck, als werde das für 1986 vorgesehene zweite Gipfeltreffen mit Reagan nur dann zustande kommen, wenn dabei konkrete Vereinbarungen über einen nuklearen Teststopp und die Beseitigung der jeweiligen Mittelstreckenraketen in Europa getroffen würden.

Gleichzeitig unterstrich der Generalsekretär jedoch, daß man für den Frieden „beharrlich und zielstrebig kämpfen“ und dabei „jede auch noch so geringe Chance suchen, finden und ergreifen“ müsse. Damit signalisiert er, daß es sich bei der außenpolitischen Neuausrichtung Moskaus um ein Langfristprogramm handelt. Offenbar hofft er, der US-Administration durch weitere detaillierte Darlegungen möglicher sowjetischer Gegenmaßnahmen SDI schließlich doch noch ausreden zu können. Auch scheint er dabei über Reagan hinauszudenken und darauf zu setzen, daß kommende Administrationen nicht zuletzt angesichts der riesigen Haushaltsdefizite das Programm als zu kostspielig stoppen werden. Jedenfalls fällt auf, daß sich sowjetische Wissenschaftler intensiv mit der Frage befassen, ob die Reagan tragende konservative Grundströmung in der amerikanischen Gesellschaft auch nach dessen Ausscheiden vorherrschend bleiben wird oder ob sich ein Umschwung zugunsten der in Moskau als flexibler und kompromißbereiter eingeschätzten Demokraten abzeichnet¹⁷⁾.

Die Konzentration des Parteitag auf die Beziehungen zu den USA rückte die Aufmerksamkeit für *Westeuropa* und *Japan*, denen die Sowjetführung als aufkommenden „neuen Machtzentren“ im Westen wachsende Bedeutung beimißt, eher in den Hintergrund. In keinem Kongreßdokument wird die von Gorbatschow erstmals im Mai 1985 unterstrichene Bereitschaft wiederholt, die Europäische Gemeinschaft nicht nur als wirtschaftliche, sondern auch als *politische* Einheit zu akzeptieren und mit ihr „nach einer gemeinsamen Sprache auch in bezug auf konkrete internationale Probleme zu suchen“¹⁸⁾. In einem kurzen Absatz seines Berichts ließ es der Generalsekretär bei der allgemeinen Aufforderung bewenden, zu einer Phase der „reifen Entspannung“ und dann zur Schaffung einer „zuverlässigen Sicherheit“

¹⁷⁾ Vgl. dazu S. Bialer/J. Afferica (Anm. 1), S. 632 f.

¹⁸⁾ So Gorbatschow während des Besuchs des italienischen Ministerpräsidenten Craxi in Moskau, *Prawda* vom 30. Mai 1985.

auf der Grundlage einer „radikalen Reduzierung nuklearer und konventioneller Rüstungen“ überzugehen. Etwas deutlicher wurde Außenminister Schewardnadse, indem er die Westeuropäer dazu aufrief, „ihre Stimme zu erheben und ihr Profil zu zeigen“¹⁹⁾. Dieser Aufruf würde sicher mehr Resonanz finden, wenn die Sowjets ihren Stufenplan zur *nuklearen* Abrüstung mit einem überzeugenden Konzept für eine schrittweise Reduzierung *konventioneller* Waffen verbänden. Hierzu wurden jedoch auf dem Parteitag keine neuen Vorstellungen entwickelt.

Bemerkenswerterweise ging Gorbatschow in seinem Bericht mit keinem Wort auf die Beziehungen zum dritten „Machtzentrum“ Japan ein, die nach einer zehnjährigen Phase sowjetischen Desinteresses mit dem Tokio-Besuch von Schewardnadse im Januar 1986 neue Impulse erhalten hatten. Immerhin betonte er, daß der *asiatisch-pazifischen Region* für die UdSSR „immer größere Bedeutung“ zukomme. Neben außenpolitischen Überlegungen spielt dabei möglicherweise auch die anvisierte Intensivierung der Wirtschaftsentwicklung in den östlichen Regionen der Sowjetunion eine Rolle, wie sie der RSFSR-Ministerratsvorsitzende (und Politbüromitglied) Worotnikow in seiner Parteitagsrede ankündigte²⁰⁾. Wenn die KPdSU-Führung hofft, hierzu in breitem Umfang das wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Potential der Japaner heranziehen zu können, so müßte sie allerdings größere Flexibilität hinsichtlich der 1945 von den Sowjets besetzten südlichen Kurileninseln zeigen, als es Schewardnadse in Tokio tat.

Auch im Verhältnis zu China zeichnete sich trotz Gorbatschows Hinweis auf „gewisse Verbesserungen“ und „gewaltige Reserven“ in den gegenseitigen Beziehungen auf dem Parteitag kein Durchbruch ab. Dadurch, daß er weitere Verbesserungen an die Voraussetzung knüpfte, diese dürften nicht zu Lasten von Drittländern erfolgen, trug er sogar zu einer erneuten Verhärtung bei. Mit Drittländern sind die Mongolei, Afghanistan und Vietnam gemeint, so daß das Wiederaufgreifen der „Drittstaatenklausel“ zugleich eine Absage an die chinesische Forderung nach Beseitigung der bekannten „drei Normalisierungshindernisse“ durch Moskau darstellt²¹⁾.

¹⁹⁾ *Prawda* vom 2. März 1986.

²⁰⁾ *Prawda* vom 27. Februar 1986.

²¹⁾ Vgl. dazu D. Heizing, Sowjetische Chinapolitik unter Gorbatschow: Keine Verbesserung der politischen Beziehungen, in: Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, (1986) 8.

IV. Probleme im Verhältnis zu Osteuropa

Wenn Gorbatschow auf die Beziehungen Moskau zu den Ländern des Warschauer-Pakt/RGW-Systems sowohl im „Politischen Bericht“ als auch in seinem Schlußwort²²⁾ erst im Anschluß an seine Ausführungen zum Westen einging, so signalisiert dies keine prinzipiellen Änderungen im Prioritätensystem der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik. Vielmehr ist dies eher Ausdruck der Bedeutung, die die neue Sowjetführung ihrer Entspannungsoffensive gegenüber dem Westen gegenwärtig beimißt. Tatsächlich ließ auch Gorbatschow auf dem Parteitag keinen Zweifel daran, daß für ihn ebenso wie für seine Vorgänger die Hegemonie im Warschauer-Pakt/RGW-System die Grundlage für die sowjetische Weltmachtposition bildet. Nicht zufällig steht daher im internationalen Teil der — langfristig angelegten — Programm-Neufassung der Abschnitt über die „Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern“ an erster Stelle. Die Frage war nur, wie der Kongreß diese Zusammenarbeit definieren würde, hatte es doch hierzu seit der Interregnumsperiode bis in die Gegenwart hinein aus dem ZK-Auslandsapparat und der politischen Publizistik unterschiedliche Signale gegeben.

Die Antwort auf diese Frage ist auch auf dem KPdSU-Kongreß nicht eindeutig ausgefallen und konnte es im Grunde auch gar nicht. Moskau steht hier nämlich in einer objektiven Dilemmasituation, die von einem westlichen Experten kurz und präzise wie folgt umrissen wurde: „Eine Sowjetpolitik, die Orthodoxie und Kohäsion fördert, arbeitet jenen entgegen, die sich für Stabilität und gangbare Wege einsetzen.“²³⁾ In dieser Situation suchte die Sowjetführung in ihrem Verhältnis zu den osteuropäischen Blockpartnern ein flexibles Konzept zu entwickeln, das ihr für die Zukunft alle Optionen auf bilateraler und multilateraler Ebene offenläßt:

— Einerseits plädiert sie für die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft, für die Einhaltung der „allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung des Sozialismus“, wobei als wichtigste „Triebkraft“ in diese Richtung jetzt erstmals auch im Programm die allseitige Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Parteien der Bruderländer herausgehoben wird. Über die seit Anfang der sieb-

ziger Jahre kontinuierlich ausgebauten Treffen der ZK-Sekretäre für Propaganda, Organisation, Internationales und (ab 1985) Wirtschaft hinaus kündigte Gorbatschow die Veranstaltung regelmäßiger „multilateraler Arbeitstreffen der führenden Repräsentanten der Bruderländer“ an, die er als „zentrale Einrichtung“ mit der Aufgabe beschrieb, die Probleme des sozialistischen Aufbaus in seinen „inneren und äußeren Aspekten operativ und kameradschaftlich zu beraten“. Andererseits verweist das Programm in seiner Neufassung aber auch auf die „Mannigfaltigkeit der Welt des Sozialismus“, tritt es ein für die „Berücksichtigung der Lage und der Interessen jedes Landes“. Sicher nicht zufällig verwiesen der Ungar Szürös und der Pole Jaruzelski in ihrer Einschätzung des Parteitags gerade auf diese Passagen²⁴⁾.

— Einerseits drängt die Sowjetführung mit Nachdruck auf eine Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rahmen des RGW, insbesondere im Hinblick auf eine „abgestimmte wissenschaftlich-technische Politik“. Zu diesem Ziel schlug Gorbatschow sogar eine Veränderung in der Funktionsweise des RGW — weg von der Bürokratie der Kommissionen, hin zu Direktbeziehungen zwischen den Unternehmen einzelner Mitgliedsländer — vor, d. h., er möchte in der RGW-Kooperation stärker auf ökonomische Hebel setzen, allerdings unter verstärkter sowjetischer Federführung. Von alledem verspricht sich Moskau nicht nur wichtige Impulse für die Modernisierung der eigenen Wirtschaft, sondern bezweckt damit nach Aussagen von Ministerpräsident Ryschkow auch eine verstärkte „technisch-ökonomische Unverwundbarkeit gegen imperialistische Aktionen“²⁵⁾. Die Strategie eines vorrangigen Vertrauens in die eigenen Kräfte soll jedoch verbunden werden mit der „Entwicklung umfassender, langfristiger und stabiler Beziehungen zwischen den Staaten (beider Systeme) auf den Gebieten von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik“, heißt es in der Neufassung des KPdSU-Programms. Diese Position, die sich aus einem starken Eigeninteresse Moskaus an westlicher Technologiezufuhr ergibt, legitimiert zugleich die Konzepte jener Bruderländer, die wie die DDR und Ungarn ihren Westhandel eher noch weiter ausbauen möchten.

²²⁾ Prawda vom 7. März 1986.

²³⁾ S. Bialer/J. Afferica (Anm. 1), S. 629; vgl. hierzu auch W. Berner/Ch. Meier et al., Sowjetische Vormachtspolitik und Autoritätskrise in Osteuropa, in: BIOst (Hrsg.) (Anm. 11), S. 279—303.

²⁴⁾ Magyar Ta'virati Iroda (Ungarische Nachrichtenagentur), Budapest, vom 8. März 1986 bzw. Polska Agencja Prasowa (Polnische Presseagentur), Warschau, vom 15. März 1986.

²⁵⁾ Prawda vom 4. März 1986.

— Einerseits drängte Gorbatschow seit dem Tage seines Amtsantritts nachdrücklich auf eine rasche Verlängerung des Warschauer Vertrags, der das wichtigste Instrument Moskaus zur Durchsetzung seines außen- und sicherheitspolitischen Kurses bei den Bündnispartnern bildet²⁶). Tatsächlich wurde der Vertrag im April 1985 — zu sowjetischen Bedingungen — um weitere 20 Jahre verlängert und erlebte damit gleichsam seine „zweite Geburt“, wie der Generalsekretär auf dem Parteitag mit Genugtuung betonte. Andererseits ist es bemerkenswert, daß die führenden Repräsentanten der Mitgliedsländer des Warschauer Paktes seit Gorbatschows Amtsübernahme bis zum Parteitag insgesamt viermal zusammentrafen, darunter zweimal im Kontext des Genfer Gipfeltreffens.

Wollen die Sowjets mit dieser Inflationierung der Warschauer-Pakt-Spitzenbegegnungen lediglich den Druck auf die Verbündeten mit dem Ziel verstärken, deren Außen- und Sicherheitspolitik nach einer Phase latenter Fragmentierung des Paktes während des Interregnums wieder vorbehaltlos auf die Moskauer Linie auszurichten? Oder drückt sich darin eine sowjetische Bereitschaft aus, den kleineren Staaten bei der Ausarbeitung des gemeinsamen Kurses gewisse Konsultationschancen einzuräumen, wie es Schewardnadse in seinem Kongreßbeitrag mit dem Hinweis auf den „produktiven Meinungs-austausch“ unter den Bündnispartnern und die „gründlich durchdachte Koordinierung der gemeinsamen Aktionen“ suggerierte²⁷)?

Möglicherweise hat die neue Sowjetführung hier gewisse Konsequenzen aus der Tatsache gezogen, daß es gerade die harte Gromyko-Linie der Kommunikationsverweigerung und der Konfrontation mit dem Westen gewesen war, die — von Moskau diktiert und im Bündnis nicht abgesprochen — zur politischen Fragmentierung im strategischen Vorfeld der UdSSR beigetragen und einzelne Länder zur Betonung besonderer Eigen-

interessen sogar auf dem Gebiet der *Sicherheitspolitik* veranlaßt hatte.

In allen drei Beispielen drückt sich die wachsende Erkenntnis der KPdSU-Führung aus, daß sich das Sowjetimperium mit den traditionellen Mitteln forciert Angleichung der inneren Strukturen an das sowjetische Gesellschaftsmodell und mit der fugenlosen Einbindung der osteuropäischen Länder in die sowjetische Globalstrategie nicht länger erfolgreich kontrollieren und lenken läßt. Nicht zufällig sprach Gorbatschow daher von der Notwendigkeit, gegenüber den Erfahrungen der Bruderstaaten eine „rücksichtsvolle Haltung“ einzunehmen und zur Vermeidung von Interessenkollisionen „selbst für die schwierigsten Probleme Lösungen zu finden die für alle Beteiligten akzeptabel sind“.

Als Ausweg aus der erwähnten Dilemmasituation gegenüber dem Warschauer-Pakt/RGW-System schwebt der Sowjetführung offenbar ein Konzept vor, bei dem in Zukunft „organischere“, d. h. weniger krisenanfällige und besser koordinierte Wechselbeziehungen zwischen den Mitgliedern dieses Staatensystems hergestellt werden. Unter der Voraussetzung, daß die Führungen in Osteuropa die Grundkonzeptionen der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik unterstützen, aktiv und vorrangig zur Erfüllung der wirtschaftlichen Modernisierungsprogramme beitragen, innere Stabilität gewährleisten und die von Moskau gezogenen Systemgrenzen nicht überschreiten — unter dieser Voraussetzung scheint die neue Sowjetführung bereit, ihren Bündnispartnern einen an den jeweiligen spezifischen Traditionen, Bedingungen und Interessen orientierten inneren und äußeren Handlungsspielraum einzuräumen.

Ob ein solches Konzept in der politischen Praxis realisierbar ist, muß die Zukunft zeigen. Hierüber werden nicht zuletzt Art und Umfang des Einflusses Auskunft geben, den Moskau bei den nicht fernen Wachablösungen an der Spitze der Parteiführungen in Bulgarien, Ungarn, der Tschechoslowakei und der DDR ausübt.

V. Neugewichtung der „Kräfte des Fortschritts“

Mit 153 Gastdelegationen aus 123 Ländern konnte der 27. Parteitag den Umfang der auswärtigen Repräsentanz noch einmal erheblich steigern — zum 26. Parteitag der KPdSU (1981) hatten 123 Parteien und Organisationen Delegatio-

nen entsandt. Von den kommunistischen Staatsparteien fehlten nur die (eingeladenen) Chinesen und die (nicht eingeladenen) Albaner, während die von Moskau anerkannten nichtregierenden Kommunistischen Parteien vollzählig erschienen waren. Darüber hinaus waren vertreten: 37 Parteien und Bewegungen sozialrevolutionären und national-demokratischen Typs, 21 sozialistische und sozialdemokratische Parteien (darunter 15

²⁶) Vgl. hierzu C. Gasteyer, *Dreißig Jahre Warschauer Pakt*, in: *Osteuropa*, (1986) 2, S. 102—111.

²⁷) *Prawda* vom 2. März 1986.

Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale) und sogar zwei nichtsozialistische Formationen (die Kongreßpartei Indiens und die Zentrumspartei aus Finnland). Die Sowjets versäumten es nicht, auf diesen quantitativen Aspekt hinzuweisen, um damit Aufschwung und Attraktivität des Kommunismus als ideelle Kraft und politisch dynamische Bewegung zu dokumentieren. In der Einschätzung dieser Strömungen und ihrer Relevanz für die sowjetische Politik nahmen die Kongreßdokumente freilich teilweise bemerkenswerte Neuakzentuierungen vor.

Was das *kommunistische Parteiensystem* betrifft, so griff Gorbatschow die generelle Feststellung der Programm-Neufassung auf, wonach die KPdSU „Bestandteil der internationalen kommunistischen Bewegung“ ist. Damit trat er all jenen entgegen, die wie die Italienische KP, der Bund der Kommunisten Jugoslawiens und im Grunde auch die KP Chinas die Vorstellung von der Existenz einer solchen Bewegung heute für überholt halten und einen „neuen Internationalismus“ im Zeichen einer gleichberechtigten Zusammenarbeit *aller* Fortschrittskräfte propagieren²⁸). Interessanterweise verzichtete er in seinem Bericht aber gleichzeitig auf eine Unterstreichung jener Programmpassage, derzufolge der sowjetische Führungsanspruch mit dem scharfen Schwert des Kampfes gegen „Dogmatismus und Revisionismus, gegen alle Einflüsse der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiterklasse“ verteidigt wird.

In kaum verhüllter Distanzierung von traditionalistischen Konzeptionen in den eigenen Reihen betonte Gorbatschow statt dessen, daß die kommunistische Bewegung nunmehr in eine „qualitativ andere Entwicklungsstufe eingetreten“ sei und daß der Kampf für die gemeinsamen Ziele nichts mit „Uniformität“, „Hierarchie“ oder dem „Anspruch einer Partei auf den Monopolbesitz der Wahrheit“ zu tun habe. Schon zuvor, anläßlich seiner Begründung der Programmrevision, hatte Gorbatschow in bemerkenswertem Anklang an Togliatti, den für mehr Autonomie der Einzelparteien werbenden langjährigen Generalsekretär der IKP, von der „dialektischen Einheit in der Vielfalt“ in dem gesamten Organismus der für Frieden und Fortschritt kämpfenden Kräfte gesprochen²⁹). Das seit 1981 ins Auge gefaßte Projekt einer vierten kommunistischen Weltkonferenz kam auf dem Parteitag überhaupt nicht mehr zur Sprache.

Die bereits erwähnte Ablösung des Komintern-Veteranen Ponomarjow durch den Karrierediplomaten Dobrynin in der Aufsicht über den ZK-Auslandsapparat bringt diesen pragmatischen Ansatz der neuen KPdSU-Führung im Verhältnis zu den Westkommunisten auch personell deutlich zum Ausdruck. Bei diesem Ansatz geht es Moskau offenbar weniger um die Wahrung der sowjetisch definierten ideologischen Orthodoxie im kommunistischen Parteiensystem (Stichwort „Weltrevolution“) als um eine möglichst breite Unterstützung der von der UdSSR eingeleiteten diplomatischen Offensive gegenüber dem Westen. Unter diesem Aspekt haben die nichtregierenden kommunistischen Parteien gegenüber anderen, daheim oft weit einflußreicheren Fortschrittskräften — den nationalrevolutionären Parteien in der Dritten Welt, der internationalen Sozialdemokratie und selbst den neuen sozialen Bewegungen im Westen — in den Augen der Sowjetführung offensichtlich überhaupt an Bedeutung verloren.

Darauf verweist nicht zuletzt die wachsende Aufmerksamkeit für die *Sozialisten*. Obwohl die Erfahrungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten „ungleichartig und ungleichwertig“ seien, heißt es bei Gorbatschow, sei das unvoreingenommene Kennenlernen der jeweiligen Positionen insbesondere im Hinblick auf „die Aktivierung des Kampfes für Frieden und internationale Sicherheit“ zweifellos nützlich. In der Programm-Neufassung wird die Sozialdemokratie sogar im Abschnitt „Internationale Arbeiter- und kommunistische Bewegung“ abgehandelt — anders als im ursprünglichen Programm von 1961. Damals galten die „Rechtsozialisten“ noch wie in den Zeiten der Komintern als „wichtigste ideologische und politische Stütze der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung“ und waren folgerichtig in den Abschnitt über den „Kampf gegen die bürgerliche und reformistische Ideologie“ eingeordnet worden³⁰). Dieses Werben um die Parteien der Sozialistischen Internationale bedeutet keine Suche nach ideologischen Konvergenzen, wie die Forderung der Programm-Neufassung nach entschiedenem Kampf gegen „Revisionismus“ und „Reformismus“ unterstreicht. Vielmehr ist sie Teil der Bemühungen Moskaus, im Westen Verbündete für die sowjetische Entspannungsoffensive gegenüber den USA zu gewinnen.

In diesem Zusammenhang erfuhren auch die die neuen sozialen Bewegungen einschließenden

²⁸) Vgl. dazu meine Analyse „Kommunistische Weltbewegung“: Das Ende eines Mythos, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, (1985) 28.

²⁹) Prawda vom 16. Oktober 1985.

³⁰) Prawda vom 2. November 1961.

„demokratischen Massenbewegungen“ des Westens eine interessante Aufwertung, indem sie in der Programm-Neufassung neben den drei traditionellen Hauptkomponenten des antiimperialistischen Kampfes — dem Weltsozialismus, der kommunistischen- und Arbeiterbewegung und den Völkern der befreiten Staaten — erstmals ausdrücklich als vierte Strömung der für Frieden und Fortschritt eintretenden Kräfte genannt werden. Dies unterstreicht die Absicht der neuen Sowjetführung, über die Beziehungen zu den Regierungen und zur parlamentarischen Opposition hinaus das Verhältnis auch zu den Alternativbewegungen zu pflegen und „den Völkern zu helfen, in den Fragen des Krieges und des Friedens einzugreifen“³¹⁾.

Unerwähnt blieb dabei, daß die „Fortschrittskräfte“ heftige Kritik an der Militarisierung der sowjetischen Politik üben (z. B. im Hinblick auf den SS-20-Aufwuchs, auf die Intervention in Afghanistan sowie auf die von Moskau inspirierte Unterdrückung der Reformbewegung in Polen) und sich darüber hinaus mit den Zielen der Reformkommunisten und Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa solidarisieren. Wenn KGB-Chef Tschebrikow in seiner Parteitagrede solche Personengruppen als politisch unreife und sozial entartete Elemente der Sowjetgesellschaft bezeichnete³²⁾, so dürfte sich dies auf Versuche der KPdSU-Führung zur Instrumentalisierung von Reformbewegungen im Westen für Moskauer Ziele allerdings eher kontraproduktiv auswirken.

VI. Ergebnis und Perspektiven

Damit ist klar, daß die Sowjetführung auch in Zukunft ihr außenpolitisches Verhalten nicht von Forderungen nach Auflockerung ihres politischen Systems konditionieren lassen wird. Die Mahnungen Tschebrikows, der ja die Außenpolitik Gorbatschows voll unterstützt³³⁾, nach verstärkter ideologischer Wachsamkeit und Unversöhnlichkeit gegenüber der sozialistischen Ordnung fremden Ansichten sind eine deutliche Warnung an die Sowjetbürger, das Bemühen um eine wirtschaftliche Wende nicht mit vermehrter Toleranz für Demokratisierungs- und Pluralisierungsneigungen zu verwechseln. Bei der neuen Führungsgeneration handelt es sich nicht um Reformer im westlichen Sinne, sondern überwiegend um effizienzorientierte Technokraten, die für systemkonforme Strukturänderungen und erweiterte Partizipationsrechte ausschließlich unter dem Gesichtswinkel einer Verbesserung des Wirtschaftsmechanismus plädieren und das Machtmonopol der Partei nicht in Frage stellen.

Gerade weil es sich bei der neuen Führungsgeneration eher um effizienzorientierte Technokraten mit einem dynamischen „Macher“ an der Spitze handelt, spricht aber auch vieles dafür, daß ihre Vertreter Möglichkeiten und Grenzen der Sowjetunion — und wahrscheinlich auch die bei einer Konfrontation mit den USA drohenden Gefahren — realistischer sehen als ihre Vorgän-

ger um Breschnew, Suslow, Gromyko und Ustinow. Sie spüren, daß die UdSSR unter dem späten Breschnew ein politisch-militärisches Überengagement eingegangen war, das ihre wirtschaftlichen Kapazitäten immer deutlicher überstieg. Daher wird die neue Führung zwar ihre globalen Positionen zu halten versuchen und vor allem die militärstrategische Parität mit der anderen Supermacht als einen „natürlichen Zustand“ verteidigen³⁴⁾. Im übrigen aber wird sie sich auf die von Gorbatschow und Ryschkow auf dem Parteitag anvisierte „radikale Reform“ in der Wirtschaft konzentrieren und einen möglichst großen Teil ihrer Ressourcen in diesen Bereich zu lenken versuchen.

Dies aber setzt einen stabilen Frieden voraus, der nur über eine Verständigung mit den USA erreicht werden kann. Angesichts der realistischen Einschätzung der eigenen Verwundbarkeiten im Innern und nach außen hat Gorbatschows Entspannungskonzept daher „einen defensiven Anstrich — in scharfem Gegensatz zu dem offensiven Anstrich der Entspannungskonzepte der siebziger Jahre“³⁵⁾.

Beispielsweise zeigt sich dies in einer deutlichen Reduzierung des Engagements Moskaus in der Dritten Welt. Den Ausführungen Gorbatschows und den Formulierungen der Neufassung des KPdSU-Programms nach zu urteilen kommt es der Sowjetführung im Hinblick auf die Entwicklungsländer vornehmlich darauf an, ihren Ein-

³¹⁾ So Gorbatschow in seinen Antworten auf Fragen des Zentralorgans der französischen KP, l'Humanité, in: Prawda vom 8. Februar 1986.

³²⁾ Prawda vom 1. März 1986.

³³⁾ Vgl. dazu beispielsweise seine Rede zum Jahrestag der Oktoberrevolution, Prawda vom 7. November 1985.

³⁴⁾ So Gorbatschow in seiner Genfer Pressekonferenz, Prawda vom 22. November 1985.

³⁵⁾ S. Bialer/J. Afferica (Anm. 1), S. 641.

fluß in den „Staaten sozialistischer Orientierung“ zu konservieren. Hierin drückt sich einerseits sicher ein gewachsenes Bewußtsein darüber aus, daß die sowjetischen Hilfsquellen insbesondere auf nichtmilitärischem Gebiet begrenzt sind. Andererseits scheint Gorbatschow aber auch ein deutlicheres Gespür als seine Vorgänger dafür zu besitzen, daß die Amerikaner die für einschneidende Maßnahmen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung notwendige Vertrauensbildung nicht zuletzt von sowjetischer Zurückhaltung bei regionalen Konflikten abhängig machen. Gewisse Moskauer Signale für eine Bereitschaft zu einer Kompromißlösung in Afghanistan weisen in diese Richtung.

Insgesamt bildet der 27. Parteitag für Gorbatschow auch im Hinblick auf die Neuausrichtung der sowjetischen Außenpolitik wahrscheinlich eher eine — wichtige — *Zwischenetappe* als einen Fixpunkt. Nicht zuletzt mit Blick auf noch nicht überwundene Widerstände in den eigenen

Reihen, aber auch auf Unsicherheiten über das Verhalten der Vereinigten Staaten beschränkte sich der Generalsekretär auf die Darlegung der von ihm ins Auge gefaßten strategischen Linie und hielt sich für deren Operationalisierung alle Optionen offen.

Angesichts der weiterbestehenden Unterschiede in den Werten und Interessen beider Supermächte wird ihr Verhältnis auch künftig von Wettbewerb und Rivalität geprägt sein, und es bleibt abzuwarten, ob die sich abzeichnenden Denkmuster in der sowjetischen Außenpolitik ihren Niederschlag auch in der politischen Praxis der internationalen Beziehungen Moskaus finden werden. Möglicherweise bieten die auf dem Parteitag gebündelt manifest gemachten Neuansätze Gorbatschows jedoch die Chance, zumindest in Überlebensfragen von der Konfrontation zu Konfliktmanagement und Interessenausgleich überzugehen. Dies sollte der Westen illusionslos, aber kompromißbereit testen.

Heinz Brahm: Der 27. Parteitag der KPdSU — eine Wendemarke?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/86, S. 3—13

Gorbatschow hat, nachdem er Generalsekretär geworden ist, eine erstaunlich große Zahl von Spitzenämtern neu besetzen können. Er spricht eine andere, „modernere“ Sprache als Breschnew, aber ein Reformprogramm hat er bislang nicht vorgelegt. Auch der 27. Parteitag der KPdSU hat nicht erkennen lassen, daß die neuen Männer im Kreml die Übel der sowjetischen Malaise an der Wurzel packen wollen. Immerhin wurden die Mißstände in der Wirtschaft und in der Kaderpolitik so deutlich angesprochen, wie dies seit gut 20 Jahren nicht mehr der Fall war. Auf dem Parteitag ist generell mehr Transparenz versprochen worden. Der Moskauer Parteichef Jelzin stellte mutige Fragen nach den Ursachen der heutigen Schwierigkeiten. Insgesamt aber blieb die Auseinandersetzung mit den Breschnew-Jahren halb- oder sogar viertelherzig. Vor allem Staatspräsident Gromyko warnte davor, die Kritik zum Schaden der Partei ausufern zu lassen. Eine Erneuerung der KPdSU, die überfällig sein dürfte, ist nicht zu erkennen. Mit der Verschärfung der Kontrolle über die Kader, mit der man in Zukunft ernst machen will, ist es nicht getan. Wenn selbst in der „Prawda“ signalisiert wird, daß die Privilegien der Funktionäre ein Ärgernis sind, wird deutlich, wie sehr die KPdSU an Glaubwürdigkeit verloren hat. Offensichtlich sind die leitenden Kräfte der Sowjetunion jedoch nicht bereit, ihre mühsam erworbenen Vorteile kampfflos aufzugeben. Gorbatschow hat vor den Delegierten des Parteitages offen zugegeben, daß seine Veränderungspläne auf Widerstand stoßen. Der Konflikt innerhalb der Partei kann sich noch lange hinziehen.

Der 27. Parteitag ist nicht mit dem ereignis- und folgenreichen 20. Kongreß (1956), ja nicht einmal mit den Kongressen der frühen zwanziger Jahre zu vergleichen, auf denen noch sehr gegensätzliche Meinungen aufeinanderprallten, aber er hat wenigstens den Spielraum der Kritik erweitert.

Hans-Hermann Höhmann: „Sozialökonomische Beschleunigung“ — aber wie? Die sowjetische Wirtschaftspolitik nach dem 27. Parteitag der KPdSU

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/86, S. 14—23

Der zukünftige Kurs der sowjetischen Wirtschaftspolitik spielte im Rahmen des 27. Parteitags der KPdSU eine zentrale Rolle. Der Kongreß hatte sich vorrangig mit ökonomischen Fragen zu beschäftigen, weil turnusgemäß die Beschlußfassung über einen neuen mittelfristigen Wirtschaftsplan, den 12. Fünfjahrplan für die Periode von 1986 bis 1990, auf der Tagesordnung stand, der Bestandteil einer längerfristigen Planung für die Zeit bis zum Jahre 2000 ist. Zum anderen war die Neufassung des Parteiprogramms von 1961 zu bestätigen, die umfangreiche wirtschaftspolitische Bestandteile hat. Vor allem aber ist der hohe Stellenwert der Wirtschaft in den Reden und Dokumenten des Parteitags auf die hartnäckigen Wachstums- und Produktivitätsprobleme der UdSSR zurückzuführen, die Innen- und Außenpolitik in starkem Maße belasten und die durch eine nachdrücklich geforderte Strategie der „Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung“ überwunden werden sollen.

So forderte Generalsekretär Gorbatschow, unterstützt von Ministerpräsident Ryschkow und vielen anderen Rednern, erneut eine „tiefgreifende Wende“, ja eine „radikale Reform“. Angestrebt wird aber kein Wandel des planwirtschaftlichen ökonomischen Systems. Worum es geht, ist der Versuch, mit einem vielfältigen Maßnahmenbündel gestraffter und neuprofilierter Wirtschaftspolitik auf systempolitisch konservativer Grundlage den dringend erforderlichen Durchbruch zu einer „intensiven“, d. h. produktivitätsgestützten Wirtschaftsentwicklung zu erreichen. Dieses „policy mix“ zielt Verbesserungen auf folgenden Aktionsfeldern an: zentrale Wirtschaftsführung, Arbeitspolitik, Prozeß- und Strukturpolitik, Außenwirtschaftspolitik sowie Systempolitik. Die Planung bis zum Jahr 2000 läßt erkennen, daß man die angestrebte „Beschleunigung“ in zwei Etappen, auf Grundlage einer „Terrassenkonzeption“, erreichen will. Vor allem nach 1990 soll sich die Lage eindeutig zum Besseren wenden.

Die Aussichten für Gorbatschows Wirtschaftsstrategie stehen und fallen mit der Qualität zentraler Wirtschaftsführung. Reserven für ökonomische Leistungssteigerungen sind vorhanden. Da jedoch auf weitgehende Reformen (vorerst?) verzichtet wird, bleiben konzeptionelles Geschick, Führungsfähigkeit und Charisma des Generalsekretärs die entscheidenden Stützen politischen Erfolgs.

Bernd Knabe: Von der Arbeits- zur Leistungsgesellschaft? Gesellschaftspolitik in der Sowjetunion nach dem 27. Parteitag

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/86, S. 24—35

Wenn von „Sozialpolitik“ die Rede ist, so wird man vor allem an staatliche Maßnahmen denken, mit denen eine zumindest ausreichende Versorgung und Betreuung bestimmter Schichten und Gruppen der Bevölkerung gewährleistet werden soll, etwa von Kindern, Müttern, Kranken und Alten. Diese Bereiche, die in der Sowjetunion seit einem Jahrzehnt meist unter dem Begriff „Bevölkerungspolitik“ zusammengefaßt werden, stellen aber nur eine Seite der Sozialpolitik sowjetischen Stils dar. Einschränkend ist dabei darauf hinzuweisen, daß entsprechende Verordnungen meist nicht die gesamte Bevölkerung im Auge haben — ein Programm allgemeiner Wohlfahrt bleibt vielmehr der kommunistischen Gesellschaftsformation vorbehalten. Darauf ist es wohl auch zurückzuführen, daß es eine „Sozialhilfe“ oder andere Formen von Armenunterstützung nicht gibt, von einer Arbeitslosenhilfe ganz zu schweigen.

Zu einem zweiten Bereich sowjetischer Sozialpolitik lassen sich die innenpolitischen Felder zusammenfassen, die nach westlichem Verständnis nur ausnahmsweise zur Sozialpolitik gehören: Versorgung, Handel, Dienstleistungen, Wohnungsbau, Freizeit und Urlaub. Staatliche Maßnahmen sollen einerseits der Krisenvorbeugung dienen, andererseits eine gewisse Anreizfunktion erfüllen, sofern sie über eine minimale Bedürfnisbefriedigung hinausgeht.

Beim dritten Bereich sowjetischer Sozialpolitik handelt es sich um Maßnahmen, mit denen primär Veränderungen im ökonomischen Bereich bewirkt werden sollen. Ideologisch firmieren derartige Maßnahmen unter dem Slogan der sozialen oder sozialistischen Gerechtigkeit — beide Termini werden in diesem Zusammenhang synonym verwendet. Dazu gehören die angekündigte Umstrukturierung der Entlohnungs- und Prämierungssysteme sowie eine „effektivere“ Nutzung der sogenannten „gesellschaftlichen Konsumtionsfonds“. Es soll also künftig weniger um ihre sozialpolitisch ausgleichende Funktion, sondern vielmehr um die direktere Verbindung zwischen Leistungen aus den Fonds und der Arbeitsleistung des Individuums und seines Kollektivs gehen.

Die Chancen von Gorbatschows „Aufbruch zu neuen Ufern“ sind nicht leicht zu beurteilen. Es scheinen Zweifel angebracht, ob der Durchschnittsbürger im Interesse einer bestenfalls minimalen Anhebung seines Lebensstandards — und mehr wird ihm für die nächsten Jahre nicht in Aussicht gestellt — zu einem wesentlich größeren Arbeitseinsatz bereit sein wird. Neben dem fragwürdigen Instrument der Sanktionen bleibt der sowjetischen Führung letztlich wohl nur die Chance, durch die Aktivierung von Bedrohungsängsten einen größeren Mobilisierungseffekt zu erzielen.

Heinz Timmermann: Neue Denkmuster in der sowjetischen Außenpolitik?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15/86, S. 36—45

Die Bedeutung des 27. Parteitages der KPdSU liegt auf internationalem Felde vor allem darin, daß er die von Gorbatschow vorgenommene Neueinrichtung der sowjetischen Außenpolitik billigte und die Parteiführung beauftragte, auf dem Wege gegenseitig annehmbarer Kompromisse eine Verständigung mit dem Westen und dessen Führungsmacht USA zu suchen. Trotz heftiger Angriffe gegen den Imperialismus und trotz Unsicherheiten über das weitere Verhalten der Vereinigten Staaten bekundete der Generalsekretär seine Absicht, jede Chance zum Interessenausgleich zu nutzen — vorausgesetzt, Washington akzeptiert den Anspruch Moskaus auf militärstrategische Parität. Die Gründe für die sowjetische Entspannungsoffensive liegen insbesondere in der beabsichtigten Konzentration auf die Wirtschaftsmodernisierung, die einen stabilen Frieden voraussetzt, offenbar aber auch in dem wachsenden Bewußtsein darüber, daß ein weiteres ungebremstes Wettrüsten für beide Seiten unkalkulierbare Risiken und Gefahren in sich birgt.

Die Konzentration des Parteitags auf die Beziehungen zu den USA rückte die Aufmerksamkeit für Westeuropa und Japan, zu denen die Sowjetführung als aufkommenden „neuen Machtzentren“ im Westen seit Gorbatschows Amtsantritt die Kontakte intensivierte, in den Hintergrund. Das gleiche gilt für den Hegemonialbereich Moskaus in Osteuropa. Hier schwebt der Sowjetführung bei allem Drängen nach Einheit und Geschlossenheit offenbar ein Konzept vor, bei dem in Zukunft „organischere“, d. h. weniger krisenanfällige und besser koordinierte Wechselbeziehungen zu den Mitgliedern des Warschauer-Pakt-/RGW-Systems hergestellt werden. Bemerkenswert ist schließlich die Neugewichtung der „Kräfte des Fortschritts“ durch den Parteitag, bei der die nichtregierenden kommunistischen Parteien für Moskau eher an Bedeutung verloren, während die Sozialisten und die „demokratischen Massenbewegungen“ des Westens aufgewertet wurden. Ganz offensichtlich geht es der Sowjetführung hier weniger um die Wahrung der ideologischen Orthodoxie („Weltrevolution“) als um eine möglichst breite Unterstützung der von ihr eingeleiteten diplomatischen Offensive gegenüber dem Westen.